2,50 €

Nr. 12 Mai'04

incipito

Ratgeber für unsportliche Szenen und schlechte Leistungen

GO FOR GOLD!

Inhalt

Inhalt

#12

Impressum

V.i.S.d.P.: H. Lauterbusch
ABO: incipito-abonnement@left-action.de
DRUCK: Eigendruck
Auflage: 2012 Stk.
e-Mail: incipito-kontakt@left-action.de
Post: Bornaische Str. 3d 04277 Leipzig

Editorial

Da läuft sie: Die Koalition der Deppen. Die Allianz der Bekloppten. Das Bündnis der Hirntoten. 24 Stunden lang. Bis zum 18. Mai. Rund um die Uhr. Durch Leipzigs Innenstadt und den Clara-Zetkin-Park. Mit einem leuchtenden Staffelstab in der Hand. Um Leipzigs Olympiachancen zu stärken. Und zu zeigen, dass man als deutsches Volk die deutschen Tugenden verinnerlicht hat: Die kollektive Idiotie. Ende Juni läuft dann sogar die olympische Fackel auf dem Weg nach Athen durch Leipzig. Für Aktivisten eine spannende Zeit: Kann man doch erst mal den Staffelstab klauen, um sich dann an die Fackel zu machen. Und schon würden von Leipzig mal wieder positive Schlagzeilen ausgehen. Eine wahrhaft olympische Herausforderung.

Die antiolympische Herausforderung steigt am 15. Mai. Drei Tage vor dem IOC-Entscheid, ob sich Leipzig „Candidate City" nennen darf, findet in Leipzig die bundesweite Demo FATAL ERROR – THE GAME IS OVER statt. Damit ihr vor dem Demo-Gang gut Bescheid wisst, haben wir die Leipziger Olympiapläne zum Schwerpunkt gemacht. Beim Leipzig-Besuch von IOC-Chef Rogge am 19. April wurde spekuliert, dass Leipzig im IOC-Ranking auf Platz vier liegt. Da schwant einem nix Gutes, war das doch vor dem innerdeutschen Wettbewerb auch so ...

Aber der Frühling bringt manchmal auch gute Nachrichten mit sich. Auch wenn eine israelische Rakete auf den Kopf von einem Hamas-Führer noch keinen Sommer macht: Die gezielte Tötung der beiden Hamas-Führer Jassin und seinem Nachfolger Rantisi innerhalb von nur ein paar Wochen durch Israel sollte emanzipatorische Menschen mit Genugtuung erfüllen, denn „Jassin verdiente den Tod wie kaum ein anderer. Der Scheich war eine der widerlichsten Figuren des internationalen Terrorismus .... der Tod des Terroristen macht deutlich: Keiner, der das Töten von Juden zu seinem Lebensinhalt macht, ist sicher." Das schreibt Rolf Behrens (http://www.henryk-broder.de/html/fremd.html?a=1) und er hat verdammt noch mal recht. Wir greifen das Thema auf und schreiben, was es noch für Gründe gibt, Jassins Tod korrekt zu finden.

Von der internationalen zur Kiezpolitik: „H-Dealer verpisst Euch" war in den letzten Wochen in Connewitz ein heißangesagtes Plakat: Die Einbrüche in verschiedenen Projekten gehen auf das Konto von Drogenabhängigen, Schuld daran sind Heroin-Dealer, so die krude Konstruktion. Damit die Bullen nicht im Kiez aufräumen solle man das selber tun, eine Bürgerwehr gründen und den Dealern in den Arsch treten. So war die Erklärung auf dem Plakat zu verstehen. Wir finden sowohl die Konstruktion von Gemeinschaft im Kiez, die Unterscheidung in gute wie schlechte Drogen wie auch die Schuldabwehr an H-Dealer sehr zweifelhaft. **Deshalb gibt's am 29. April, 20 Uhr eine Diskussionsveranstaltung in der Liwi.** Mit Vertretern der drug-scouts, dem Conne Island, der LiWi und der Incipito. Der Artikel „Hände weg von meinem Dealer" leitet ins Thema ein.

Und weil ich grad' vom Frühling geschrieben hab': Natürlich wird es auch in diesem Jahr für die bewegungsaktive Linke wieder (mehr oder weniger) spaßige Tages- und Nachtausflüge um den 1. Mai herum geben. Wir haben euch hier im Heft mal zusammengestellt, in welche Gegenden die Reise lohnt. Z.b. nach Osteuropa, denn dort wird sicher mancher Sektkorken knallen. Am 1. Mai treten zehn weitere Länder der EU bei, Kerneuropa als Bollwerk gegen die USA wird größer. Wir haben dazu in den letzten Heften schon ausführlich über die sich entwickelnden Perspektiven geschrieben. Deshalb im Heft nur der Aufruf zur KP-Demo am 30. April in Berlin. Texte, die wir doof fanden, könnt ihr in der Mai-Ausgabe des „feierabend" lesen.

dörte (incipito)





INTERPROVINZIELL

„Allahu Akbar - Gott ist groß."

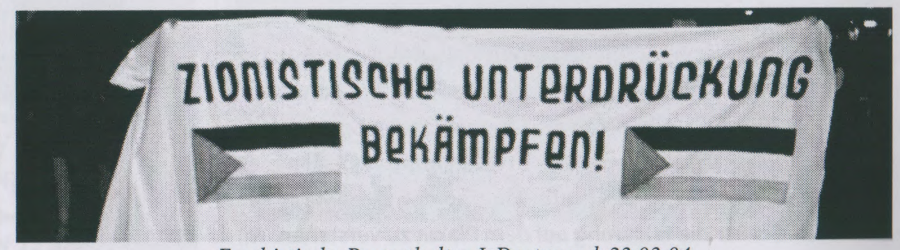
„Die Bilder erinnern an die eines toten US-Soldaten, den eine aufgebrachte Menge Anfang der 90er Jahre durch die Straßen der somalischen Hauptstadt Mogadischu zerrten. In der irakischen Stadt Falludscha schleifte eine Gruppe Iraker johlend die verbrannte Leiche eines Ausländers durch die Straßen der Stadt. Damit hat die Brutalität in Irak eine neue Dimension erreicht. (...)
Aufnahmen verschiedener Kamerateams zeigten die Gräuel: Iraker, die um zwei brennende Fahrzeuge tanzten und die Finger zum Siegeszeichen spreizten: „Lang lebe Falludscha", riefen sie. Und: „Allahu Akbar - Gott ist groß." Ein Mann tritt eine verbrannte Leiche mit Füßen. Er trampelt auf den Kopf des Toten. Andere zerren einen verbrannten Körper an den Füßen die Straße hinab.
Ein weiterer Toter liegt auf der Straße neben einem der Fahrzeuge. Er hat helles Haar und trägt Zivilkleidung. Seine Füße brennen. Sein Hemd ist mit Blut getränkt. Ein Iraker eilt herbei und begießt eine Leiche mit Benzin. Stichflammen schlagen empor. „Das ist das Schicksal aller Amerikaner, die nach Falludscha kommen", ruft einer, der in der Menge um die Toten steht. Den Toten werden Körperteile abgerissen und an ein Telefonkabel gehängt. Später hängen Iraker zwei verbrannte Leichen an einer Brücke über einer Straße auf. Sie lassen sie dort baumeln." (http://www.mdr.de/nachrichten/welt/1298084.html)
„Der Krieg gegen die Besatzung wird jetzt in aller Öffentlichkeit ausgefochten, von gewöhnlichen Leuten, die ihre Wohnhäuser und Wohngebiete verteidigen – eine irakische Intifada." (http://de.indymedia.org/2004/04/80091.shtml)

Antisemitismus in Europa

„In mehreren EU-Staaten ist es in den Jahren 2002 und 2003 zu einem erheblichen Anstieg antisemitischer Vorfälle und Gewalttaten gekommen. Die Europäische Beobachtungsstelle fordert die EU-Staaten auf, ein gemeinsames strafrechtliches Vorgehen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit festzulegen.
Obwohl es schwierig ist, allgemein gültige Feststellungen zum Antisemitismus für ganz Europa zu machen, wird aus dem Bericht deutlich, dass es in mehreren Mitgliedstaaten zu einem beträchtlichen Anstieg antisemitisch motivierter Vorfälle gekommen ist. (...)
In Deutschland nahmen antisemitisch motivierte Handlungen zwischen 1999 und 2000 drastisch zu (um 69 %) und stiegen im Jahr 2001 noch etwas weiter an. 2002 ging die Gesamtzahl der Vergehen zwar geringfügig zurück, dafür stieg die Zahl antisemitisch motivierter Gewalttaten gegenüber 2001 von 18 auf 28. Allgemein entfiel der Großteil der antisemitischen Vergehen jedoch auf Delikte in Zusammenhang mit Aufstachelung zu Hass und auf propagandistische Straftaten. Im Laufe des zweijährigen Untersuchungszeitraums verzeichneten jüdische Organisationen in Deutschland einen drastischen Anstieg der Zahl der Schreiben, E-Mails und Anrufe mit aggressivem antisemitischem Inhalt. (...)
Die komplette Studie in Englisch findet sich im Internet: www.eumc.eu.int"
(Frankfurter Rundschau 02.04.04)

Auf dem Weg ins Paradies

„Die Festnahme eines mit Sprengstoff ausgestatteten palästinensischen Jugendlichen am Grenzübergang Hawara bei Nablus hat allseits Empörung ausgelöst. Die Familie des 16-Jährigen, der als geistig zurückgeblieben gilt, erklärte, Hussam Abdo hätte niemals als potenzieller Selbstmordattentäter ausgewählt werden sollen. (...)
Der 16-Jährige, der nach Aussage seines Bruders Husni die Intelligenz eines Zwölfjährigen besitzt, sagte später der israelischen Zeitung «Jediot Ahronot», er habe das Paradies sehen wollen, von dem man ihm in der Schule erzählt habe: «Seit ich den Koran studiere, weiß ich, was für ein süßes Leben dort wartet.» Als die Soldaten ihn dann konfrontiert hätten, habe er es allerdings nicht fertig gebracht, den Sprengsatz zu zünden: «Ich habe es mir anders überlegt. Ich wollte nicht mehr sterben. Es tut mir Leid.»" (http://de.indymedia.org/2004/03/78080.shtml)



Faschistische Protestkultur I, Dortmund, 23.03.04

Klagen gegen jüdisches Begegnungszentrum

„Das jüdische Begegnungszentrum im Leipziger Waldstraßenviertel darf weiter gebaut werden. Das Leipziger Verwaltungsgericht wies eine Eilklage von Nachbarn zurück. Diese wollten juristisch einen Baustopp erwirken." (http://www.mdr.de/nachrichten/sachsen/1261932.html)

„Die Kläger gegen das Jüdische Begegnungszentrum im Waldstraßenviertel haben Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht (OVG)in Bautzen eingelegt. Verhandelt werden soll am 11. Mai, sagte Verwaltungsgerichtssprecher Dirk Tolkmitt auf Anfrage der LVZ. Die Richter hätten dann auch eine Ortsbesichtigung geplant." (LVZ, 8.04.04)

Siehe auch Incipito Nummer 11 (http://left-action.de/incipito/rechts.php?artikel=212)

Haftentlassung

„Einem Abschiebehäftling ist in Grünau mit den Papieren eines Besuchers die Flucht gelungen. Wie die Polizei am Montag mitteilte, nutzte der 18-Jährige am Vortag einen günstigen Augenblick, als gerade viele Gäste das Gefängnis verließen. Sein Bekannter, der ihm den Angaben zufolge sehr ähnlich sah, blieb zurück und gab sich erst zu erkennen, als die Wächter ihn in die Zelle bringen wollten." (taz, 09.03.04)

Wir kaufen uns ein Atomkraftwerk

„Schauspieler Peter Sodann aus Halle will Anteilseigner des Atomkraftwerks Hanau werden. Das berichtet die „tageszeitung". Sodann wolle damit den Export der Anlage nach China verhindern. Gemeinsam mit Sodann wollen zahlreiche weitere Prominente Geld für den Kauf der Anlage geben. (...) Um China im Preiskampf auszustechen, muss das Angebot einen Euro über dieser Summe liegen, spekulieren die Umweltschützer. (...) Unter anderem beteiligen sich Erich Loest, Konstantin Wecker, das Comedy-Duo Badesalz, der Grünen-Bundestagabgeordnete Ströbele und weitere Prominente. Sodann sagte der „tageszeitung" zu seinen Motiven: „In der DDR habe ich lange genug in einem System gelebt, in dem es zwei Wahrheiten gab."" (http://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/1232519.html)

Faschistische Protestkultur I

„Heute abend fand in Dortmund eine spontane Nazidemo anlässlich der gezielten Liquidierung des Führers der antisemitischen Terror-Organisation Hamas, Ahmed Jassin statt. Mit Transparenten, auf denen Parolen wie „Der Rassismus ist ein Meister aus Israel", „Zionistische Unterdrückung bekämpfen" und „Internationale Solidarität" zu lesen waren, sowie Palifahne schwenkend und den obligatorischen Palilappen um den Hals geschwungen marschierten die KameradInnen anscheinend ungestört durch die Dortmunder Innenstadt." (http://de.indymedia.org/2004/03/77844.shtml)

Faschistische Protestkultur II

„So richtig gut läuft der Verkauf des schwarzen T-Shirts noch nicht, aber der in der rechtsradikalen Szene fest verwurzelte Hatestore-Versand glaubt dennoch, die Zeichen der Zeit erkannt zu haben. „Autonome Nationalisten" steht auf der Brustseite der Shirts, und hinten ist der Slogan aufgedruckt: „bald gibt es kein rechts oder links mehr! dann gibt es nur noch das system und seine feinde!" Das Shirt könne man doch bei der Demonstration am 1. Mai in Berlin tragen, empfiehlt Hatestore, wenn sich die „deutschen Nationalisten" im „nationalrevolutionären, schwarzen Block" gemeinsam mit den linken Autonomen der Polizei entgegenwerfen." (Berliner Zeitung, 29.03.04)

Montagsdemos

„Frage: Warum gibt es wieder die Montagsdemo?

Winfried Helbig: Die soziale Lage spitzt sich zu, die Unzufriedenheit wächst. Das reicht von der Praxisgebühr bis zur Rente. Es ist nicht erkennbar, dass der Umbau des Sozialstaates eine gerechtere Verteilung von Arbeit, materiellen Gütern und Lebenschancen zum Ziel hat. Wir wollen deshalb ein Zeichen des Protestes setzen und fordern, dass die Debatte über einen Ausgleich zwischen den Generationen, zwischen den Beschäftigten und Arbeitslosen, den Gewinnern und Verlierern des gesellschaftlichen Umbaus endlich so geführt wird, wie es dem Ernst der Lage angemessen ist. (...)

Frage: Was können die Montagsdemos erreichen?

Helbig: Natürlich keine sofortigen Änderungen, aber zumindest öffentliche Aufmerksamkeit. Wir brauchen eine Debatte, wohin der gesellschaftliche Umbau überhaupt führen soll und wie daran alle sozialen Schichten beteiligt werden können. Wo ist denn zum Beispiel der Beitrag der Arbeitgeber?! Sie stellen im Ausland Produkte billiger her, aber billiger verkauft werden sie in Deutschland trotzdem nicht. (...)

Frage: Als Veranstalter tritt das Sozialforum Leipzig auf. Wer ist das?

Helbig: Eine basisdemokratische Gruppierung, die sich als Katalysator versteht und ein Dach für alle Beteiligten - Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen, Studenten und viele andere - bietet. Wie in der Nikolaikirche gilt auch bei uns: Offen für alle." (LVZ, 30.03.04)



Christliche Gemeinschaft I

„Sechs Millionen Euro jährlich werden der evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen zwischen 2004 und 2010 im Haushalt fehlen. Eine derartige Prognose zwingt zum Sparen. Unter anderem im Gespräch: die Reduzierung des Personalbestands. So soll die Zahl der Seelsorger im Kirchenbezirk Leipzig von derzeit 52 auf 43 schrumpfen. Nikolaipfarrer Christian Führer will die neun Pfarrstellen retten - und fordert seine hiesigen Kollegen deshalb zum Verzicht von 17 Prozent ihres Gehalts auf. (...) „Wenn alle 52 Pfarrerinnen und Pfarrer Leipzigs auf 17 Prozent ihres Gehalts verzichteten, könnten die neun Stellen erhalten werden", hat Führer ausgerechnet. (...) „Es geht um unsere Glaubwürdigkeit als Kirche, darum, vom Inhalt, nicht von der Struktur her zu denken." Christliche Gemeinde solle schließlich eine wachsende sein. Dafür brauche es Pfarrer, die bei den Menschen sind. „Wenn wir das wieder in unsere Köpfe bekommen, kann von Leipzig aus eine Lawine des Umdenkens in Gang kommen." Zumal Führer den Gehaltsverzicht auch als einen Akt der Solidarität mit den sozial Schwachen und Arbeitslosen im Land verstanden wissen will." (LVZ, 18.03.04)

Ein bisschen Angst sollte sich schon breit machen, wenn Pfarrer Führer eine Lawine des Umdenkens in Gang bringen will. Verzicht, Verzicht und noch mal Verzicht, um gemeinschaftliche Solidarität in den schwierigen Zeiten zu fördern. Aber nicht nur solidarisch sein, will unser aller Pfarrer, auch Solidarität erfahren, fände er nett, schon wegen 1989, denn...

Christliche Gemeinschaft II

„Kennen Sie den herrlichen Innenraum der Nikolaikirche (...); der 1989 zur Zufluchtsstätte für tausende Menschen und zur Keimzelle des Aufbruchs wurde und Geschichte geschrieben hat für unser Land? Sie können etwas für diesen Kirchenraum tun! Die Sanierung und Restaurierung der Nikolaikirche begann im Mai 2002. (...) Kosten von insgesamt 3,3 Mio.€ (2,2 Mio.€ für die Restaurierung und Erneuerung der Orgel und 1,1 Mio.€ für die Innensanierung) waren von Beginn an veranschlagt. (...) Trotz sparsamen Wirtschaftens werden wir (...) zusätzliche Mittel benötigen. (...) Die Nikolaikirche hat vielen Menschen helfen können. Nun können Sie der Nikolaikirche helfen. Tun Sie's! (...) Pfarrer Christian Führer (Pfarramtsleiter)" (http://www.nikolaikirche-leipzig.de/nachrichten/baustelle.html)

Nur Nichtstun ist schöner...

Sicherheitsaspekte

„Nach dem Attentat von Madrid will die Mehrheit der Deutschen mehr Überwachung. 79 Prozent sind dafür, auf Bahnhöfen die gleichen Kontrollen wie auf Flughäfen einzuführen. 74 Prozent sprechen sich dafür aus, Plätze und Straßen mit Videokameras zu filmen. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts TNS Emnid für die Welt. 61 Prozent haben keine Vorbehalte gegen Kontrollen von BGS und Polizei, auch wenn gegen die kontrollierte Person kein Verdacht besteht. 74 Prozent sind für eine elektronische Kontrolle der Iris, 66 Prozent würden sich auf Flughäfen und Bahnhöfen das Gesicht scannen lassen." (TAZ 19.03.04)

Alle gegen Olympia; heute: Marcelemcy

„Eigentlich wär es klasse, wenn Leipzig Olympia bekäme/ für Aufschwung und Arbeitsplätze ohne finstere Pläne/wenn diese Stadt auch Geld hätte für die olympische Bühne/und dies nicht ins geheim von ihren eigenen Kindern wegnehme./ Leipzig unterdrückt momentan mutig und stur/ jegliche Form der Äußerung von Jugendkultur./ es herrscht radikaler Kahlschlag per Rotstift und es hagelt Verbote dort, wo der Kostengrund nicht zutrifft./ Im Klartext heißt das: gerade wird scharf geschossen/ alle freien Träger sind davon betroffen, kulturelle Jugendzentren sind existenzbedroht und Clubs wie das Conne Island haben vielleicht nächstes Jahr schon geschlossen?/ Klartext: Was ist mit der Wall of Fame in Lindenau?!/ Sprüher sind stinkend sauer, Leipzig erstickt im Silberstaub./ Sie war Forum für Kunst, was billiger nicht geht./ Aber ihr treibt eure Jugend in die Illegalität!/ Ordnung und Sauberkeit?- die sind damit stark gestört,/ weil seitdem jeder, der malen will, auf die Strasse gehört./ Und auch jeder, der früher mal in nem Jugendclub Freunde traf, wird ab heute das schwarze Schaf in den Strassen am Nachmittag./

Ich glaub, es hätte viel Sinn, mal die Eltern zu interviewen, wenn sie wüssten, was Ämter nun nicht mehr für ihre Kinder tun./ „Glauben Sie wirklich, Olympia macht Leipzig reicher?"- Ich find nur an Problemen und Schulden durch Übereifer./ Klar ist es gut, wenn bei der Sache das Baugewerbe gewinnt, doch nicht wenn dafür die Kulturarbeit auszusterben beginnt./ Alle schielen auf den Olymp und hoffen auf klingelnde Kassen- aber Leipzig hat kein Startkapital drin in den Taschen./ So einer Stadt wäre dringend zu raten, von solch riesigen Sachen besser die Finger zu lassen./ Bevor man nach den Sternen greift, muss es erst im Inneren klappen./ Verdammt, was geht hier ab? Ich sag Leipzig dreht am Rad!(...)" (kompletter Text und Download des Songs unter http://de.indymedia.org/2004/03/75996.shtml)

Friedensfreunde und deren Grenzen

„Der britische Germanist, Literaturwissenschaftler, Autor und Übersetzer Martin Rooney (55) klagt gegen ein etabliert-linkes „Friedens- und Kulturhaus" namens „Villa Ichon", in dessen Vereinsvorstand auch Bürgermeistergattin Luise Scherf sitzt. Der Verein vergibt jährlich einen angesehenen „Kultur- und Friedenspreis".
2003 hatte Rooney die Ehre - weil er sich jahrzehntelang gegen die Verdrängung des einstigen türkischen Völkermords an den Armeniern engagiert habe.
Doch seine Freude währte nicht lang. Denn der Verein bekam einen Leserbrief zugespielt, in dem der Auserwählte über „erstaunlich naive deutsche Friedensfreunde" herzog. Während des Irak-Kriegs hätten sie gegen George W. Bush statt gegen Saddam Hussein demonstriert und damit „Überheblichkeit und Ignoranz" gezeigt.
Das war zu viel für den Vorstand: Er überwies zwar die 5000 Euro Preisgeld, sagte aber die Verleihungsfeier ab - trotz Protesten mancher Grünen-Politiker und des Autors Ralph Giordano, die gemeinsam eine Ersatzfeier abhielten. Rooney selbst schrieb dem Verein einen bitter-bösen Brief.
Darin beschimpfte er Bremer „Friedenskämpfer" als „Handlanger des Bagdader Regimes" und bot an, zu Gunsten Saddams auf den Preis zu verzichten, wenn der Diktator lebenslanges Asyl in der Vereinsvilla bekäme. (...)
Die 4. Zivilkammer des Landgerichts machte am Mittwoch kurzen Prozess. Innerhalb von 30 Minuten beendete sie die Preis-Frage mit einem von beiden Seiten akzeptierten Vergleich: Der freischaffende Literat bleibt Preisträger und wird auch in der Internet-Liste geführt, doch darf er dort mit einem Sternchen versehen werden, wonach sich der Verein nachträglich von der Verleihung distanziert." (Frankfurter Rundschau, 25.03.04)

Ostern beim BdV

„Die Geschäftsstelle des Bundes der Vertriebenen (BdV) wurde über Ostern verwüstet und unter Wasser gesetzt.
Am Ostersonntag bemerkte eine Passantin das aus der Eingangstür des Bürohauses quellende Wasser und verständigte die Polizei. Die Beamten stellten fest, dass zwei Stockwerke geflutet waren. Mehrere Büros waren gezielt verwüstet, Lampen wurden aus der Decke gerissen, Karteien auf dem Boden zerstreut und gewässert. Der entstandene Schaden ist erheblich.
Der Tathergang lässt nach Angaben der Polizei darauf schliessen, dass die Täter im linksextremen Spektrum zu suchen sind. Es wurde weder Geld noch wertvolles technisches Gerät entwendet.
Ausschließlich die Korrespondenz zur Strafanzeige gegen die linksextreme Antifa, sowie die Anwaltskorrespondenz bezüglich der Klage gegen die Journalistin Gabriele Lesser wurden entwendet." (http://www.bund-der-vertriebenen.de/presse/index.php3?id=89)

Gesellschaftliche Missstände

„In Brandenburg nimmt nach den Worten von Innenminister Jörg Schönbohm (CDU) die Zahl der Scheinehen zwischen deutschen Staatsbürgern und abgelehnten Asylbewerbern zu. Aus Angst vor drohender Abschiebung heirateten immer mehr Ausländer deutsche Frauen, sagte er auf eine parlamentarische CDU-Anfrage. Mit dem Tausch der Ringe wollten sie den Rechtsanspruch auf einen legalen Aufenthalt in der Bundesrepublik erlangen und müssten nicht in ihre Heimatländer abgeschoben werden. Der Nachweis eines Missbrauchs sei für die zuständigen Stellen äußerst schwierig, er sei den Ausländerbehörden aber in fast 70 Fällen gelungen." (Berliner Morgenpost 09.03.04)

LAATSCH'S WELT

Während in Connewitz, gesellschaftlichen Missständen im Kiez im Allgemeinen und Konkreten mit Plakaten und Flyern entgegengetreten wird, geht die Stadt Leipzig bei ihrem Kampf gegen unliebsame NutzerInnen beliebter Stadtviertel mit der ihr - im Gegensatz zu den Connewitzer AntidrogenkämpferInnen - zur Verfügung stehenden Gewalt der Exekutive (und weil „Prostituierte, verpisst euch!" - Plakate nicht zur PR - Strategie der städtischen Verwalter gehören) gegen Prostituierte, Bettler, Hundekot, Lärm und Graffiti vor. So soll am 19. Mai im Stadtrat eine Änderung der Polizeiverordnung beschlossen werden. Bürgermeister Tschense kündigte dazu in der LVZ an, „den Sumpf aus(zu)trocknen". Das, was er Sumpf nennt, ist der Straßenstrich in der Nordstraße und bekämpft wird er mit einer Mischung aus polizeilicher Schikane und einem Ansprechverbot für Freier, welches in Wohngebieten gilt, um die AnwohnerInnen und Kinder in Zukunft vor dem Anblick von „zirka 50 Frauen, viele von ihnen (...) drogenabhängig" zu schützen, die „dort ihren Körper an(bieten)" (LVZ), denn, wenn die Kunden wegbleiben, weil sie mit Bußgeldern bis zu 1000 Euros belegt werden, wenn sie zur „Anbahnung sexueller Kontakte gegen Entgelt" (LVZ) den Mund aufmachen, dann werden wohl auch bald die Frauen mit ihren Suchtproblemen in weniger im Blickpunkt stehende Gebiete ziehen. Naja, aus den Augen aus dem Sinn und was interessieren schon eine Handvoll drogenabhängiger Nutten.
Und weil so eine Polizeiverodnung ein Instrument ist, die wichtigen Probleme der Lebensumwelt zu lösen, sind als nächstes die aggressiven Bettler dran: „Anlass für das neu aufgenommene Verbot solcher Belästigungen lieferte ein Drogenabhängiger, der an der Nikolaikirche vorgab, aidskrank zu sein und mit einer Spritze in der Hand Leuten drohte, sie zu stechen." (LVZ) Für diese Art von Verhalten gilt es, demnächst bis zu 1000 Euros zu bezahlen. Wie lange mensch für 1000 Euro betteln muss, ob freundliches Betteln schneller zum Erfolg führt und ob die Aidsspritzenmethode ein Massenphänomen ist, auf welches nur mit Verordnungen reagiert werden kann, wurde leider nicht mitgeteilt.
Es mag nicht wundern, dass bei dieser Art von Denken und Handeln, die Bekämpfung der Verunreinigung der Strassen durch Hundekot in der neuen Verordnung und in der LVZ in einer Reihe mit Prostitution, Drogen, Obdachlosigkeit und Sprayern steht. Ist eben alles irgendwie Schmutz. Schade fast, dass es zwar Tütchen für die Entsorgung von Hundkot gibt, deren Nichtbenutzung mit einem, na was wohl, richtig, einem Bussgeld belegt wird, aber die anderen „Problemgruppen" nicht so einfach in Tüten die Toilette runtergespült werden können.

FATAL ERROR - THE GAME IS OVER

Gegen den kapitalistischen Leistungswahn - bei Arbeit, Sport und Spiel! Gegen Nationalismus und Internationalismus! Gegen Repression und Innenstadtpolitik! Nie wieder Olympia - und schon gar nicht in Deutschland! Für freie, ungezwungene sportliche und unsportliche Betätigung - z.B. auf der NOlympia-Demo am 15. Mai 2004 in Leipzig.

Wir sind ganz klar gegen Olympia. Doch gerade deswegen sind zu Beginn einige Klarstellungen nötig. Weder sind wir der Meinung, dass die olympischen Ideale durch den Kommerz verraten wurden, noch fordern wir „Volxsport statt Olympia". Auch halten wir es angesichts der uns wichtigen Kritikpunkte für relativ unerheblich, ob durch Olympia ein Feuchtbiotop vor der eigenen Haustür oder das „malerische Antlitz" einer Stadt zerstört wird. Die olympischen Ideale sind Ausdruck der kapitalistischen Verhältnisse und gleichzeitig eine reaktionäre Antwort auf die Moderne. Die olympischen Schlagworte „Internationalismus", „Fair Play", „Schönheit", „Chancengleichheit" und „Höchstleistung" wurden von Coubertin, dem Erfinder der neuzeitlichen Spiele, als Gegenmodelle zum Kosmopolitismus, zum vermeintlichen Werteverfall im Zuge des Materialismus, der angeblichen „rassischen Degeneration" und „Verweichlichung" entworfen. Die Olympischen Spiele waren darüber hinaus als ein Gegengift gegen Frauenbewegung, Pazifismus und Klassenkampf gedacht. Andererseits spiegelten sich schon zu Beginn in den Wettkämpfen kapitalistische Prinzipien wider, die einen gewissen historischen Fortschritt darstellen. Nicht ohne Grund konnte die olympische Bewegung jahrzehntelang in Deutschland nicht Fuß fassen, da schon die Idee des Wettstreits mit anderen Nationen den sich überlegen fühlenden Deutschen zuwider war. So entwickelte sich hierzulande - später auch in Abgrenzung zur internationalen olympischen Idee - eine völkische Turnbewegung, die sich auf Wehrsportübungen spezialisierte.

Wenn also von einem Verrat der olympische Ideale die Rede sein sollte, dann kann dies nur im Zusammenhang mit der Berliner Olympiade 1936 - eine der größten nationalsozialistischen Propagandaveranstaltungen - geschehen. Inzwischen wurden mit der Kommerzialisierung der Spiele die olympischen Ideale zumindest teilweise in eine andere und positivere Richtung überwunden. Auf den ersten Blick gelten zwar noch die alten Werte - doch in Wirklichkeit wurde der Wettstreit der sich kriegerisch gegenüberstehenden Nationen und ihrer Eliten sukzessiv in ein kommerzielles Massenevent mit demokratischem Antlitz transformiert. Bei diesem werden weiterhin sozialdarwinistische, rassistische und sexistische Verhältnisse reproduziert - aber nicht mehr bewusst in Abgrenzung zur Moderne forciert.

Warum wir trotzdem sowohl die alten Ideale als auch die heutige olympische Ausprägung kategorisch ablehnen, versucht der folgende Aufruf zu begründen.

Kapitalismus

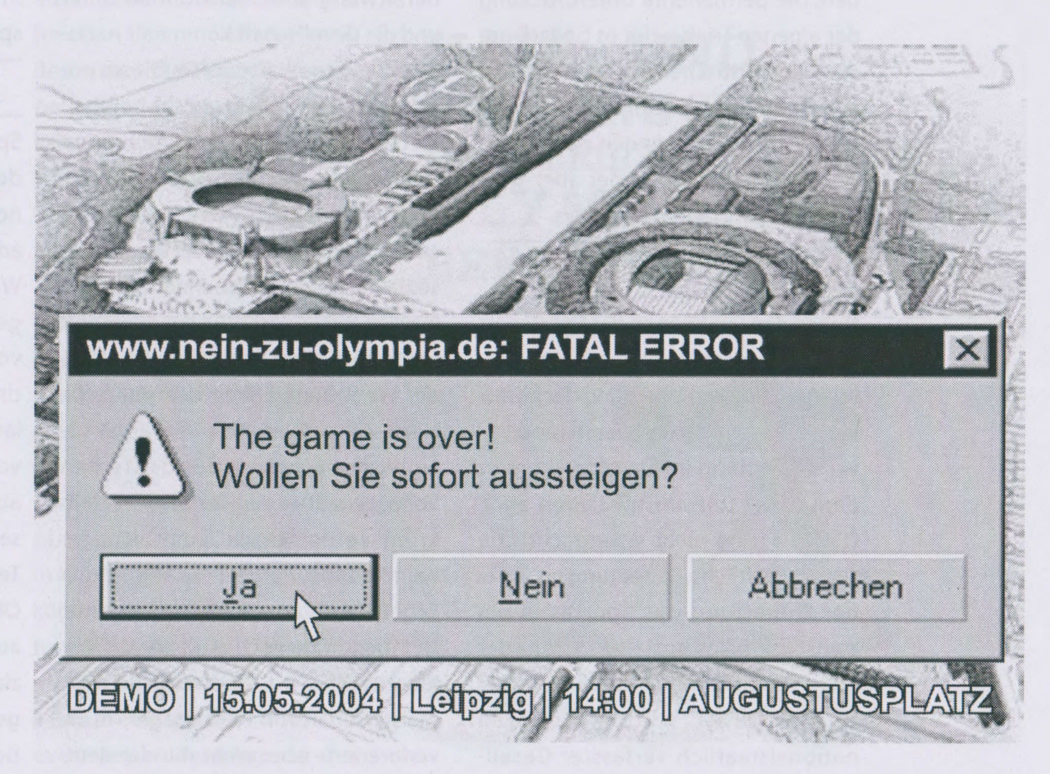
Als weltweit größte und angesehenste Sportveranstaltung reproduziert Olympia jene scheußlichen Zumutungen der kapitalistischen Verhältnisse, für die wir nur Kritik übrig haben. Absolute Leistungsbereitschaft, menschenverachtende Konkurrenz und Rücksichtslosigkeit gegenüber individuellen Bedürfnissen sind die modernen „olympischen" Tugenden. Sie haben im Zuge der Durchsetzung des Kapitalismus von allen Regionen der Welt und allen Bereichen des Lebens Besitz ergriffen. Sie sind ein konkreter Ausdruck der kapitalistischen Verhältnisse.

In diesen Verhältnissen wird Gesellschaft nicht über direkte Absprache zwischen den Gesellschaftsmitgliedern, sondern vermittelt über den Tausch von Waren hergestellt. Unter den Bedingungen betriebswirtschaftlicher Rationalität werden menschliche Arbeitskraft und Produktionsmittel eingekauft, um Waren herzustellen, welche auf dem Markt gegen Geld getauscht werden, um am Ende mehr Geld in der Tasche zu haben, als man für die Warenproduktion aufwenden musste. Statt mit dem Geld in Luxus zu schwelgen, wird es wieder in die Produktion neuer Waren gesteckt. Bedürfnisse spielen nur dann eine Rolle, wenn sich ihre Befriedigung möglichst gewinnbringend verschleudern lässt. Kapital ist damit nicht die pure Anhäufung von Geld wie bei Dagobert Duck und seinem Geldspeicher, sondern ein Prozess, der sobald er sein vermeintliches Ende mit dem Warentausch erreicht hat, wieder in der Produktion von neuen Waren mündet. Ein Selbstzweck, der zum Motor dieser Gesellschaft wurde, weil ihn die Menschen täglich aufs neue wiederholen, ohne sich über seine Bedeutung im Klaren zu sein. Produziert wird nur das, was sich am effizientesten zu Geld machen lässt. Keiner würde heute die Olympischen Spiele veranstalten, wenn sich damit nicht

aus Geld mehr Geld machen ließe. Doch auch die Spiele waren einem Wandel der Zeit unterworfen. Im 19. Jahrhundert war der alte „Olympische Gedanke" noch integraler Bestandteil der Veranstaltung. Dieser verlor aber zunehmend an Bedeutung. Als Rückbesinnung auf traditionelle Werte im Angesicht des sich durchsetzenden Kapitalismus gedacht, entlarvten sich diese Ideale bald vor der kapitalistischen Realität. Nach den zwei Weltkriegen war der Putz von den vermeintlich guten olympischen Tugenden fürs erste runter. Die von der Olympia-Bewegung geforderte Überwindung nationaler Egoismen, Frieden und internationale Völkerverständigung entpuppten sich im Angesicht der zwei Weltkriege als fromme Wünsche. Zu diesen Werten wurde anschließend in Zeiten der Blockkonfrontation zwischen USA und Sowjetunion höchstens ein instrumentelles Verhältnis gepflegt. Mit den ökonomischen Umbrüchen der 90er Jahre ist Olympia zum Standortfaktor geworden. Die Spiele sind im Zeitalter der Globalisierung ein von Anfang bis Ende durchkommerzialisiertes Marketingevent, das weltweit seines Gleichen sucht.

Die Stadt, die den Zuschlag für die Veranstaltung von Olympia erhält, bekommt zwei Wochen lang die Gelegenheit, sich der Weltöffentlichkeit, insbesondere ausländischen Investoren, zu präsentieren und kann für diese Zeit mit Einnahmen aus den Geldbeuteln der vielen Besucher rechnen. Zweifel aufgrund kaum kalkulierbarer Kosten der Olympiabewerbung weichen jedoch schnell der Hoffnung auf das schnelle Geld. Egal welche gewaltigen Geldbeträge für die gigantischen Erfordernisse an Infrastruktur und Marketing nötig sind, um die Auflagen einer vom IOC abgesegneten Bewerberstadt zu erfüllen, die Hoffnung auf sanierte Stadtkassen würde vermutlich den Leipziger OBM Tiefensee sogar dazu bringen, seine Großmutter zu verkaufen.

Dabei ist es gleichgültig, was den Arenen, Hotels und Autobahnen weichen muss. Kein Stück Erde bleibt auf dem anderem, wenn das Projekt Olympia erst einmal in Gang kommt. Ob Bettler von der Straße geräumt, ArbeitsmigrantInnen um ihren Lohn geprellt, Wälder abgeholzt oder Flüsse zubetoniert werden, die Zerstörung der Lebensgrundlagen ist immer im Preis mit inbegriffen. Ein System, welches keinen anderen Zweck außer dem Verschleiß menschlicher Arbeitskraft für die Anhäufung von Geld kennt, nimmt keine Rücksicht auf die Umwelt, am wenigsten jedoch auf die Beteiligten selbst. Wie am Fließband muss der Athlet pausenlos trainieren, um bei Olympia nicht zu versagen. Für ein paar Hundertstel Sekunden weniger oder ein paar Millimeter mehr ist jedes Mittel recht. Ob man dem eigenen Körper Schaden zufügt, ist nicht relevant, solange die Hungerkur und die Dopingmittel den gewünschten Erfolg versprechen. Das Ziel, wahnwitzige Rekorde aufzustellen, wird zum Götzen, dem jeder Sportler huldigt. Die absolute Zurichtung des eigenen Körpers für irgendwelche abstrakten Zahlen ist so typisch für den Kapitalismus wie seine Veranstaltungen. Das „größtmögliche Glück der größtmöglichen Zahl" (Jeremy Bentham) ist es, was die Rekordjagd bestimmt.



Angesichts dieser Tatsachen ist es blanker Hohn, wenn die Verantwortlichen gebetsmühlenartig von „Freude am Spiel" und „dabei sein ist alles" schwadronieren. Dass der „friedliche Wettbewerb" überhaupt gar nicht friedlich ist, zeigt die kapitalistische Konkurrenz. Ob Arbeitskräfte, Unternehmen oder ganze Nationalökonomien - nicht das solidarische Miteinander, sondern das bedingungslose Ausstechen der Konkurrenten markiert die Messlatte für den Erfolg. Jobs, Marktanteile oder aber die beste Zeit bei Olympia, der Zweck heiligt die Mittel.

Aufgrund seines „umfassenden" Drangs nach Konkurrenz, erfordert der Kapitalismus die Aufgabe jeglicher Autonomie; konkurrenzfähig zu sein, verlangt die vollständige Hingabe an seine Prinzipien. Die tägliche Erfahrung, nur nach kapitalistischen Kriterien seinen Nutzen für die Gesellschaft zu beweisen, zwingt den Beteiligten dazu, alle entgegengesetzte Momente seines Charakters zu kontrollieren. Der Konkurrent stellt damit direkt eine Gefahr für die eigene Persönlichkeit dar, was ökonomisch ohnehin meistens für die individuelle Existenzgrundlage zutrifft. Die panische Angst vor der allumfassenden Konkurrenz,

durch sie ins gesellschaftliche Abseits befördert zu werden und damit unnütz zu sein, bereitet die Grundlage für Projektion. Genügt man den Anforderungen nicht, so werden die individuellen Probleme als Schuld des Anderen externalisiert. Dies muss nicht zwingend in rassistischer oder antisemitischer Form passieren, sondern kann beim Mobbing auf Arbeit anfangen und bei Prügeleien im Sport enden. Die permanente Unterdrückung der eigenen Triebe, der es bedarf, um den kapitalistischen Kriterien gerecht zu werden, provoziert gewaltvolle Ausbrüche, diese können gegen sich selbst gerichtet sein oder aber dem direkten Kontrahenten gelten.

Nationalismus

Neben den Funktionen des Sportes als soziales Herrschaftselement zur Stabilisierung und Legitimierung der bestehenden Ordnung und deren repressiver Vermittlung im Einzelnen kommt dem Sport und im speziellen auch Olympia eine nicht unbeträchtliche gesellschaftliche Bedeutung zu. Trotz der Einbettung des Sportes in ein transnationales soziales System der Kulturproduktion, welches in gewisser Hinsicht quer zu den Grenzen nationalstaatlich verfasster Gesellschaften verläuft, steht es diesen nicht entgegen. Ganz im Gegenteil verstärken internationale Wettkämpfe das nationale Zusammengehörigkeitsgefühl, da die Wahrnehmung der anderen Nationen ausschließlich eine als Konkurrenten ist.

Sportlichen Großevents kommt dabei neben der ihnen inhärenten Reproduktion des Geschlechterverhältnisses eine entscheidende Bedeutung bei der Aktualisierung des nationalen Zugehörigkeitsgefühles zu. Gerade der olympische Wettstreit der Nationen setzt bei den mitfiebernden Zuschauern die Identifikation mit der „eigenen" Nation voraus. Die SportlerInnen fungieren dabei als RepräsentantInnen derjenigen Nation und Kultur, der sich die ZuschauerInnen zurechnen.

Häufig wird dabei die rassistische Vorstellung reproduziert, dem nationalen Kollektiv könnten spezielle, quasi natürliche Eigenschaften zugeordnet werden. So werden den südamerikanischen Mannschaften beispielsweise Kreativität und Verspieltheit zugerechnet und diesen die robuste, von unerschütterlicher Kampfstärke bestimmte deutsche Spielweise gegenübergestellt.

Dem nationalen Kollektiv ordnet sich bereitwillig alles Individuelle unter und die Gesellschaft kommt als nationale Gemeinschaft zu sich. Dieses positive Zugehörigkeitsgefühl beinhaltet unweigerlich die Zustimmung zum politisch-gesellschaftlichen System und stützt das identitäre nationalistische Massenbewusstsein. Derlei sozialpsychologische Mechanismen werden besonders effizient befördert vom sportlichen Spektakel. Was 1936 der Weltöffentlichkeit das deutsche Nazireich präsentierte und 1954 sowohl den Schmerz der deutschen Volksseele über den verlorenen Weltkrieg linderte als auch Kriegsheimkehrer und Vertriebene in den Schoß der Täternation zurückbrachte, ist Inbegriff deutsch-nationalistischer Identitätshuberei. Und auch die Weltmeisterschaft von 1990 integrierte die verlorenen - aber nicht minder deutschen - Söhne und Töchter aus dem Osten in den nationalen Jubel und damit in die wiedererwachende Nation. Die olympische Glorifizierung von Nationalhymnen, die Präsentation nationaler Symbole und die faschistische Ästhetik der Licht- und Fackelspiele entfaltet sich hier besonders ausgeprägt und trägt auch durch die mediale Fokussierung auf die Leistungen der SportlerInnen des „eigenen" Landes den nationalen Gedanken auch außerhalb der Stadien in Millionen Wohnzimmer.

Und obwohl die schon historisch enge Verbindung von Sport und Nationalismus eine kritische Auseinandersetzung nahe legen würde, bleibt gerade diese aus. So steht es auch für deutsche Tradition, dass die Stadt Leipzig Albert Speer, dessen gleichnamiger Vater als Nazigröße hauptverantwortlich für die architektonische Inszenierung des Nationalsozialismus und damit auch der Olympiade 1936 in Berlin war, für die architektonische Planung von Olympia 2012 ausgewählt hat. Angesichts der Tatsache, dass zwischen Junior und Senior durchaus ideologische Kontinuitäten bestehen, ist diese Wahl geradezu skandalös. Der ungebrochen positive Bezug des Sohnes auf seinen Vater ruft in Deutschland 2004 keinen Widerspruch hervor.

Sozialismus

Sport bietet über die Identifikation mit den Erfolgen der Nationalteams eine negative Kompensation des Verlustes an Selbstachtung, welcher den, für die Warenproduktion überflüssig gewordenen oder zumindest ständig von dieser Überflüssigwerdung bedrohten Individuen tagtäglich abverlangt wird. Und so werden sich selbst von „zumutbaren Arbeitsangeboten" auch noch so drangsalierte Arbeitslose als Sieger fühlen können, wenn das Team ihrer Nation Weltmeister oder Olympiasieger wird. In Zeiten sich auch hierzulande verschärfender sozialer und wirtschaftlicher Bedingungen dürften diese Formen der Integration und die Ablenkung von gesellschaftlicher Realität durch Sportereignisse für die Aufrechterhaltung des sozialen Friedens zunehmend bedeutsamer werden. Dass der Breitensport im lokalen Verein mit seinen Funktionen zur Absicherung der Reproduktion und der Beförderung der Verinnerlichung ideologischer Grundpfeiler der bestehenden Ordnung, wie Leistungs- und Konkurrenzdenken, Teil des Problems ist, dürfte ebenso unbestreitbar sein.

Auch ohne eine detaillierte Vorhersage der zu erwartenden Entwicklungen in Leipzig lässt sich doch ohne weiteres erkennen, dass zumindest für die sozial schwachen Mitglieder der Gesellschaft eine Verschärfung ihrer Lebenssituation zu prognostizieren ist. Von der Zerstörung von Erholungsgebieten oder dem Zusammenkürzen der Mittel kultureller Einrichtungen

kann ausgegangen werden.
Die durchaus richtige Entlarvung der hochgelobten olympischen Arbeitsplätze als schlecht-bezahlte und vor allem nur temporäre taugt zu fundamentaler Kritik allerdings genauso wenig wie der Hinweis auf die finanziellen Belastungen des Breitensportes im Zuge von Olympia. Weder die Zumutungen der Arbeit, noch die breitensportliche Betätigung sind in Schutz zu nehmen und doch bedeutet ihr Wegfall eine reale Verschlechterung der Lebensbedingungen in dieser Gesellschaft. Um diesen Verzicht zu vermitteln, dürften die entsprechenden Legitimationsmodelle der deutschen IdeologInnen des „Gürtel enger Schnallens" und „Zusammenstehens für Deutschland und Olympia" bereits angedacht sein. Gesellschaftliches Resultat der Unterordnung des individuellen Interesses unter den Willen der Gemeinschaft ist im Allgemeinen die irreversible Selektion und Ausgrenzung von „Schwächeren", „Unterlegenen" und „Unbrauchbaren". Die faschistische Dimension dieses Denkens findet ihren Keim bereits im sportlichen Geschehen, wenn der ideale Körper mit dem idealen Menschen gleichgesetzt wird.

Repressionismus

Der Sport der bürgerlichen Massen hat sowohl integrative als auch diskriminierende Funktionen. Ist aus den großformatigen Plakaten des DSB und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen auch noch so deutlich der Wille zur sportlichen Integration von MigrantInnen oder sozial Schwachen ablesbar, so ist ebendies doch in aller Regel zumindest für Erstere, als undeutsch angesehene, unmöglich. Solange die von der nationalen Gemeinschaft - ob im lokalen Sportverein oder an den Außengrenzen Deutschlands - ausgeschlossenen Menschen allerdings dem deutschen Medaillenspiegel dienen, spielt die halluzinierte Differenz kaum eine Rolle. Auch hier zeigt sich deutlich die unter rot/grün fortschreitende modernisierende Transformation der alten Blut-und-Boden-Rassismen hin zum Leistungsrassismus, ohne dass Erstere dabei völlig verschwinden würden.
Gehört rassistische und soziale Ausgrenzung auch zum kapitalistischen Normalbetrieb, so ist konkret in Leipzig schon im Rahmen der Olympiabewerbung, erst recht aber während der potentiellen Austragung der Spiele, von einer verstärkten Repression sozialer Randgruppen auszugehen und auch bereits heute zu konstatieren.
Besonders die Präsentation einer sauberen Stadt hat die lokale SprayerInnenszene bereits ihre einzige legale Wand gekostet. Der sicher nicht stärker als üblich nach oben gefälschte Anteil von 92% der Leipziger Bevölkerung, die der Olympiabewerbung zustimmen, duldet keine „Schandflecken" und erst recht keinen Widerspruch. Es ist also vorhersehbar, dass Ausgrenzung, Diffamierung und Kriminalisierung nonkonformer, politischer und kultureller Szenen zur Tagesordnung während der Bewerbungsphase und der eventuellen Austragung der olympischen Spiele gehören werden. Demonstrations- und Veranstaltungsverbote, ähnlich denen anlässlich der EXPO in Hannover, werden unter Nutzung und Ausbau der bestehenden Videoüberwachungsstrukturen den öffentlichen Raum weiter einschränken und die repressive Durchsetzung der deutschen Vorstellung von Gesellschaft stützen.
Videoüberwachung öffentlicher Räume, obskure Auflagen bei Demonstrationen, zero-tolerance Politik bei Hausbesetzungen, finanzielle Angriffe auf kulturelle und politische Zentren und die Ankündigung des Verbots politischer Meinungsäußerung im Zuge der Spiele bieten bereits heute einen Vorgeschmack auf die zu erwartende Repressionswelle im Zuge der olympischen Leipziger Freiheit.

Fatalismus

Seine überregionale Bedeutung für die Linke erlangt die Kritik der olympischen Spiele nicht nur durch den universellen Charakter der zu Anfang vermittelten Kritik an Sport, Körperkult und Disziplin oder deren repressiver Vermittlung. Auch die innige Verknüpfung sportlicher Großereignisse mit nationalistischem Denken sowie faschistischer Traditionen des olympischen Spektakels sollten zum Widerspruch auffordern.



Es gilt in Leipzig einem Ossinationalismus entgegenzutreten, der schon im Vorfeld der Bewerbung tausende Menschen, frenetisch Olympia herbeisehnend und dabei in wüste Verschwörungstheorien über die „westdeutsche Sabotage" verfallend, auf die Straße trieb.
Während von den direkten Folgen von Repression und Innenstadtpolitik vorerst nur Leipzig betroffen sein wird, so sind doch mit der Verhinderung subversiver Aktivität alle gemeint, deren erklärtes Ziel die Aufhebung der versteinerten Verhältnisse ist.

Sport ist Mord?

Referat auf der gleichnamigen AOK-Veranstaltung am 17.02.2004 im Conne Island.[1]

Robert Fricke (BGR Leipzig

[1] Dies ist eine leicht überarbeitete und ergänzte Fassung des auf der Veranstaltung „Sport ist Mord?" gehaltenen Referats eines BGR-Mitglieds (http://www.nadir.org/bgr). Auf dem Podium saß außerdem Martin D. von den Wertkritischen Kommunisten Leipzig (WKL, http://www.wertkom.org). Eine Zusammenfassung der anderen Veranstaltungen der AOK-Reihe gibt es unter: http://www.nein-zu-olympia.de/html/texte/events04.htm

[2] im Volltext unter: http://www.nein-zu-olympia.de/html/reader.htm

[3] in der Broschüre: „Das Leistungsprinzip zertrümmern. Ein kleiner antiolympischer Rundumschlag", S. 44-47 http://www.nein-zu-olympia.de/html/texte/reader/read07.htm); Prasses Erben, 17/2003, S. 21 ff.; CEE IEH 98/2003 (http://www.conne-island.de/nf/98/26.html). In der AOK-Broschüre findet sich schon eine Kritik ...

Mein Thema heute abend sollte das Verhältnis von Sport und Nationalismus sein. Nun hat das BGR in der AOK-Broschüre „NOlympia"[2] drei Texte zu genau diesem Thema verfasst – diese hier einfach wiederzugeben, wäre langweilig und würde zu viel Zeit in Anspruch nehmen. Im Interesse der im Anschluss zu führenden Diskussion soll es im folgenden eher um eine Auseinandersetzung mit den Thesen von Martin gehen, der hier mit auf dem Podium sitzt. Ich beziehe mich dabei im folgenden nicht auf das mir noch nicht bekannte Referat, sondern auf drei Texte, die von ihm in der Broschüre, im Prasses Erben und im CEE IEH[3] erschienen. Vorab möchte ich betonen, dass bei aller Kritik zwischen mir und Martin grundsätzliche Übereinstimmung in vielen Punkten bezüglich der Analyse über die Rolle des Sports in der kapitalistischen Gesellschaft besteht – und ich deswegen auch nicht nur die Lektüre unserer Texte in der AOK-Broschüre empfehlen kann, sondern auch den von Martin (und von den anderen AutorInnen ebenso).

Theorie über alles...

Sichtbar wird allerdings beim Lesen der Texte von Martin ein Mangel einer Verfahrensweise, die in Leipzig hochtrabend Theorieproduktion genannt wird. Dabei handelt es sich vielmehr um ein Verfahren, eigene (mehr oder wenig gut begründete) Glaubenssätze der Wirklichkeit überzustülpen und getreu dem Motto „Was nicht passt, wird passend gemacht" alle widersprechenden Erkenntnisse einfach zu ignorieren. Was Martin allerdings zu Gute zu halten ist, ist die Tatsache, dass er – im Gegensatz zu allen anderen selbsternannten TheoretikerInnen der Leipziger Szene – nicht alle anderen Ansätze, die seinem eigenen widersprechen, als dummes Geplapper denunziert oder mit anderen Kampfbegriffen belegt. Vielmehr versucht er meist, auf eine verständliche Art und Weise seine eigene Position plausibel zu machen.[4] Die hier nun vorliegenden Texte von Martin setzen sich allerdings gar nicht mit ihrem eigentlichen Thema – dem Sport – auseinander, sondern benutzen den Sport, wie so viele anderen Themen auch, nur, um das ewig gleiche durchzuexerzieren: die Wertkritik. Angenommen, die Wertkritik ist eine brauchbare Theorie zur Beschreibung und Kritik der kapitalistischen Verhältnisse – was ich übrigens gar nicht abstreiten möchte –, dann ist es natürlich legitim und sinnvoll, die Wertkritik bei der Betrachtung des Sports anzuwenden. Zwischen der Anwendung und dem Überstülpen einer Theorie besteht aber ein großer Unterschied. Während ich im ersten Fall von den zu beobachtenden Phänomenen ausgehe und die Theorie zur Erklärung dieser gebrauche, aber auch erkenne, wo die Theorie versagt und andere Theorien ins Spiel kommen, wird im zweiten Fall die Wirklichkeit selektiv wahrgenommen, weil sie nur zur Absicherung der Theorie dient. Konkret heisst das: Sport ist nicht gleich Arbeit oder Schule. Versucht nun Martin, Sport mit der Wertkritik zu erklären, fällt ihm nur ein: Zurichtung der Körper für Arbeit, Schulung im Konkurrenzkampf usw. Das ist zwar nicht falsch – nur hat er damit zwar seine Theorie mit neuen Argumenten unterfüttert, aber den Sport nicht hinreichend erklärt. Da, wie schon gesagt, die Wertkritik eine gute (wenn für mich aber nicht einzige) Theorie ist, kommt auch viel gutes raus, wenn mit ihr der Sport erklärt werden soll – nur schafft es Martin nicht, seine Ausführungen plausibel zu machen, weil er den Sport nur als Projektionsfläche benutzt.

Sport und Wertkritik – eine heikle Beziehung

Ich will es heute mal genau andersherum versuchen. Ich projiziere den realen Sport auf die Theorie von Martin, um die darin enthaltenen Schwachstellen offen zu legen. Die Punkte, wo sich ein wertkritischer Ansatz an der Wirklichkeit blamiert, lassen sich kurz mit Zitaten aus Martins Texten benennen: Sport sei die „Keimform des Vernichtungskrieges"; Sport dient dem „Aufstylen für bevorstehende Kriege"; „Sport und Schützenplatz gehören untrennbar zusammen" – damit ist die Veranstaltungsfrage „Sport ist Mord?" für Martin mit einem Dreifachen Ja beantwortet. Desweiteren reduziert Martin die Funktion des Sports auf die Zementierung der bürgerlichen Gesellschaft, indem sein einziger Zweck die Schaffung eines arbeits- und leistungsfähigen Volkes sei. Dabei werden von Martin alle Organisationsformen des Sports über einen Kamm geschoren: bürgerlicher, nationalsozialistischer, realsozialistischer und Sport der ArbeiterInnenbewegung sind für in ein- und dasselbe. So behauptet er

weiter, dass auch die Kommerzialisierung oder politische Instrumentalisierung keine Verschlechterung des Sports bedeute – denn er war von Anfang an verrucht. Sport, so seine letzte These, mit der ich mich auseinandersetzen will, sei „verinnerlichter Haß auf den Körper". Diese ganzen undifferenzierten Behauptungen, die Martin gebetsmühlenartig in all seinen Texten wiederholt, werden nicht weiter ausargumentiert. Denn sie leiten sich aus der Wertkritik ab – bedürfen also keiner weiteren Begründung. Sie lassen sich aber auch nicht begründen, weil sie durch die Bank weg falsch sind.

Sport als Keimform des Vernichtungskrieges?

Dies ist der ärgerlichste Fehler von Martin. Nun ist es eine bei WertkritikerInnen[5] gängige Methode, den Nationalsozialismus – unbeabsichtigt? – zu relativieren, indem er in die allgemeine „kapitalistische Barbarei" eingebettet und direkt aus ihr abgeleitet wird. Robert Kurz – nennen wir ihn mal den Propheten der Wertkritik, dem die weisen Worte und Gedanken direkt von Karl Marx eingehaucht wurden – spricht nicht nur vom Kinderholocaust im Trikont (was noch seine mathematische Berechtigung hätte für einen Theoretiker, der zwar behauptet, Opfer nicht aufrechnen zu wollen, doch genau das dann tut), sondern auch vom KZ-ähnlichen Charakter der Altersheime. Die Konkurrenz der bürgerlichen Subjekte untereinander sei sadistischer als jeder KZ-Aufseher es sich je hätte ausdenken können; Bevölkerungspolitik sei die soziale Endlösung; Auschwitz hingegen war eine ganz normale fordistische Fabrik wie Volkswagen auch. Robert Kurz setzt aber nicht nur Nationalsozialismus und Kapitalismus gleich, um den Kapitalismus als besonders schlimm erscheinen zu lassen – eine Methode, die gerade er nicht nötig hätte, ist der Kapitalismus doch auch so schlimm genug, was wohl keiner besser weiß als Robert Kurz –, sondern schreckt auch vor der offenen Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen nicht zurück. So behauptet er – um seinen Fabrikvergleich aufrecht erhalten zu können –, dass die KZ-Wärter in Auschwitz nicht grausam gewesen wären, sondern ihren Job verrichtet hätten, wie jeder andere auch.[6]



Nun verweist die Verwendung des Wortes *Vernichtungskrieg*[7] im Zusammenhang mit Sport darauf, dass auch Martin versucht, eine Verbindung von Sport und Nationalsozialismus herzustellen, um den Sport so richtig zu diskreditieren. Über Sport und Vernichtungskrieg brauchen wir hier nicht weiter zu diskutieren. Nehmen wir mal an, Martin meint, dass zwischen Sport und Kriegen allgemein ein Ableitungsverhältnis – wie anders ist *Keimform* sonst zu interpretieren? – besteht.

Nun hat der Sport mit dem Krieg erst einmal so viel zu tun, wie Internet mit Kinderpornographie oder die Eisenbahn mit dem Holocaust. Nämlich: Es hat *etwas* miteinander zu tun. Das Internet begünstigt die Verbreitung der Kinderpornographie (ist aber nicht dessen Ursache), genauso wie ohne die Eisenbahnen der Holocaust nicht so effizient hätte durchgeführt werden können (wobei Eisenbahnen an sich ja eine gute Erfindung sind und eben nicht nur Ausdruck kapitalistischer Barbarei). Die Behauptung, Internet ermögliche die Pornographie führt dann schnell zu Zensurdebatten – und lenkt vom eigentlichen Problem ab: Sexismus. Genauso wird, wer sich mit dem Holocaust beschäftigt, zwar mit den Eisenbahnen auseinandersetzen können, aber sich in erster Linie mit dem Antisemitismus der Deutschen beschäftigen müssen. Was ist nun mit Sport und Krieg? Lege ich, der ich Sport treibe, damit die Grundlage für einen erneuten Zivilisationsbruch? Begünstige ich, der Kriegsdienstverweigerer, damit Krieg und Militär? Was als historische Erklärung seine Berechtigung hat, nämlich die Rolle des Sport für die Wehrertüchtigung, ist inzwischen ziemlich obsolet geworden. Heute macht Sport, wenn mir mal im Gedankengebäude von Martin bleiben wollen, viel mehr fit für den friedlichen, kapitalistischen Normalbetrieb – den Arbeitsalltag – als für den Krieg. Das ist nicht unbedingt ein Verdienst des Sports, sondern eher Folge der veränderten Form kriegerischer Auseinandersetzungen (Im Atomwaffenzeitalter werden sportliche Soldaten kaum noch gebraucht). Aber auch historisch gesehen wäre es falsch, Sport mit Wehrsport gleichzusetzen.

... an dem Prasses Erben-Text von Martin (siehe: Olympia-AG im BGR, Sport – die völkischste Versuchung, seit es Zivilgesellschaft gibt?, S. 26-33, http://www.nein-zu-olympia.de/html/texte/reader/read04.htm

[4] siehe z.B. etliche Texte im CEE IEH (http://www.conne-island.de/nf) und im Incipito (http://left-action.de/incipito/rechts.php?seite=5&operator=AND&autorin=martin).

[5] Gewisse antideutsche Kreise stehen den WertkritikerInnen darin in nichts nach und betreiben ebenfalls die Relativierung des Nationalsozialismus, jedoch unter anderem Vorzeichen: bei ihnen wird der Nationalsozialismus von seinen kapitalistischen Wurzeln getrennt – und dann in verschiedene geographische Gebiete oder soziale Bewegungen hineinverpflanzt. Die Wertkritischen Kommunisten Leipzig haben sich schon kritisch mit ihrem Adepten Robert Kurz auseinandergesetzt (siehe: konkret 05/2003, S. 28-29) - bei Martin ist davon leider nicht viel zu spüren.

[6] Alle Beispiele aus: Robert Kurz, Schwarzbuch Kapitalismus. Ein Abgesang auf die Marktwirtschaft. Eichborn 1999. Zitiert nach: Stephan Grigat, Robert Kurz' „Schwarzbuch Kapitalismus", in: Streifzüge 2/2000, Günter Jacob, Zu kurz, in: konkret 4/2000, S. 34-35 sowie ders., Keine Opfer, keine Täter, in: konkret 7/2000, S. 46-47. Eine Erwiderung von Robert Kurz findet sich in konkret 6/2000, S. 30-31

[7] In der anschließenden Diskussion versuchte sich Martin damit herauszureden, dass er mit „Vernichtungskrieg" einfach „Kriege" meint, in denen ja immer Menschenleben vernichtet würden. Mit der Relativierung des deutschen Vernichtungskrieges will er nichts zu tun haben. Fakt ist, dass Vernichtungskrieg ein fest stehender Begriff für den Feldzug der deutschen Wehrmacht gen Osten im 2. Weltkrieg ist, wo es nicht darum ging, den Gegner zu besiegen, zu kolonialisieren usw., sondern auszurotten. Jeder, der diesen Begriff auf andere Kriege anwendet, betreibt das Geschäft der Verharmlosung des Nationalsozialismus ....

Alles eine große unterschiedslose Scheiße

Für Martin beginnt die Verfallsgeschichte der Zivilisation mit der Antike. Das ist für ihn auch der Beginn der Zurichtung des Menschen durch Sport. Da es seitdem nur noch bergab ging – für Martin war die Antike „bei weitem nicht so gräßlich" wie der heutige Zustand – sehnt er sich wahrscheinlich zu den Gladiatoren-Kämpfen und den antiken olympischen Spielen, wo es um Leben und Tod ging, zurück. Falsch ist das vermeintlich historische Argument von Martin aber schon allein, weil es zwar Olympische Spiele[8] in der Antike gab, aber noch keinen Sport. Sport ist ein Phänomen der kapitalistischen Moderne. Gerade für WertkritikerInnen, die gerne darauf beharren, dass es Arbeit vor dem Kapitalismus nicht gab und es sie nach dem Kapitalismus auch nicht mehr geben wird, dürfte dies leicht zu begreifen sein.

Martin macht aber nicht nur historisch alles gleich, damit es ins Theorieraster passt. Er muss auch alle politischen und geographischen Unterschiede verwischen. So ist für ihn Sport im Nationalsozialismus das gleiche wie bürgerlicher oder realsozialistischer Sport, dieser wiederum unterscheidet sich nicht vom ArbeiterInnensport. Nur einen Unterschied kann er anerkennen: Die ArbeiterInnenbewegung wollte nur eine Revolution innerhalb des bestehenden Systems von Arbeit, Leistung und Wert machen – und habe damit die Ausbeutung perfektioniert. Somit ist der ArbeiterInnensport eine besonders perfide Form des Sports?

Ich hingegen will auf folgenden wichtigen Unterschieden beharren (darüberhinaus gibt es noch viele weitere, die aber wohl eher von ethnologischem oder soziologischem Interesse sind – und deswegen von GesellschaftskritikerInnen getrost zu vernachlässigen): Der Unterschied zwischen Sport und Turnen – der deutschen Form des Sports. Und der Unterschied zwischen Turnen und ArbeiterInnensport.

Turnen vs. Sport

Der Sport hat seinen Ausgangspunkt in England. Er war – es sei hier der Kürze wegen eine idealisierte Beschreibung erlaubt, die zumindest die Gegensätze zum deutschen Turnen deutlich macht – ein Kind des Kapitalismus. Die Sportpraxis und die damit propagierte Ideologie war säkular, international, vielfältig, individualistisch, persönlichkeitsfördernd, in Grenzen sogar körper- und lustbetont. Der Sport schuf eine auf rationalen Prinzipien basierende, weitestgehende egalitäre Massenbewegung. Ziel war die spielerische Einübung der kapitalistischen Verkehrsregeln (Leistungsprinzip – Rekorde im Sport, Konkurrenz – Wettkampf) und Zurichtung der bürgerlichen Subjekte gemäß der modernen Anforderungen, die an sie gestellt wurden, wie z.B. Selbstdisziplinierung. D.h. dass der Sport z.B. eine gewaltsublimierende Funktion hatte. Zusammengefasst lässt sich sagen: **Der Sport spiegelte die kapitalistische Arbeitswelt wider.**

Parallel zum britischen Sport entwickelte sich in Deutschland die Turnbewegung. Einen ersten Hinweise auf die Unterschiede zwischen Sport und Turnen gibt die sprachliche Herkunft des Wortes *Turnen* vom *Turnier*. Die deutschen Turnväter entwickelten ihr Konzept in direkter Gegnerschaft und als Gegenmodell zum als dekadent begriffenen englischen Sport. Die mit dem Turnen vermittelten Werte waren: ein mystischer Nationalismus, patriarchale Geschlechterrollen (Turnen war den Männern vorbehalten), anfangs ein elitäres, feudales Standesbewusstsein, später die homogensierende Volksgemeinschaft, romantischer Idealismus, heldisches Soldatentum, Wehrhaftigkeit. Das Turnen diente in erster Linie der Vorbereitung auf Kampf und Opfertod, es war gewaltentfesselnd und richtete sich gegen die kapitalistische Rationalität. Das Turnen war nicht leistungsorientiert und zutiefst körper- und lustfeindlich[9] – zumal im Mittelpunkt der Turnbewegung nicht etwa sportliche Übungen standen sondern die nationalistische Agitation (z.B. gemeinsame Exkursionen zu germanischen Wallfahrtsorten). Die Übungen sollte neben der körperlichen und geistigen Wehrertüchtigung, der „Volksgesundheit und Rassereinheit" auch moralische Werte im deutschen Sinne – die berühmten Sekundärtugenden – vermitteln. **Das Turnen stellt also eine reaktionäre Flucht vor dem Kapitalismus in Richtung Vormoderne dar.**[10]

Ich will nicht verschweigen, dass auch der Sport der Wehrertüchtigung diente, moralische Werte vermitteln wollte, Nationalismus beförderte usw. Dies war aber erstens nicht zentral. Und zweitens gab es einen großen Unterschied, welche Werte vermittelt wurden, wie der propagierte Nationalismus beschaffen war, welche Ziele das Militär, für das kräftige Männer benötigt wurden, hatte.

Beides – sowohl den Sport als auch das Turnen – können und sollten GegnerInnen des Kapitalismus' schlecht finden und kritisieren, aber niemals gleichmachen. Denn im kapitalistisch ausgerichteten englischen Sport entwickelten sich Ideale wie Fairness und Teamgeist, auf die sich später nicht nur der proletarische Sport positiv bezog, sondern die auch Ausgangspunkt einer über die Gesellschaft hinausreichende Kritik sein können. Die deutsche Turnerschaft hingegen versuchte diese Ideale auszumerzen und jede Kritik an den Verhältnissen zu verunmöglichen. Sie denunzierte den Sport als undeutsch und dem „Krämergeist" der Briten entspringend. Dementsprechend wurde bis in die Weimarer Republik hinein Olympia boykottiert – und das obwohl sich Coubertin als Erfinder der Olympischen Spiele (und später das IOC) ideologisch (und personell) immer in der Grauzone zwischen fortschrittlichem Sport und faschistischem Turnen bewegte. Auch die Nationalsozialisten standen der olympischen Idee bis 1933 ablehnend gegenüber, schon allein, weil es sich für einen deutschen

Übermenschen nicht ziemt, sich mit „Negern und Juden" zu messen. Außerdem trieben Nazis keinen Sport, sondern praktizierten die *Politische Leibeserziehung*[11], die sich auf Manöverübungen und NS-Indoktrination beschränkte. Auf Drängen von nationalsozialistischen Sportfunktionären erkannten die Nazis aber nach der Machtübernahme, dass die für 1936 geplante Olympiade in Berlin dem Dritten Reich eine großartige Legitimation zu verschaffen vermag. Klar war für die Nazis aber auch, dass dies die letzten olympischen Spiele der Menschheitsgeschichte sein und sie durch *NS-Kampfspiele* ersetzt werden sollten. Diese fanden seit 1937 in Verbindung mit den Reichsparteitagen in Nürnberg statt.[12] Damit knüpften die Nazis an Pläne aus der deutschen Turnbewegung des deutschen Kaiserreichs an, die als Alternative zur Olympiade eigene Turnfeste auf dem Gelände der Leipziger Völkerschlacht forderten. Daraus wurde damals aus finanziellen Gründen nichts. Als Ersatz dafür wurde das Völkerschlachtdenkmal gebaut.[13] Und die Turnfeste konnten dann doch noch etabliert werden – und haben bis heute in Leipzig Bestand. Abschließend lässt sich festhalten: Wenn schon eine Verbindung zwischen Sport und Krieg hergestellt werden soll, dann besteht sie wohl eher darin, dass die deutsche Turnbewegung die Keimform des Vernichtungskrieges darstellte, während – und nun wird es ziemlich gewagt und unhistorisch – der britische Sport dafür sorgte, dass die Alliierten zum einen wussten, dass sie gegen die Deutschen zu kämpfen hatten; und dass sie sie dann auch besiegten.

Oder, um Martin mit seinem eigenen Vordenker zu kommen: „Die moderne Idee der Gleichheit verdankt sich also einer gesellschaftlichen Form von Gleichheit, die historisch mit der Entwicklung der Warenform entstanden ist, daß heißt mit dem Prozeß der Entfremdung"[14] Für diese Entwicklung steht auch der Sport, für die gegenläufige Entwicklung das Turnen.

Sozialistischer = nationalsozialistischer Sport wegen Utopievorstellungen?

Martin behauptet, der ArbeiterInnensportbewegung sowie ob nicht gewesen wäre, um den Aufbau bundesdeutscher Sportinstitutionen.[15]

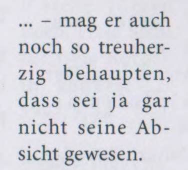
Der ArbeiterInnensport in Deutschland vereinte in sich die britischen Sportideale und den deutschen Mief. Er stellt den Vorläufer des heutigen Breitensportes dar – und nicht der

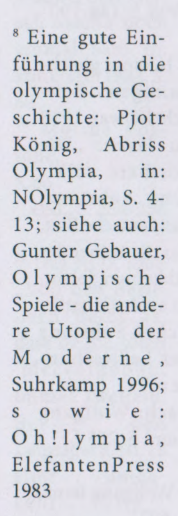


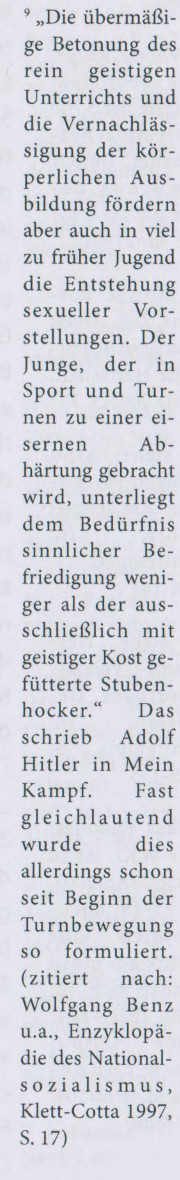
Wehrmacht, wie es auf die Turnbewegung zutraf. Der proletarische Sport war antimilitaristisch, diente explizit nicht der Wehrertüchtigung. Die FunktionärInnen und SportlerInnen sprachen sich gegen den Star- und Siegerkult aus (lehnten also wie die völkischen Kräfte den kapitalistischen Hochleistungssport ab), gleichzeitig aber auch gegen heroische Kämpfermythen und Nationalismus. Der Sport verstand sich als internationalistisch und wollte einen Ausgleich zu den Strapazen der Arbeit bieten. Das war zwar reformistische Sozialarbeit – von Perfektionierung der Ausbeutung kann dabei allerdings keine Rede sein. Schließlich verkündete der Sport immer die Hoffnung auf Abschaffung der Ausbeutung – womit aber noch nichts über die Qualität der klassenkämpferischen Konzepte gesagt ist. Die Körperertüchtigung diente dem Klassenkampf, das Vereinsleben der sozialdemokratischen oder kommunistischen Politisierung. Der

dem Sport in der DDR ging es genauso wie dem NS-Sport um die Schaffung des neuen Menschen. Auch sonst seien kaum Unterschiede zu erkennen. Ansatzweise richtig wäre ein solcher Einwand gegen die dümmliche linke Parole „Volxsport statt Olympia". Falsch ist aber auch hier die Gleichsetzung. Zu Fragen wäre ja an erster Stelle, um welche Vorstellungen vom neuen Menschen es ging.

Die deutschen Sportorganisationen waren schon vor 1933 neben den offenen nationalsozialistischen Organisationen die wichtigsten Akteure bei der Verbreitung und Verankerung des antisemitischen, nationalistischen und rassistischen Gedankenguts im Sinne der Nazis. Viele Vereine setzten schon lange vor 1933 den Arierparagraph bei sich durch, was den Ausschluss aller jüdischen Mitglieder nach sich zog. Deutsche SportfunktionärInnen hatten vor 1933 wichtige Posten in der NSDAP inne und nach 1945 bemühten sie sich, als


... – mag er auch noch so treuherzig behaupten, dass sei ja gar nicht seine Absicht gewesen.


[8] Eine gute Einführung in die olympische Geschichte: Pjotr König, Abriss Olympia, in: NOlympia, S. 4-13; siehe auch: Gunter Gebauer, Olympische Spiele - die andere Utopie der Moderne, Suhrkamp 1996; sowie: Oh!lympia, ElefantenPress 1983


[9] „Die übermäßige Betonung des rein geistigen Unterrichts und die Vernachlässigung der körperlichen Ausbildung fördern aber auch in viel zu früher Jugend die Entstehung sexueller Vorstellungen. Der Junge, der in Sport und Turnen zu einer eisernen Abhärtung gebracht wird, unterliegt dem Bedürfnis sinnlicher Befriedigung weniger als der ausschließlich mit geistiger Kost gefütterte Stubenhocker." Das schrieb Adolf Hitler in Mein Kampf. Fast gleichlautend wurde dies allerdings schon seit Beginn der Turnbewegung so formuliert. (zitiert nach: Wolfgang Benz u.a., Enzyklopädie des Nationalsozialismus, Klett-Cotta 1997, S. 17)

[10] siehe dazu: Rainer Amstädter, Der Alpinismus. WUV-Univeristätsverlag 1996, S. 186-190

[11] In einer gleichnamigen Zeitschrift war 1936 zu lesen: „Die kostbare völkische Substanz, das deutsche Blut, das die Leiber der einzelnen formt, ist auch die natürliche Substanz der Leibesübungen." (zitiert nach: Wolfgang Benz, S. 255 f.)

[12] Wolfgang Benz, S. 607

[13] Volker Kluge, Die Sportstadt Leipzig hat 3.700 „Olympia-Botschafter" (http://www.nok.de/page.php?art_id=2750)

[14] Moishe Postone, Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. ça ira 2003, S. 252

[15] siehe: Arnd Krüger, Faschismus: Am Beispiel Sport, in: Oh!lympia, S. 136-141

[16] siehe: Hermann-J. Pölking: Sportliche Genossen, in: Oh!lympia, S. 129-135

[17] das Flugblatt der WKL ist in Incipito 8.5/2003, S. 13-18, dokumentiert. Eine Kritik am Inhalt findet sich in: CEE IEH #104/2003 (http://www.conne-island.de/nf/104/20.html)

Massensport war demokratisch organisiert, Jugendliche und Frauen konnten – zumindest auf dem Papier – gleichberechtigt teilnehmen und mitbestimmen. Zum Ende der Weimarer Republik wurden viele Sportvereine in antifaschistische Gruppen, die für den Straßenkampf gegen die SS-Horden trainierten, umgewandelt. Ein Großteil der kommunistischen SportfunktionärInnen endete im KZ oder in der Emigration.[16]

Auch hier gilt: Es kann und sollte die falsche Kapitalismuskritik der ArbeiterInnenbewegung, ihr Antisemitismus, Nationalismus, Arbeitswahn, die teilweise Kriegsbegeisterung, die Reproduktion deutscher Ordnungsvorstellungen usw. kritisiert werden. Sie aber mit den Nazis in einen Topf zu werfen, obwohl sie konträre politische Konzepte vertraten, ist eine Frechheit. Auch heute kann der Rote Stern Leipzig, dem viel Schlechtes nachgesagt werden kann, nicht mit der Wehrsportgruppe Hofmann gleichgesetzt werden, nur weil in beiden Gruppen Lauftraining praktiziert wird und die Mitglieder malochen gehen, ohne die Marx-Engels-Gesamtausgabe studiert zu haben.

Besonders absurd wird allerdings der an die ArbeiterInnenbewegung gerichtete Vorwurf der Perfektionierung der Verhältnisse von Leuten, die heute in sozialen Bewegungen „Kommunismus ist machbar"-Flugblätter[17] verteilen, obwohl Kommunismus mit denen sicher nicht machbar ist, während die ArbeiterInnenbewegung sich den Kommunismus zumindest noch auf die Fahnen geschrieben hatte.

Sport = Arbeit?

Zum Schluss möchte ich noch kurz auf die weniger problematischen Passagen in Martins Texten eingehen. So behauptet er, Sport diene der **Zementierung der Gesellschaft.** Das stimmt. Im Sport spiegelt sich die Gesellschaft. Wie er organisiert ist, welche Werte vermittelt werden, welche Funktion er hat – alles kapitalistisch. Doch für welchen Bereich gilt dies nicht? Es gibt keine Inseln, die nicht vom Kapitalismus durchdrungen sind und ihren Beitrag zur Stabilität des Systems leisten. Gleiches ließe sich in dieser Pauschalität auch vom Bildungswesen, der Kulturindustrie, der Justiz und selbst von Martins theoretischen Anstrengungen behaupten. Alles hält das System am Laufen – aber über die besondere Spezifik des Sports für den Kapitalismus ist damit noch nichts gesagt. Außerdem wäre einzuwenden, dass Sport zwar eine stabilisierende Funktion hat, aber nicht darauf reduziert werden kann.

Dann stellt Martin fest – und wendet sich damit gegen eine Sportkritik, die durch die **Kommerzialisierung** die hehren Ideale des Sports verraten sieht –, dass das Geld den Sport nicht schlechter mache. Der Sport sei schon immer verrufen, weil kriegerisch und kapitalistisch, gewesen. Was er nicht sehen mag, ist die Tatsache, dass durch die Kommerzialisierung der Sport tendenziell entideologisiert wird und dass das – gerade vor dem Hintergrund der deutschen Turn- und Sportgeschichte – ein begrüßenswerter Fortschritt ist. Die nationalistische Überhöhung wird zurückgedrängt – nicht nur die Nationen treten gegeneinander an, sondern auch Adidas gegen Nike und Coca Cola gegen Pepsi. Die SportlerInnen werden mehr als individualistische Stars wahrgenommen, die in ihrer Popularität die Nationalmannschaft teilweise hinter sich lassen. Aber auch der kapitalistisch organisierte Breitensport dient nicht mehr der Wehrertüchtigung, sondern der Arbeitsertüchtigung. Für Martin mag darin kein Unterschied bestehen, denn – so schreibt er in seinem Text – Krieg ist gleich Frieden.

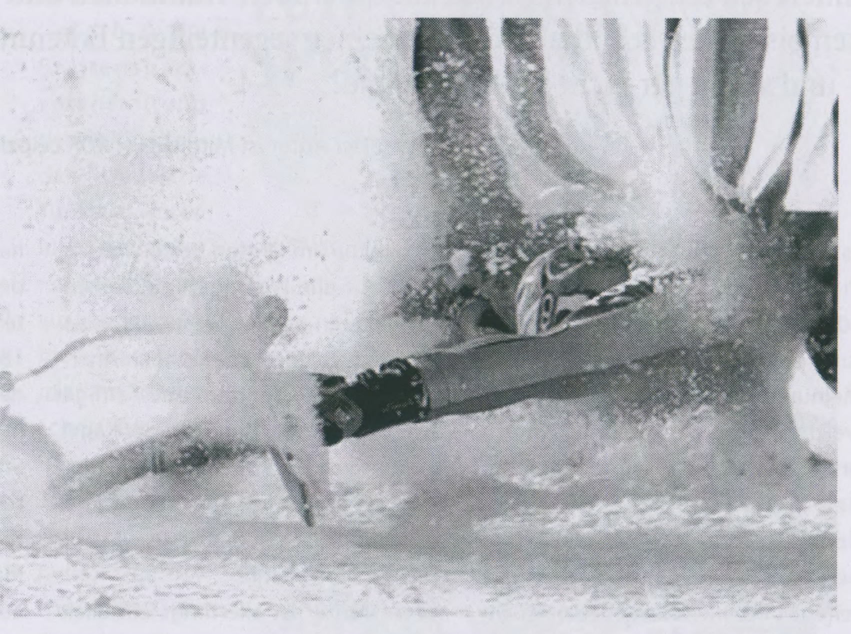
Deswegen unterlässt es Martin auch, das Gerede von den dem Mammon geopferten Idealen als völkische Gegentendenz in deutscher Tradition zu denunzieren. Wenn die *taz* und *junge Welt* den Fußball als deutsches Kulturgut gegen Pay-TV verteidigen wollen[18] oder *Der Spiegel* den Todeszeitpunkt der olympischen Idee nicht etwa auf 1936, sondern auf 1984 (= erste kommerzielle Olympiade in den USA) datiert[19], dann muss dem mehr entgegengehalten werden, als nur ein *es-war-schon-immer-so-schlecht*-ausdrückendes Achselzucken – nämlich: eine flammende Verteidigungsrede für die kapitalistische Zivilisation. Die gilt es zwar abzuschaffen, aber das kann nur in deutlicher Gegnerschaft zu allen deutschen KulturkämpferInnen gelingen.

Zu guter letzt behauptet Martin, Sport sei **verinnerlichter Haß auf den Körper**. Auch dem würde ich – und zwar mit Martins eigener Theorie – widersprechen wollen. Die Wertkritik verteufelt die Arbeit als Ausdruck der kapitalistischen Verhältnisse und tritt für selbstorganisierte, nicht über den Wert vermittelte Tätigkeit ein. Das Brötchenbacken gibt es im Kapitalismus und wird es auch im Kommunismus geben. Haßt, wer arbeitet, seinen Körper? Das mag vorkommen. Die Stoßrichtung der marxistischen Kritik ist allerdings eine andere. Karl Marx hat dafür den Begriff der *Entfremdung* eingeführt. „Die Aufhebung der Entfremdung bedeutet nicht die Wiederaneignung eines Wesens, das früher einmal existiert hätte, sondern die Aneignung dessen, was in entfremdeter Form konstituiert wurde."[20] Analog ist es beim Sport. Spaß an der Bewegung und Spiel, gar am Wettstreit miteinander, am Ausloten körperlicher Grenzen, wird es immer geben. Auch schon heute ist das begrenzt – aber weit mehr als in der Arbeitswelt – im Sport möglich. Genau das ist ein Grund, warum viele Menschen gern und freiwillig Sport treiben. Sie sind eben nicht masochistisch und wollen sich quälen – sondern suchen Spaß, Spannung oder Entspannung, die der Sport zu bieten vermag. Das ist der eine Aspekt, der aus sportlicher Betätigung eben kein hassenswertes und ersatzlos abzuschaffendes Element kapitalistischer Barbarei macht. Andererseits ist der Sport – wie oben erläutert – ein Kind des Kapitalismus und kapitalistisch durch und durch. Deswegen vermag er es eben nicht wirklich, Spaß, Spannung und Ent-

spannung zu bieten, sondern nur in verkürzter und entfremdeter Form. Etliche Menschen, nicht nur die LeistungssportlerInnen, schinden sich so sehr als ob sie ihren Körper hassen würden – und begreifen den eigenen Körper als Feind, den es mit der eigenen Willensstärke zu züchtigen gilt. Die Schlussfolgerung wäre: Der Sport ist nicht zu negieren und zu zerstören, wie es der Begriff des Hasses suggeriert. Vielmehr geht es, wenn wir stattdessen von Entfremdung sprechen, um die Aneignung der positiven Inhalte und die Aufhebung der Entfremdung.

Einer, der sich zurecht Theoretiker nennen dürfte

Der Leipziger Wertkritik à la Martin, die in ihrer permanenten Wiederholung mehr sportlich als theoretisch oder kritisch ist, wäre zum Abschluss noch einmal ihr eigener Guru entgegenzuhalten: „Die Kritik ruft weder nach der Verwirklichung noch nach Abschaffung der Ideale der bürgerlichen Gesellschaft. Ebensowenig zielt sie auf die Realisierung der abstrakt homogenen Universalität der bestehenden Gesellschaftsformation noch auf die Abschaffung der Universalität. Vielmehr klärt sie darüber auf, daß der Gegensatz zwischen abstrakten Universalismus und konkretem Partikularismus in bestimmen Formen gesellschaftlicher Verhältnisse seinen Grund hat – [...und es] verweist die Entwicklung dieser Verhältnisse auf die Möglichkeit einer anderen Form des Universalismus, der nicht auf Abstraktion von aller konkreten Besonderheit basiert [...] Aus dem Doppelcharakter des Entfremdungsprozesses ergibt sich, daß seine Aufhebung (statt seiner einfachen Abschaffung) eher die Aneignung dessen nach sich zieht, was in entfremdeter Form gesellschaftlich konstituiert worden ist. [...] Die entfremdete, durch Arbeit vermittelte Weise gesellschaftlicher Konstitution schwächt nicht nur traditionelle gesellschaftliche Formen, sondern führt auch einen neuen gesellschaftlichen Zusammenhang ein, der durch eine Distanz zwischen Individuen und Gesellschaft charakterisiert ist, eine Form von Distanz, die gesellschaftliche Reflexion und die Analyse der Gesellschaft als ganze zuläßt beziehungsweise vielleicht erst etabliert."[21]



In diesem Sinne: Sport frei!

Anti-olympische Bedienungsanleitung

Eine antiolympische Bewegung hätte also neben der allgemeinen Sportkritik, die vor den Ambivalenzen, die dem Sport innewohnen, nicht die Augen verschließt und zivilisatorische Fortschritte im und durch den Sport nicht pauschal negiert, eine spezielle Kritik am deutschen Sport, den deutschen Sportvereinen und der deutschen Sportgeschichte zu üben. Für die heutige Zeit und übertragen auf die Leipziger Olympiabewerbung bedeutet dies u.a.: Denunzation des besinnungslosen lokalpatriotischen, Ostalgieverträumten und nationalistischen Olympia-Taumels[22], eine treffsichere Kritik der Kontinuitäten der deutschen Turner-Ideale bis heute (z.B. die DSB-Kampagne *Sport tut Deutschland gut*[23]; das Europäische Jahr *Erziehung durch Sport*; Turnfeste in Leipzig), eine Auseinandersetzung mit der Olympiade 1936[24] und Kritik der Tatsache, dass es eine unhinterfragte Selbstverständlichkeit für alle Beteiligten – selbst bei den linken KritikerInnen an Olympia und geschichtspolitisch sattelfesten Linken – zu sein scheint, dass Albert Speer, als Reinkarnation in Gestalt seines Sohns, zum zweiten Mal Olympia architektonisch planen und umsetzen darf[25].

Auf alle Fälle hätte eine solche Bewegung eine Menge zu tun – und sollte nicht nur Veranstaltungen wie die heutige besuchen. Denn noch immer gilt das Diktum von Martin Janz: „Von einem Kritiker des Kapitalismus wäre nicht die richtige Theorie der falschen Gesellschaft zu erwarten, sondern ein Beitrag zu deren Überwindung. Die aber ist keine Frage der richtigen Analyse oder Theorie, sondern der praktischen Abschaffung."[26] Da kann ein wenig Sport nicht schaden. Ob allerdings der auf der Veranstaltung auch von Martin entwickelte Plan, zusammen mit den Ökos und sonstigen Leipziger Idioten bezüglich Olympia den Schutz der heimischen Rohrdommeln und das Einfrieren der Brötchenpreise zu fordern, der richtige in Richtung Abschaffung des Kapitalismus ist, darf bezweifelt werden.

(03. März 2004)

[18] siehe: Jürgen Roth, Freie Sicht für freie Bürger, in: konkret 12/1997, S. 43

[19] siehe: Eike Geisel, Mach's noch einmal, Sam, in: konkret 8/1984, S. 60

[20] Moishe Postone, S. 66

[21] ebd., S. 254-256

[22] Das NOK lobt: „Von den Berlinern heißt es, dass sie die, alten 'Meckerköppe', immer zweifeln. Bei den Leipzigern ist es eher umgekehrt." (http://www.nok.de/page.php?art_id=2750). Tiefensee: „Unser Land braucht ein vereinigendes, ein nationales Thema." (zit nach: CEE IEH #96/2002)

[23] http://www.dsb.de/index.php?id=615

[24] Bis auf wenige Texte beim NOK (http://www.nok.de) gibt es von offizieller Seite keine Beschäftigung damit. Regionalpolitisch sieht es noch düsterer aus. Zur Kontinuität der 36er-Olympiade siehe: Stefan Ripplinger, „Flamme empor!", in: konkret 5/1993, S. 40-43

[25] zur Kritik an Albert Speer siehe auch das AOK-Flugblatt: http://www.nein-zu-olympia.de/html/texte/flugi200204.htm

[26] Bahamas 31/2000, S. 48

Leipziger Sporttradition

Im Zuge der Olympia-Bewerbung wird allerorten betont, dass Leipzig eine so hervorragende Sportgeschichte habe und schon deswegen für die Ausrichtung der Spiele prädestiniert sei. Ein genauerer Blick auf die trüben Traditionen und ihr tendenzielles Fortwirken bis heute verhilft allerdings zu einer gegenteiligen Erkenntnis: Nie wieder Olympia – und schon gar nicht in Deutschland![1]

Maik

Der Autor ist Mitglied im AOK Leipzig (http://www.nein-zu-olympia.de)

Es ist natürlich schlimm genug, dass in allen Umfragen in Leipzig eine fast 100-prozentige Olympia-Befürwortung ermittelt wird. Diese einhellige Meinung duldet nicht nur keine Abweichung, wie z.B. die tätlichen Angriffe auf Olympia-GegnerInnen auf der pro-olympischen Montagsdemonstration bewiesen, sondern bekommt permanente Schützenhilfe seitens offizieller Stellen. So versucht die Stadt mit aller Macht, kritische Veranstaltungen zum Thema Olympia zu unterbinden – sei es, dass die Stadtverwaltung bei den Veranstaltungsorten interveniert oder das Ordnungsamt gleich unter der Androhung von Polizeigewalt die Veranstaltungen verbietet.[2] Aber die Quantität der Befürwortung sagt noch nicht viel darüber aus, welcher Sache da so eine große Begeisterung entgegengebracht wird – und aus welchen Gründen.[3] Verlassen wir also die abstrakte Ebene der Umfragestatistiken und nehmen die Qualität der viel beschworenen[4] Leipziger Sporttraditionen mal genauer unter die Lupe.

Das Adolf-Hitler-Feld

Wenn die Leipziger Umweltorganisationen ihre bedingungslose Zustimmung zu Olympia mit dem Hinweis garnieren, dass der Lindenauer Hafen, der Ort des geplanten Olympischen Dorfes, ein Naturidyll sei, lenken sie vom eigentlichen Problem ab. Der Lindenauer Hafen ist vielmehr ein Überbleibsel nationalsozialistischer Architektur. Im Dritten Reich wurden nicht nur alle wichtigen deutschen Autobahnen gebaut, weswegen man Hitler hierzulande immer noch Anerkennung zollt, sondern auch einige Schifffahrtswege. Der Leipziger Kanal konnte zwar bis 1945 nicht vollendet werden, der Hafen aber schon. Ihn jetzt abzureißen ist das beste, was mit ihm passieren kann.

Interessanter ist allerdings ein Blick auf das eigentliche olympische Gelände, die Stadien am Elsterflutbecken. 1922 wurde das Gebiet trockengelegt, um unliebsame Demonstrationen von der Stadt fernzuhalten und auf das Gelände abschieben zu können.[5] In den 30er Jahre wurde die Freifläche Adolf-Hitler-Feld getauft; auf ihr fanden die Massenaufmärsche der Nazis statt. Der Leipziger Bürgermeister Alfred Freyberg knüpfte dann ab 1936, inspiriert durch die Olympiade in Berlin, an Pläne des Deutschen Patriotenbundes aus dem 19. Jahrhundert an, in Leipzig ein Stadion zu errichten. Damals versuchte der Patriotenbund „mit dem deutschen Freiheitsdom [dem Völkerschlachtdenkmal] zugleich eine Stätte bleibender, regelmäßig sich wiederholender ernsthafter Veranstaltungen für alle zu gewinnen, die um die Erhaltung und Stärkung der gesunden Kräfte unseres Volkes – namentlich der Jugend – besorgt sind." Da das Geld damals nicht für das Stadion reichte, wurde nur das Denkmal gebaut. Die an der Volksgesundheit interessierte nationale Erweckungsbewegung, die deutsche Turnergemeinschaft, machte trotzdem beachtliche Fortschritte. 1867 wird der Turnverein gegründet, der eine Turnhalle und ein Sportplatz in unmittelbarer Nähe zum heutigen Stadion errichtet. Aber auch im Dritten Reich langt das Geld im Zuge des Krieges nicht für die hochfliegenden Pläne. Gebaut wird lediglich – und auch das ist bezeichnend – eine Groß-Schießanlage für die Sportschützen. Auf dem Papier hat die Leipziger „Kampfbahn", so die NS-Bezeichnung für das Stadion, zwar schon 1937 Gestalt angenommen, allerdings bleibt der Platz vorerst das für 3,2 Millionen Reichsmark hergerichtete Aufmarschgelände für die NSDAP, ab 1943 wird hier das größte ZwangsarbeiterInnenlager Leipzigs angesiedelt. Die Leipziger Behörden träumen weiter von ihrem Stadion – erst mit der Niederlage im Jahr 1945 werden die Pläne endgültig auf Eis gelegt. So bewirbt sich Leipzig für das Deutsche Turn- und Sportfest 1943, um mit dem dann zu erwartenden Geldsegen die Kampfbahn bauen zu können. Alle Sportvereine der Stadt bekunden ihre begeisterte Zustimmung. Ab 1940 werden die Pläne als nach dem Krieg sofort zu realisierende bezeichnet.

So ist es dann auch. Die realsozialistischen Behörden lassen zwischen 1950 und 1956 nach den alten Bauzeichnungen des Nazi-Architekten Werner March das Leipziger Zentralstadion

[1] So lautet eine der Forderungen unter dem Aufruf zur Anti-Olympischen-Demo am 15.5.2004 in Leipzig (http://www.nein-zu-olympia.de/html/aufruf.php).

[2] Das AOK-Benefizkonzert am 09.04.2004 wurde mit Verweis auf das generelle Veranstaltungsverbot am Karfreitag untersagt. Dass es sich dabei um eine reine politische Entscheidung handelt, wird schon allein aufgrund des simplen Fakts deutlich, dass das Stadtmagazin Kreuzer für den gleichen Tag rund 100 Veranstaltungen verzeichnet, die alle durchgeführt werden konnten.

[3] Ein Versuch, das aktuelle Verhältnis von Olympiabegeisterung und Nationalismus zu ergründen, findet sich auch in der AOK-Broschüre: http://www.nein-zu-olympia.de/html/texte/reader/read04.htm

errichten, ohne dies je öffentlich zugegeben zu haben. Der Architekt March hingegen baut nach dem Krieg vorsichtshalber erst mal das „Nasser Stadion" in Ägypten, bekommt aber 1963 dann die Ehrendoktorwürde der TU Berlin umgehängt.

Die Leipziger Volkszeitung mobilisierte die DDR-Massen zum Stadionbau mit Plakaten und dichtet dazu: „Trümmer hier und Trümmer dort! Sollen diese Trümmer fort, mußt auch Du wie dieses Tier – Ameise, so nennen's wir – fleißig sein, Dich tüchtig regen..." Pünktlich zur Eröffnung wird auf Wunsch der Bevölkerung die zum Stadion führende Straße von Stalinallee in Friedrich-Ludwig-Jahn-Allee umbenannt. Die Stadt Leipzig ehrt heute eine Vielzahl der völkischen Turner und nationalsozialistischen Olympiasieger mit Straßennamen: GuthsMuths, Fröbel, Ferdinand Goetz, Luz Long[6] usw. Doch schon die DDR hatte nie ein Problem mit dem nationalen Gemeinsinn stiftenden Bezug auf die Turnbewegung. So stellte sich der SED-Generalsektretär Walter Ulbricht anläßlich des 2. Turnfestes bewusst in die Tradition Friedrich Ludwig Jahns. Damals wie heute gehe es darum, „sich körperlich zum Kampf gegen den Feind des Vaterlandes zu erkräftigen", zitierte Ulbricht den Turnvater. Damals sei der Feind die französische Besatzungsmacht und die Kleinstaaterei gewesen, heute die amerikanischen Besatzer und die deutsche Teilung. Auf dem Leipziger Turnfest wurde dann auch mehr für die Wiedervereinigung unter sozialistischem Vorzeichen demonstriert und absurde Fahnenrituale inszeniert als geturnt. Ähnliche Turnfeste fanden allerdings schon lange vorher statt – und sind bis heute bei Jung und Alt in Leipzig beliebt.

Die Heerschau der Turner

„Vom 1845 gegründeten Allgemeinen Turnverein zu Leipzig wurde die Turnentwicklung in Deutschland grundlegend geprägt, seine Vorturnerschaft galt als die bestausgebildete. Die Deutsche Turnerschaft hatte seit ihrem Entstehen 1860/61 fast sechs Jahrzehnte lang ihren Sitz in Leipzig. Da sich zugleich eine enorme Breitenentwicklung des Vereinsturnens vollzog, erhielt Leipzig an der Schwelle zum 20. Jahrhundert den Beinamen 'Turnerstadt Deutschlands'. Das als 'größte Breitensportveranstaltung der Welt' geltende Deutsche Turnfest wurde in keiner anderen Stadt so oft ausgetragen wie hier. Was 1863 mit dem 3. Deutschen Turnfest begann, fand 2002 einen vorläufigen Höhepunkt: Eine Woche lang war die Stadt begeisterte und begeisternde Gastgeberin des 31. Deutschen Turnfestes mit mehr als 100.000 Teilnehmern und Gästen."[7] So feiert sich die Stadt im olympischen Rausch. Eine Erfolgsgeschichte der Superlative. Leipzig über alles? Allerdings gibt es einen markanten Schönheitsfehler. Auf die Turnfeste kann niemand stolz sein.



Die Turnbewegung[8] hat mit Sport nichts zu tun – außer der Tatsache, dass sie sich immer vom modernen Sport abgrenzte und das deutsche Gegenmodell sein wollte. Turnen diente der Wehrertüchtigung im körperlichen und geistigen Sinne. Die Turner bereiteten sich auf den Krieg vor, den die deutschen Herrenmenschen gegen den Abschaum der Welt zu führen hätten. Pilgerfahrten zu nationalen Wallfahrtsorten und anderen Formen der völkischen Indoktrination standen im Mittelpunkt der Turnbewegung.

Als 1863 erstmals in Leipzig das Turnfest stattfindet, war dies die bis dahin größte nationalistische Manifestation in der Stadt. Alle Turner übernachteten privat. „Es wurde zu einer Schande, keinen Gast zu haben."[9] Alle Geschäfte der Stadt mussten für vier Tage schließen, denn so etwas profanes wie der kapitalistische Handel hätte den schönen Gedanken der Volksgemeinschaft entehrt. Auch die Polizei legte ihre Arbeit nieder, denn das Volk kann, wo es zu sich selbst kommt, selbst richten und strafen. Zum Abschluss des Festes hält der bekannte Antisemit Heinrich von Treitschke eine Rede. Zu Beginn des 20. Jahrhundert wird aus der deutschen Turnerschaft, die im vorhergehenden Jahrhundert für die nationale Einheit stritt, und deswegen analog zur Burschenschaftsbewegung häufig als fortschrittlich bezeichnet wird, eine stramm rechte Organisation, die paramilitärische Einheiten bildet und entscheidend zum Aufkommen des Nationalsozialismus beiträgt.

Das Turnfest im Jahr 1913 in Leipzig, die „Heerschau der Turner", eröffnet der Vorsitzende der Deutschen Turner, Ferdinand Goetz, mit den Worten „Wir haben gezeigt, daß wir ein einiges Volk sind, das stark genug ist, der Welt

[4] Kein Text zu Olympia kommt ohne einen Verweis auf die Traditionen aus. In einer Umfrage im Jahr 2002 meinten 92% der LeipzigerInnen, dass die Sporttraditionen einen Standortvorteil Leipzigs gegenüber den anderen Bewerberstädten darstellen würden. 95% sind der Ansicht, dass diese Traditionen im Vordergrund der Bewerbung stehen sollten. Auch die Stadtverwaltung ist der Meinung, die Traditionen seien „ein Pfund, mit dem wir wuchern können." (Sportmuseum aktuell, 04/2002) Das wird auf der offiziellen Bewerbungsseite (http://www.leipzig2012.de) ausgiebig getan.

[5] Grit Hartmann, Cornelia Jeske, Daniel Sturm: Stadiongeschichten 1863 – 2012. Leipzig zwischen Turnfest, Traumarena und Olympia, Forum Verlag, 2002. Alle weiteren Ausführungen dieses Abschnitts ebd.

[6] Einige Straßen befinden sich in der Nähe des Zentralstadions. 2001 wurde der Ziegeleiweg in Luz-Long-Weg umbenannt. Luz Long war 1936 Olympiazweiter im Weitsprung.

Gesetze vorzuschreiben." Erstmals nehmen Einheiten der Armee teil. Die uns heute bekannten Sportarten können sich nur sehr langsam und gegen den erbitterten Widerstand der Funktionäre in der Turnbewegung durchsetzen. Die Beteiligung an den Olympischen Spielen wird abgelehnt. Gern gesehen sind nur Mannschaftskämpfe und Schauvorführungen. Doch selbst nach der umstrittenen Einführung von Wettkämpfen entscheidet über Sieg und Niederlage nicht nur das sportliche Ergebnis, sondern auch das turngemäße „Ordnungsverhalten" und die Bekleidung.

Die DDR knüpft recht nahtlos an die Tradition der Turnfeste an. Der sozialistische Sport behält eine starke militärische Komponente. Auch die Volksgesundheit, der nationale Zusammenhalt und „Formung des Menschen" durch den Sport sind Elemente der Turner-Ideologie, die die DDR-SportfunktionärInnen übernehmen. Alle Turnfeste der DDR finden in Leipzig statt und gehören mit zu den ekligsten Auswüchsen des Realsozialismus.

In der BRD gibt es hingegen nach 1945 heftige Auseinandersetzungen zwischen den VertreterInnen des modernen Sports und der Turnbewegung, die auch innerhalb der Institutionen wie dem Deutschen Sportbund ausgetragen werden. Die Turner befanden sich auf dem Rückzug, seit der Wiedervereinigung mit dem turnbegeisterten Osten bekommen sie allerdings auch bundesweit wieder Aufwind.

Herr und Knecht

Wer verstehen will, wie die völkische Turntradition, auf die sich ständig bezogen wird, bewahrt wird, muss sich dort umsehen, wo dies intensiver geschieht, als nur durch das Lippenbekenntnis, Leipzig sei eine tolle Sportstadt. Zum Beispiel im Leipziger Sportmuseum.[10] Als Hauptaufgabe sieht das Museum die pädagogische Arbeit mit Kindern und die Herausgabe der Zeitschrift „Sportmuseum aktuell" an.

Das pädagogische Anliegen des Museums besteht darin, in den Leipziger Kindergärten Spiele aus dem 19. Jahrhundert zu popularisieren. Gespielt wird z.B. „Herr sucht seinen Knecht", Burgball, Hüpfen, Topfschlagen, Reifenfangen und Kreiseln. Die meisten Spiele können ihre ideologische Herkunft nicht verbergen: es geht um Raumkämpfe, Klassenverhältnisse und ums Kinderkriegen. Das Fazit in der Zeitung des Museums lautet dann auch: „Die 'jungen Damen' in der Turnhalle des Uhlandgymnasiums lernten rasch und freudig und bestätigten damit, was Pädagogen und Leibeserzieher schon vor mehr als hundert Jahren feststellten: 'Das Reifenfangen ist nicht nur ein recht unterhaltendes Spiel, sondern es ist auch zugleich eine hübsche Leibesübung und namentlich wohlgeeignet zur Erweckung des Sinnes für Grazie und Eleganz der Körperhaltung. Es wird daher auch gern von Erwachsenen gespielt und empfiehlt sich besonders auch für Mädchen".[11] Die seit 1991 vom Museum praktizierte Initiative „Alte Spiele – wiederentdeckt" versteht sich als Gegenpol zur modernen Freizeitgestaltung, die vorwiegend vor „Fernseher und Computer" stattfinde. Gelobt wird die Einfachheit und Natürlichkeit der Spielmaterialien. Ganz im Sinne der Turnbewegung wird verkündet, die alten Spiele seien „nicht nur eine hervorragende Möglichkeit, seinen Körper zu bewegen, sondern auch, seinen Geist zu formen." Dies geschieht inzwischen nicht nur mit den Spielen, sondern auch mittels traditioneller Kleidung, die von der Kostümschneiderei der AWO Grimma angefertigt wurde. Damit konnte sogar ein Schauprogramm erstellt werden, mit dem das Museum und „seine" Kinder beim „3. Weltfestival der traditionellen Sportkulturen 2000 in Hannover" auftraten.[12]

Die Zeitschrift selbst enthält aber noch genug andere unangenehme Überraschungen. So rief ein Autor 1999 zur Renovierung des Grabdenkmals des „Großturngaues Leipziger Schlachtfeld" auf dem Leipziger Südfriedhof auf. Der Turnverein wurde anläßlich des Turnfestes 1863 in Leipzig gegründet und bezieht sich mit seinem Namen auf die „Völkerschlacht" bei Leipzig. Der Aufruf verhallt nicht ungehört: Das Kulturamt Leipzig und der Friedhof nehmen sich der Sache an. Am 12. August 2002 findet eine feierliche Kranzniederlegung statt und der Präsident des Sächsischen Turnverbandes spricht weise Worte: „Traditionspflege heißt nicht Asche aufbewahren, sondern für nachfolgende Generationen eine Flamme am Lodern zu halten." Die Fahne des Turngaus, ein „farbenprächtiges Kleinod", gerettet „über zwei Diktaturen" wird zu diesem Anlass dem Sportmuseum übergeben.

Unter der Rubrik „Olympische Schätze. Ein Streifzug durch den Museumsfundus" präsentiert die Zeitung stolz ihre Nazi-Devotionalien, so z.B. in der Ausgabe 01/2003 die Urkunde des Reichssportführers für Luz Long, olympischer Medaillengewinner 1936. In der gleichen Ausgabe gibt es eine „geschichtsbezogene Nachbetrachtung zur 1. Hallenhockey-WM in der 'Arena'" zu lesen. Dort wird die „Wegbereiter-" und „Vorreiterrolle" der Deutschen und insbesondere der Leipziger auf dem Gebiet des Hallenhockeys abgefeiert. Denn schon am 3.3.1940 fand in Leipzig das erste Turnier statt, über welches dann detailliert und begeistert Bericht erstattet wird. Bemerkenswert sei es gewesen, dass schon damals Hallenspielregeln aufgestellt worden, welche sich international erst 1953 durchsetzen konnten.

Während der positive Bezug auf die Sportgeschichte des Dritten Reiches eher zu den Ausrutschern zählt[13], ist die Turnbewegung unhinterfragte leuchtende Tradition in allen Ausgaben des Heftes. Den Turnervätern wird angesichts der „Fettleibigkeit" der Kinder eine „sehr aktuelle Bedeutung für die heutige (Leibes-)Erziehung" attestiert.[14] Und obwohl das Sportmuseum natürlich Teil der Leipziger Olympia-Hysterie ist, wird die Schwerpunktausgabe der Zeitschrift zum Thema Olympia (01/2003) mit einem Artikel

[7] Sportmuseum aktuell, 01/2003, S. 7

[8] siehe dazu auch: „Sport ist Mord?" in diesem Heft. (http://www.nein-zu-olympia.de/html/texte/referat.htm)

[9] Stadiongeschichten, S. 72 ff. Alle weiteren Ausführungen, sofern nicht anders angegeben, ebenfalls daraus.

[10] http://www.sportmuseum-leipzig.de

[11] Sportmuseum aktuell, 01/2003, S. 21

[12] Sportmuseum aktuell, 04/2003

[13] Allerdings findet sich ein solcher Bezug auch auf den diversen Internetseiten der Pro-Olympia-Bürgervereine. Der aus Halle ruft z.B. dazu auf, Fotos von damals einzuschicken: „Am 20. Und 21. Dezember 1935 weilte auf dem Rossplatz in Halle ein 'Olympiazug'. Er bestand aus vier LKW Motorwagen mit jeweils drei Hängern. Nebeneinander aufgereiht bildeten sie ein Fahrendes Museum zur Geschichte der Olympischen Spiele. Im Innenraum der Wagenburg konnte ein Filmtheater aufgebaut werden, das mit 20 Reihen Klappsitzen ...

eingeleitet, der sich all der alten Ressentiments der Turnerbewegung gegen die Spiele bedient. Sie seien zu kommerziell, zu leistungsorientiert, zu wenig nachhaltig, zu gigantisch; außerdem würde zu viel gedopt und zu wenig auf die geistigen Aspekte geachtet. So sollten die alten Kunstwettbewerbe wieder eingeführt werden. Das Fazit lautet dann entsprechend, dass genau diese alten Träume, die „der Olympischen Idee [mehr] verhaftet sind als das, was wir bei den bisherigen Spielen der letzten Jahrzehnte so oft erlebt haben", in Leipzig realisiert werden könnten. Dass die einzige Olympiade, mit der sich alle Deutschen kritisch auseinandersetzen sollten, die von 1936 ist, kommt niemandem in den Sinn. Ganz im Gegenteil: Die faschistischen und nationalsozialistischen Elemente von Olympia, wie z.B. der von den Nazis eingeführte Fackellauf, werden weiter hochgehalten und besonders in Deutschland mit großer Anteilnahme zelebriert. Auch die personellen Kontinuitäten sind jenseits des prominenten Beispiels von Leni Riefenstahl bis heute allgegenwärtig, wie der folgende Abschnitt zeigt.

Vater-Sohn-Beziehung

„Wenn ich aufgeregt bin, taucht es [das Stottern] wieder auf. Das Handicap, das sich derjenige, der es nicht kennt, nicht vorstellen kann. Man ist sich seiner Sprache nie sicher. Ich habe mit großer Energie versucht, es zu beherrschen. ... Ein Freund sagte einmal: 'Dir haben die letzten Kriegsjahre die Sprache verschlagen.'"[15] Wem hat da der zweite Weltkrieg die Sprache verschlagen? Einer polnischen Jüdin, einem sowjetischen Soldaten, einem belgischen Waisenkind? Nein, von Albert Speer ist die Rede. Dem Sohn des gleichnamigen Architekten des Dritten Reichs. Als Kind war er ein Liebling des Führers („Aus meiner Perspektive war er ein Onkel wie jeder andere auch"), das ihm artig zum Geburtstag gratulieren durfte und in der Idylle des Obersalzberges aufwuchs. Als Erwachsener profitierte er finanziell und ideell vom nie verblassenden Ruhm seines Vaters im Nachkriegsdeutschland und avancierte zu einem der bekanntesten Architekten der BRD.[16] Was aber hat ihm nun die Sprache verschlagen?



„Wir lebten auf dem Obersalzberg zwar in einem großen Haus, aber ich musste jeden Tag zu Fuß in die Volksschule nach Berchtesgaden gehen. Eine Stunde den Berg hinab, eineinhalb Stunden hinauf, im Winter noch länger. Nein, wir lebten nicht herausgehoben. Wir sind streng erzogen worden." Trotz der strengen Erziehung und des vermeintlich todesmarschgleichen Schulwegs verehrt und verteidigt er seinen Vater noch heute: „Wenn Sie die Gesamtplanung von Berlin ... mal vergleichen mit dem, was Le Corbusier zur gleichen Zeit für Paris geplant hat, Infrastrukturen mit Ober- und Unterführungen und so, dann ist das sehr ähnlich. Die Arbeit meines Vaters war also in dieser Hinsicht offenbar zeitgemäß. Auch seine Idee, die Bahnhöfe herauszulegen, die Bahn in Berlin nur noch auf dem S-Bahn-Ring verlaufen zu lassen und die Innenstadt frei von Schienen zu halten, finde ich sinnvoll. ... Aber als Architekt hat er teilweise schöne Sachen gemacht. Wenn Sie die Rückseite der Neuen Reichskanzlei nehmen: Ein gelungener klassizistischer Bau." Der Sohn spinnt also die Legende seines Vaters fort: Er habe nur „Infrastrukturen mit Ober- und Unterführungen" gebaut. In Wirklichkeit hat Albert Speer nicht nur die Hitlerschen Ideen („Wir werden den Krieg gewinnen, aber sichern werden wir den Sieg durch unsere Bauten"[17]) versucht, in die Praxis umzusetzen, sondern in erster Linie in Eigenregie die Ghettoisierung und Deportation der 74.000 1941 noch in Berlin lebenden Juden vorangetrieben – gegen den Widerstand der Wirtschaft und einiger nationalsozialistischer Behörden, die den Verschleiß der kostenlosen Arbeitskraft in der Rüstungsindustrie favorisierten. Albert Speer allerdings benötigte Platz für seine Neubaupläne der Reichshauptstadt Berlin – und initiierte deswegen die Vertreibung der jüdischen MieterInnen.[18]
Statt sich kritisch mit seiner Familiengeschichte auseinanderzusetzen, spinnt der Sohn des Massenmörders lieber Verschwörungstheorien und schwelgt in Opfergeschichten: „In Berlin habe ich Projekte nicht durchgekriegt – dafür gibt es eindeutige Hinweise – wegen meines Namens. ... Es grenzt oft an Sippenhaft, was mir passiert. Vieles läuft hinter meinem

...ausgestattet war und 200 Personen Platz bot. ... Wer hat noch Fotos oder Werbematerial von diesem Olympia umzug in seinem Familienbesitz bzw. wer hat diese Ausstellung damals besucht?" – garniert ist das ganze mit Fotos von Leni Riefenstahl. (http://www.olympiahalle.de/kunst.html)

[14] Sportmuseum aktuell, 04/2003

[15] Interview „Der Schatten meines Vaters" mit Albert Speer im Spiegel, 45/1999, S. 239-244. Alle weiteren Zitate von Albert Speer, sofern nicht anders angegeben, ebenfalls aus dem Interview.

Rücken, aber mir hat auch schon jemand in einer fachlichen Diskussion vorgeworfen: 'Ich verzeihe Ihnen Ihren Vater nicht.'" Es ist – und das weiß auch Albert Speer jun. selbst, wenn er zugibt, dass er in seiner Jugend nur anonym an Architekturwettbewerben teilnahm, um nicht vom Ruhm seines Vaters zu profitieren, sondern aus eigener Kraft den Karrierestart hinzulegen – allerdings genau andersherum. Sein Vater hat ihm in aller Welt mehr Türen geöffnet als verschlossen. Das gilt vor allem für Deutschland und die arabische Welt, wo sein Büro „Albert Speer & Partner" – denn inzwischen geht er stolz mit dem Namen hausieren – besonders aktiv ist.

„Haben Sie sich mit der Architektur Ihres Vaters befasst", wird Albert Speer in dem Interview gefragt. „Ein bisschen, nicht intensiv" gibt der Sohn zu. Hat er aber auch gar nicht nötig, denn schon mit der Muttermilch hat er das Erfolgsrezept der deutschen Architektur in sich aufgesogen und exportiert es heute als völkisch-größenwahnsinnige Bauweise in alle Welt. Wegen diesem Fachwissen kommt für die Erarbeitung der Leipziger Olympiabewerbung (wie auch der Frankfurter und Berliner) niemand anders in Frage als Albert Speer, der damit nicht zum ersten Mal direkt in die Fußstapfen seines Vaters tritt – schließlich war Albert Speer sen. für die architektonische Inszenierung der NS-Olympiade 1936 in Berlin verantwortlich.

„SPIEGEL: Wie haben Sie versucht, sich beruflich von Ihrem Vater abzugrenzen? Speer: Mein Büro hat sich immer bemüht, international tätig zu sein, wir sind geradezu versessen aufs Ausland." Das war der Vater zwar auch, er konzipierte deutsche Städte in aller Welt und beschäftigte als Rüstungsminister Millionen von ZwangsarbeiterInnen aus ganz Europa. Dem momentanen Chef der Jungle World, Martin Krauss, ist die Speersche Antwort jedoch Beleg genug, dass sich der zweite Olympia-Architekt hinreichend kritisch mit dem ersten auseinandergesetzt habe – und lehnt deswegen einen Artikel über ihn ab.

Albert Speer steckt aber nicht nur architektonisch und erinnerungspolitisch im deutschen Sumpf fest, sondern auch sportlich weiß er Kritik an den Spielen zu formulieren, die ihren Ausgangspunkt bei den deutschen Turnern hat: „Als Gegenbild zur zunehmenden Kommerzialisierung rückt Leipzig das Wesentliche der Olympischen Idee in den Mittelpunkt: Spiele des Sports."[19]

Götzendienst

Einer, der aktiv zur Speerschen Vorgeschichte beigetragen hat, ist der Leipziger Ferdinand Goetz. Der Burschenschaftler versucht als Vorsitzender der Deutschen Turnerschaft ab 1895 die schon von Anbeginn nationalistische Turnbewegung weiter zu radikalisieren und militarisieren. Er initiiert die Gründung von nationalistischen Kampfverbünden, führt „Kriegsspiele" im Turnen ein und plädiert vehement für die Wehrvorbereitung durch Turnlehrer im Schulbetrieb. „Kräftig, gewandt und mutig wollen wir dem Heer unsere wirklichen Turner schicken."[20] Goetz kämpft erbitterter als seine Vorgänger gegen den modernen Sport („Ausländerei"), gegen Arbeiterturnen („Unserer Jugend raubt die Sozialdemokratie allen sittlichen Halt") und sportliche Frauen – denn die „spezifischen Charaktereigenschaften der deutschen Frau, Hingebung, Treue, Aufopferung, Bescheidenheit, Fleiß, Gründlichkeit" dürften nicht zerstört werden. Den Ersten Weltkrieg begrüßt die Deutsche Turnerschaft unter Regie von Goetz als „Tugendspiel unseres Volkes" und opfert diesem bereitwillig 300.000 ihrer Turner. Gegen das aufkommende Arbeiterturnen interveniert Goetz bei den Leipziger Behörden, damit nicht noch ein „Bollwerk des Vaterlandes und der Ordnung" an den Feind verloren gehe. In Sachsen werden daraufhin die meisten sozialdemokratischen Vereine verboten, da diese nicht politisch sein durften.

Seit 2000 ehrt ein Leipziger Verein[21] das Andenken von Goetz. Er sanierte mit Fördergeldern von Land, Bund und EU das Goetzsche Wohnhaus, welches gleichzeitig als Geschäftsstelle der Deutschen Turnerschaft diente. In der dortigen Ausstellung wird Goetz als Lichtgestalt der Leipziger Geschichte gewürdigt. Im Garten des Hauses steht ein inzwischen restauriertes Denkmal mit der Aufschrift „Deutsche Turner ihrem Führer. Herz und Hand dem Vaterland", welches pünktlich zum Turnfest 2002 vom Leipziger Oberbürgermeister erneut

[16] Ausführlich zu den beiden Speers: CEE IEH #109, http://www.conne-island.de/nf/109/25.html

[17] Zit. nach: Stadiongeschichten, S. 22

[18] Susanne Willems: Der entsiedelte Jude. Albert Speers Wohnungsmarktpolitik für den Berliner Hauptstadtbau, Edition Hentrich: 2000

[19] Zit. nach: Stadiongeschichten, S. 128

[20] Zit. nach: Stadiongeschichten, S. 73 ff. Alle weiteren Zitate dieses Abschnitts ebd.

[21] http://www.goetz-haus.de, Lützner Str. 11

[22] alle Zitate von der Homepage des saarländischen Turnerbundes (http://www.saarl-turnerbund.de)

[23] http://www.rayan.de/

[24] Interview der Leipziger Volkszeitung (LVZ) mit Abdullah („USA müssen das Land verlassen", S. 5) am 20.03.2004 (der Tag, an dem die Friedensbewegung auf den deutschen Straßen ihrer Solidarität mit dem „irakischen Widerstand" Ausdruck verlieh)

eingeweiht wurde.

In Turnerkreisen gilt Goetz nach wie vor als „liberal", weil er eine „Erziehung der Persönlichkeit [wollte], die es dieser selbstverständlich erscheinen ließ, dass sie sich freiwillig an den Staat band und sich dienend und opfernd in den Dienst der Gemeinschaft stellte". Seine Ablehnung gegenüber der Emanzipation wird in „Das Frauenturnen behandelte er mehr wohlwollend als fördernd" umgelogen und seine Hetze gegen Arbeitersport mit seiner angeblichen Ablehnung der Parteipolitik gerechtfertigt. Auch seine Olympiafeindschaft erhält höhere Weihen: „Nicht einmal Wettspiele fanden Gnade vor seinen Augen: denn Spiele seien seiner Meinung nach keine Spiele mehr, wenn sie zum Wettkampf ausarteten."[22]

Der Verein Goetz-Haus betrachtet es heute nur noch als amüsantes Kuriosum, dass Goetz die Teilnahme deutscher Turner an den Olympiaden verbot. Heute schwimmt der Verein natürlich ganz zeitgemäß in der allgemeinen Olympia-Euphorie und reiht Goetz als Turnfunktionär in die olympische Tradition ein. So finden neben Events wie „Lagerfeuer mit Singen nach Gitarrenmusik" in Kooperation mit dem Sportmuseum im Goetz-Haus regelmäßig Veranstaltungen zum Thema Olympia statt. Am 10.11.2003 stellte z.B. Rayan Abdullah das neue Olympia-Logo vor.

Deutsch-irakische Freundschaft

Rayan Abdullah ist Professor an der Leipziger Hochschule für Grafik und Buchkunst (HGB). Er war in der Fachjury zur Auswahl des Olympia-Logos. Wie kam er da hinein? Als Quoten-Ausländer oder Typografie-Experte? Beides falsch geraten. Er ist deutscher als die meisten Deutschen und von Typografie hat er keine Ahnung – ein Blick auf seine Homepage[23] beweist dies. Nominiert wurde er, weil er den LeipzigerInnen aus der Seele spricht. Und zwar bei einem Thema, bei dem sie sich so einig sind, wie bei Olympia: dem Irakkkrieg. Abdullah, nicht umsonst mit einer deutschen Ethnologin verheiratet, weiß zu berichten: „Die Amerikaner haben mehrere Fehler gemacht. Sie sind arrogant und ohne Wissen über das Land in den Irak gegangen. Die Iraker sind ein stolzes Volk. Sie gelten als die Preußen der arabischen Welt. Die Geschichte des Iraks ist eine der ältesten der Menschheit. ... Die Amerikaner müssen sich sofort und bedingungslos zurückziehen. So lange sie im Land sind, verschärfen sie die Probleme nur. ... Wenn Hilfe nötig ist, sollte sie von den arabischen Ländern kommen und nicht von den USA. ... Es war auch eine weise Entscheidung der Bundesregierung, sich nicht [am Krieg] zu beteiligen. ... Eine islamische Republik lässt sich nicht vermeiden ... Demokratie ist doch keine Brille, die man einem anderen Volk aufsetzen kann. ... Die USA ... verfolgen andere Interessen, eigene, wirtschaftliche. Die Amerikaner dachten, sie werden mit Rosen empfangen. Aber in der Wüste wachsen keine Rosen."[24] Und da Mann so von Preuße zu Preuße, von Tausendjährigem Reich zu Tausendjährigem Reich und von Demokratisierungsopfer zu Demokratisierungsopfer zusammenhält, erhielt Abdullah von der Bundesregierung den Auftrag, eines der wichtigsten nationalen Symbole, den Bundesadler, neu zu gestalten.[25] Er dankte es mit seiner Beteiligung an der Initiative „Marke Deutschland"[26]. Im dazugehörenden „Markenmanifest für Deutschland"[27] heisst es: „Die sprichwörtlichen deutschen Tugenden der Gründlichkeit und Korrektheit sind als neue Qualitäten von uns allen wieder hervorzuheben. ... Das Land hat keine klare Identität mehr, seine Symbole haben an Kraft verloren. Es lebt über seine Verhältnisse und unter seinem Niveau. ... Marke in unserem Verständnis ist nicht das Logo, das man irgendwo draufklebt, ist nicht die Oberfläche. Marke ist der Kern. Eine starke Marke bringt Identität auf den Punkt – als Corporate Identity für Unternehmen und auch als nationale Identität für jeden Einzelnen. Doch um diese nationale Identität ist es in Deutschland zur Zeit nicht gut bestellt. ... Gerade in Krisen haben wir uns aber immer unserer kreativen Qualitäten und der uns eigenen Gründlichkeit besonnen. Die nach dem Nationalsozialismus erfolgte politische Erneuerung zeigt dies anschaulich. ... Viele Deutsche, die im Ausland leben, haben dem unverkrampften Patriotismus, der in ihren Gastländern herrscht, kaum etwas entgegenzusetzen. ... Deutschland darf nicht länger vor Führungsaufgaben und Führungsrollen zurückschrecken. ... Im Ausland existieren noch zu viele undifferenzierte oder vergangenheitslastige Klischees. ... Die regional geprägten und vielfältigen Hintergründe sollten anerkannt und klarer akzentuiert werden. Das bedeutet auch, wieder aus alten Traditionen und Mythen zu schöpfen."

Um auch die sportlichen Aspekte der deutsch-irakischen Freundschaft zu beleben, ist für die nächsten Jahre einiges geplant. 2004: Abdullah treibt in Leipzig alte DDR-Sportlehrer auf, die im Irak Handgranatenwurfunterricht geben. 2005: „Das Wunder von Bern" läuft in Bagdad an. 2006: Das Friedrich-Ludwig-Jahn-Viertel in der irakischen Stadt Falluja wird unter der Ägide der Friedrich-Erbert-Stiftung feierlich eingeweiht. Ansprachen halten Udo Steinbach und Rayan Abdullah. 2007: Auf Einladung der Stadt Leipzig darf eine irakische Delegation der Heldenmütter, deren Söhne den Märtyrertod starben, die Sportstätten besichtigen, interessiert sich aber mehr für den bunkerhaften S-Bahn-Tunnel. Abdullah engagiert sich als Stadtführer. 2008: Im Irak werden erstmals die islamischen Sport-Festspiele durchgeführt. Die arabische Welt boykottiert die gleichzeitig stattfindenden Spiele in China. Auf dem Programm stehen Steinewerfen für Kinder, Wettverschleiern für die Frauen und Sprengübungen für die Männer. Abdullah recycelt das Leipziger Olympia-Logo für die Veranstaltung.

[25] http://www.karaschewski.de/privat/adler.htm

[26] Die Initiative wird von der deutschen Wirtschaft und dem staatlichem Goethe-Institut getragen. (http://www.marke-deutschland.com)

[27] http://www.agenturcafe.de/downloads/130802_Marke_Deutschland.pdf

Von Athen lernen, heißt ...

... die Fackel auszukriegen. Oder die Rückkehr in den Frühkapitalismus durchzusetzen. Eine Geschichte von Pleiten, Pech und Repressionen.

do.di (incipito)

Irgendwie kann man wöchentlich auf die Meldungen über neue Missgeschicke bei der Vorbereitung der Olympischen Sommerspiele in diesem Jahr in Athen warten. Bauverzögerungen, Finanzkrise, Sicherheitslücken, Verkehrschaos, ... einen gewissen Unterhaltungswert hat es schon, mit anzusehen, wie Internationales Olympische Komitee und griechisches Organisationskomitee sich vergeblich bemühen, die Vorzeigeveranstaltung nicht vor den Baum laufen zu lassen.

Fackel Ende Juni in Leipzig

Die Meldung von der erloschenen Flamme passt da gut. Schon kurz nach der Entzündung der olympischen Dauerfackel im Ort Olympia in der Nähe von Athen ging die Flamme ausgerechnet in dem Moment aus, als die griechische Vorbereitungschefin Angelopoulos die Flamme von einem IOC-Vertreter übernehmen wollte. Die deutschen Zeitungen waren sich einig: ein schlechtes Omen. Dabei kann man doch daraus lernen, dass es trotz allem Hightech und dem Versprechen, dass die Flamme auch beim Schwimmen weiter brennt, viel einfacher ist als befürchtet, das Ding auszukriegen. Und die Fackel kommt auf ihrem längsten Weg in der olympischen Geschichte schließlich auch bei den traditionell fackelverliebten Deutschen vorbei, die den Lauf ja 1936 auch ins Leben riefen. Ende Juni steht dabei auch Leipzig auf dem Programm ...

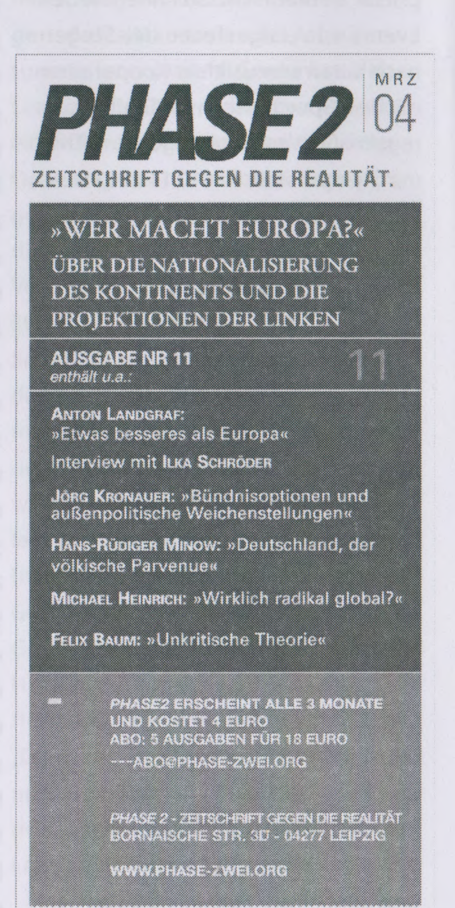
Aufregung gab es auch, als die Griechen im März bekannt geben mussten, dass sie das Schwimmstadion nicht wie vorgesehen fertig bekommen. Der für Ende Februar geplante 21-Millionen-Euro-Bau wird nun erst kurz vor den Spielen fertig. Dafür fehlt aber das Dach. Was bei Regenwetter nasse Füße für die Zuschauer bedeutet und bei Sonne unbrauchbare Fernsehbilder. Zudem wird wohl der vorgesehene Wettkampf-Fahrplan ordentlich durcheinander gewirbelt, weil die Wettkämpfe nun nicht mehr wie geplant in der Mittagszeit stattfinden können. Und gut zwei Drittel aller Sportstätten noch nicht fertig sind.

Deutscher Planet überlegen

Auf dem deutschen Planeten werden solche Geschichten gern kolportiert, um sich der eigenen Überlegenheit zu versichern. Den Meldungen zur unendlichen Pleitenserie in Athen folgen so gerne Einschätzungen von so genannten Experten, aus denen der Rassismus kolonialen Stils spricht, wenn sie erklären, dass die Griechen ja ein ganz putziges Volk sind, die es mit der Pünktlichkeit nicht so genau nehmen, die aber total gastfreundlich sind und die Olympischen Spiele mit ihrer unendlichen Improvisationskraft schon meistern werden. Wie zur Bestätigung sagte der im März neugewählte griechische Premier Karamanlis am 6. April, „bis zum Beginn darf nicht eine einzige Stunde verloren gehen", bereits wenige Tage später zu Ostern wurde aber an fast keiner Baustelle gearbeitet. Den Deutschen würde so was natürlich nicht passieren, die hatten ja in der Vergangenheit mehrfach bewiesen, dass sie große Sachen großartig organisiert hätten. Dass bei den Griechen auch Auschwitz ein Flop geworden wäre, während die Deutschen mit Adolf Eichmann an der Organisationsaufgabe gewachsen seien, sagen die Experten zwar nicht, es wäre aber nur folgerichtig.

Friedensbotschafter in Badehose

Im Falle des Schwimmstadions ohne Dach beruhigte sich die deutsche Aufregung schnell wieder. Schon bald erklärte ein Wehrsportleiter, man werde aus der Not eine Tugend machen, die Sportsoldaten werden ab sofort einfach unter freiem Himmel trainieren. Die Friedensbotschafter in der Badehose werden in ihrem Auftrag zudem von unformierten Kameraden



unterstützt. Sechzig Jahre nach dem Massaker von Distomo und etwa 100 anderen griechischen Dörfern durch die Wehrmacht, wird die Nachfolgearmee wieder in Griechenland zum Einsatz kommen. Die Deutschen gehören dabei zu dem NATO-Kontingent, das während der olympischen Spiele die Terrorgefahr vermindern soll. Unter anderem mit AWACS-Aufklärungsmaschinen soll ein Angriff aus der Luft auf die Sportstätten verhindert werden. Außerdem sei Hilfe in der See-Überwachung und gegen ABC-Angriffe angefordert worden. Und die griechische Regierung hat in der brd nach Zivilschutz angefragt: „Deutschland werde sich der Bitte nicht entziehen", heißt es aus der zuständigen Behörde.



da kennen sich die deutschen gut a
fackellauf bei seiner erfindung 1936

„Saubere Allianz für saubees Athen"

Die Terrorgefahr wird – wie in anderen Ländern auch – genutzt, um eine Law-and-Order-Politik durchzusetzen. So wurde die Gunst der Stunde genutzt, um ein umstrittenes Überwachungssystem der Athener U-Bahn mit mehr als 100 Kameras zu installieren. „Das Motto heißt: Saubere Allianz für ein sauberes Athen" kündigte Athens Bürgermeisterin Bakogianni Ende März an. Sie meinte damit zwar, dass denjenigen hohe Geldstrafen drohen, die ihren Müll nicht in dafür vorgesehene Mülltonnen werfen. Das Programm könnte aber auch als Überschrift für den Umgang mit politischen Gegnern und sozialen Randgruppen gelten. „Die Funktionalität der Stadt ist ein wichtiger Faktor", so Bakonjanni an anderer Stelle, was in konkrete Aktionen übersetzt nichts anderes heißt als was es auch für Leipzig 2012 bedeuten wird: Die Stadt wird „gesäubert" von missliebigen Gestalten, die ein makelloses Image gefährden könnten.

Mindestens 29 Tote

Das der Knüppel jetzt etwas lockerer in der Hand liegt, bekamen bereits im Januar Bauarbeiter der olympischen Baustellen zu spüren. Eine Demonstration von etwa 400 Bauarbeitern und Gewerkschaftern vor dem Arbeits- und Sozialministerium wurde brutal zusammengeknüppelt, als man sich Zugang zum Ministerium verschaffen wollte. Dabei haben die Bauarbeiter allen Grund zum Protest. „Wir fordern humane Arbeitsbedingungen und wesentliche Sicherheitsvorkehrungen", so die Gewerkschaften. Unter fast frühkapitalistischen Bedingungen wird unter hohem Zeitdruck an den Baustellen gearbeitet. Tödliche Unfälle sind die logische Folge. Die Gewerkschaften zählten 16 Tote, Anfang April wurde bekannt, dass weitere 13 Todesfälle vertuscht wurden. Dabei handelt es sich um Migranten aus osteuropäischen oder asiatischen Ländern, die besonders ausgebeutet werden. Sprachschwierigkeiten der Migranten werden ausgenutzt, indem sie von den Firmen zum schriftlichen Verzicht auf Entschädigung im Unglücksfall gezwungen werden. Zur fehlenden rechtlichen Sicherheit kommt die weit untertariflich bezahlte Arbeit oft auf mehreren Baustellen bis zur Erschöpfung und gravierenden Sicherheitsmängel hinzu. „Wir leben im Jahr 2004 unter Bedingungen wie im alten Rom," heißt es in einer Gewerkschaftsmitteilung.

Finanzieller Kollaps

Die Serie der peinlichen Begleiterscheinungen setzt sich auch in finanzieller Hinsicht fort: Denn nach den olympischen Pleiten von Montreal 1976 und Barcelona 1992 droht auch Athen der finanzielle Kollaps. Die ursprünglich avisierten vier Milliarden Euro sind längst nicht mehr aktuell. Ende 2003 musste der griechische Finanzminister eine vorläufige Gesamtsumme von 8,7 Milliarden Euro bekannt geben. Davon muss Griechenland 6,5 Mrd. übernehmen, das Organisationskomitee Athoc weitere 2,2 Mrd. Inzwischen berichten griechische Medien, dass die Gesamtkosten auf 11,7 Mrd. steigen könnten. Bereits 2002 musste bei der Europäischen Investitionsbank ein Kredit von 1,5 Mrd. aufgenommen werden.

Dass Leipzig bei einem Zuschlag für 2012 ein ähnliches finanzielles Fiasko trifft, ist kein wirklicher Grund, gegen die Spiele zu sein. Dafür gibt es viel Grundsätzlichere, die in dieser „Incipito"-Ausgabe ausführlich diskutiert wurden. Zusammen mit den anderen hier gezeigten Beispielen, sollte aber deutlich werden, dass es sich bei Olympia auch in der konkreten Umsetzung um nix Support-Würdiges handelt.

Von Athen lernen, heißt ... Die Spiele zu verhindern.

Basisbanalitäten reloaded.

Beitrag zu den Diskussionen nach einem Angriff auf TrägerInnen von Israelfahnen während einer Demonstration in Hamburg Ende Januar. Die Antwort auf das Thesenpapier „Basisbanalitäten" vom

Bündnis gegen Realität Leipzig

Am 31.Januar 2004 kam es bei einer Demonstration in Hamburg zu tätlichen Angriffen auf Israelfahnen und die TrägerInnen eines antideutschen Transparentes, welche – begleitet von Rufen wie „Intifada bis zum Sieg" – aus der Demonstration geworfen wurden. Nachfolgende Diskussionen drehten sich vornehmlich um die Frage, ob es sich beim Tragen der Fahnen des Staates der Jüdinnen und Juden um einen Regelverstoß bzw. eine Provokation gehandelt habe, denn das Demobündnis hatte das Mitführen von Nationalfahnen missbilligt. Andererseits stellten einige Veröffentlichungen die klar antisemitische Motivation und die politische Dimension der skandalösen Vorkommnisse in den Vordergrund. Ein zentrales Statement wurde von der Bad Weather Antifa Hamburg mit dem Anspruch „thesenartig inhaltliche Mindeststandards zu benennen" publiziert.

Sollte dieses Papier als eine Grundlage einer israelsolidarischen, antideutschen Politik gelten wollen, was dessen Titel „Basisbanalitäten" nahe legt, müsste darüber wohl noch einmal geredet werden. Die Vorgehensweise der bekenntnishaften Unterstützung eines unserer Meinung nach erheblich undifferenzierten Papiers stellt ein Hindernis für eine weitergehende Auseinandersetzung mit dem Antisemitismus in der Linken dar. Derlei Selbstbestätigungen führen im Allgemeinen zu nichts. Im Folgenden möchten wir daher zuerst unsere kritischen Anmerkungen zu besagtem Papier darlegen.

Kritik der Banalitäten

Die nachfolgende Nummerierung bezieht sich auf die Punkte im Basisbanalitäten-Papier. Relevante Textstellen sind den jeweiligen Kommentaren kursiv vorangestellt.

I.

„Mit dem Angriff auf die Israel-Fahne waren nicht die „antideutschen Provokateure" sondern Israel direkt gemeint. Die unbeanstandet gebliebenen „Mörder, Mörder"-, „Intifada"- und „Juden raus" -Rufe, die man zum gleichen Anlass auch beim Naziaufmarsch hören konnte, zeigten deutlich, was ein Großteil der Demonstration mit der Fahne assoziierte."

Der erfolgte Angriff auf die Israelfahnen galt tatsächlich ohne Zweifel auch Israel selbst. Die erklungenen Rufe „Mörder, Mörder", „Intifada" und „Juden raus" lassen keine andere Deutung zu. Ebenso bezeugt der initiale Angriff auf das Transparent der KP-Berlin mit der Aufschrift „Deutschland denken heißt Auschwitz denken" überdeutlich und abgründig, welch' Geistes Kind die AngreiferInnen und diejenigen, die das Geschehen beobachteten und nicht eingriffen, waren.

Doch als wären diese Fakten nicht scheußlich genug, wird aus den AngreiferInnen an der Spitze der Demo – von der KP-Berlin in ihrem Papier zu den Geschehnissen (www.kp-berlin.de) noch als „30-40 Personen" abgeschätzt – „ein Großteil der Demonstration". Das Hamburger Papier suggeriert, die AngreiferInnen hätten mit den etwa 3000 DemonstrantInnen eine antisemitische Melange gebildet. Diese Behauptung wird auch durch ihre mehrmalige Wiederholung im Basisbanalitäten Papier nicht wahrer, ist es doch offensichtlich, dass nur ein überschaubarer Teil der DemonstrantInnen die Angriffe mitbekommen haben können. Die denunziatorische Absicht, die auch schon überdeutlich aus der Positionierung der Bahamas („Wer schweigt stimmt zu", www.redaktion-bahmas.org) hervorschien, macht die Messer der Kritik in diesem Falle nur stumpf.

Unzweifelhaft ist und bleibt die Nichtreaktion der Demoleitung am Tag selbst, sowie die nachfolgende beschämende Diskussion teilnehmender Gruppen um Demoformalitäten, fatal für die Linke und offenbart deren andauernde Unfähigkeit, die Kritik des Antisemitismus praktisch durchzusetzen.

II.

„Dass die nationalen Symbole des jüdischen Staates und der Länder der Anti-Hitler-Koalition auf einer sogenannten antifaschistischen Demonstration in Deutschland gewaltsam entfernt werden, ist zwar skandalös, hat aber bisher in der Hamburger Linken keinen Widerspruch hervorgerufen. [...] Dass die Fahnen der Alliierten in der Tradition des Antifaschismus stehen, ist anscheinend nicht einmal mehr der Antifa bekannt."

Trotz des Wissens darum, ganz bewusst nur die Fahnen der USA und Großbritanniens mitgeführt zu haben, werden im Hamburger Papier daraus, die „Länder der Anti-Hitler-Koalition". Es liegt nun jedoch nahe, bei der Präsentation explizit dieser Auswahl an Ländern der ehemaligen Alliierten, deren Beteiligung am Irakkrieg in den Vordergrund zu stellen. Abgesehen von dieser recht durchsichtigen Krücke, den DemonstratInnen vorwerfen zu können, sie seien sich der antifaschistischen Tradition der alliierten Fahnen nicht bewusst, offenbart sich an dieser Stelle ebenso eines der Hauptprobleme bei der Verwendung von Symbolen. Der positive Bezug auf einen Aspekt des Symbols erfordert die Bagatellisierung all dessen, was das damit unabtrennbar noch repräsentiert wird. So steht die Fahne der Vereinigten Staaten natürlich ohne Zweifel in einer antifaschistischen Tradition, bezieht man diese auf die Niederschlagung der Deutschen im Zweiten Weltkrieg. In ihrem Namen wurde jedoch ebenso eine jahrzehntelange antikommunistische Politik praktiziert. Wir finden es wichtig, derartige Mehrdeutigkeiten zu bedenken.
Auch, weil einer adäquaten Auseinandersetzung durch solcherlei symbolische Bekenntnispolitik der Raum genommen wird. Ein Angriff auf amerikanische oder israelische Fahnen allerdings, erfolgt niemals mit dem Willen der Auseinandersetzung, sondern ist immer Ausdruck antiamerikanischer oder antisemitischer Ressentiments, die es zu bekämpfen gilt.

V.

„Die Geschichte des Antisemitismus ist immer auch die Geschichte der Konterrevolution."

Die Konstruktion einer unmittelbaren Verbindung der Geschichte des Antisemitismus mit konterrevolutionären Tendenzen scheint uns außerordentlich problematisch. Impliziert diese Selbststilisierung zum indirekten Opfer des Antisemitismus doch, der Vernichtungs-antisemitismus, der in den Jüdinnen und Juden seine Opfer fand und findet, stände auf einer Stufe mit der Bedrohung deutscher Möchtegernrevo-lutionärInnen in einer heute permanent konterrevolutionären Welt. Auch wenn es genügend historische Beispiele für die Subsumption von KommunistInnen unter das „jüdische Prinzip" und deren diesem Wahn entsprechende Verfolgung gibt, ist dies doch ein gewaltiger Unterschied zur permanenten, bis heute andauernden, existenziellen Bedrohung der Jüdinnen und Juden. Überdies lassen rhetorische Entgleisungen, wie das Sprechen von der „Antisemitenfrage", ein fragliches Geschichtsbewusstsein erahnen, ist die so genannte „Judenfrage" doch untrennbar mit deren mörderischer, deutscher Lösung verknüpft.

VI.

„Die nach dem Sechstagekrieg 1967 einsetzende globale linke antiimperialistische Solidarität mit PanarabistInnen und IslamistInnen in ihrem Kampf gegen Israel ist in den Metropolen Ausdruck linker Projektionen [...] Die heutigen Antiimps dokumentieren dagegen mit ihrer Hetze gegen alle, die derzeit im Irak besseres zu tun haben, als mit Kadern des Baath-Regimes und DjihadistInnen gegen die US-Besatzung vorzugehen, dass ihr Volkskampf unmittelbar gegen all jene gerichtet ist, die sich für ein bessere Zukunft einsetzen. „

»Die denunziatorische Absicht, die auch schon überdeutlich aus der Positionierung der Bahamas hervorschien, macht die Messer der Kritik in diesem Falle nur stumpf.«

Die linke Solidarität nach dem Sechstagekrieg galt weniger „PanarabistInnen und IslamistInnen", sondern vornehmlich beispielsweise dem „sozialistischen" Projekt Palästina, welches sich erst langsam in das islamistische Terrorkollektiv transformierte, dass es heute ist. Die IslamistInnen hatten in den meisten Ländern mit so genanntem sozialistischem Entwicklungsweg lange Zeit durchaus nichts zu lachen. Die PLO (Palestine Liberty Organisation) oder auch die PFLP (Popular Front for the Liberation of Palestine) waren - wenn auch antisemitisch - nicht islamistisch. Unzweifelhaft ist dagegen, dass die Solidarität mit dem „Widerstand gegen die Besatzung" im Irak oder dem „Befreiungskampf" in Palästina, der noch immer nur die Befreiung von den Juden meint, auf linken Demons-

Flagge zeigen - Wie die Diskussion ihren Anfang nahm

Am 31. Januar 2004 fand eine Demonstration gegen Nazis in Hamburg statt. Auf der Demonstration waren auch Antideutsche DemonstrantInnen mit Israelflaggen und Fahnen der Siegermächte des 2. Weltkriegs vertreten. Hamburger Linke griffen daraufhin die Träger der Fahnen an, woraufhin es zu einem Gerangel zwischen den beiden Parteien kam. Der folgende Polizeieinsatz galt den Antideutschen, wobei mehrere von ihnen in Gewahrsam genommen wurden. Die Hamburger Demoleitung behauptete anschließend, dass es sich beim Tragen der Israelfahne um eine „Provokation" gehandelt habe und verwies auf den Beschluss, dass bei der Demonstration das Tragen von „Nationalstaatsfahnen" untersagt sei.
Inzwischen gibt es Stellungnahmen der OrganisatorInnen, der Antifa-Koordination Hamburg, und Positionen gegen die Angriffe während der Hamburger Demonstration im Netz. Darunter sind Erklärungen der Gruppe Kritik & Praxis Berlin (KP-Berlin), Antifa-NordOst-Berlin (AANO), Antifaschistischen Aktion Nordfriesland (AAN), Mila 26 (Erfurt), Gruppe Rapidas und der Redaktion Bahamas. Das von vielen antideutschen Gruppen unterstützte Thesenpapier „Basisbanalitäten" erschien im CEE IEH #109. *(Red.)*

trationen nichts verloren hat. Das Vorgehen gegen derlei Tendenzen ist konkreter Anti-Antisemitismus.

VII.

„Nichts hält die antiemanzipatorischen Kräfte im Nahen Osten, in Europa und anderswo so sehr zusammen wie die antisemitische Agitation gegen Israel"

Neben der durchaus richtigen Auflistung von Antisemitismus im Libanon, der deutschen Sozialdemokratie und Globalisierungskritik, scheint es doch zumindest für Europa fraglich, ob hiesige „antiemanzipatorische Kräfte" ausschließlich von „antisemitischer Agitation gegen Israel" zusammengehalten werden. Ideologien wie Nationalismus, Rassismus und Antiamerikanismus spielen durchaus eine gewichtige Rolle.

Abgesehen davon, scheinen uns hierzulande in kaum einer politischen Kraft auch nur Fragmente der Emanzipation erkennbar. Und auch in arabischen Regimes wird nationale Einheit nicht ausschließlich durch Antisemitismus oder Antizionismus hergestellt. Erinnert sei hier nur an das mörderische Vorgehen gegen oppositionelle Kräfte im Irak und Iran, bei denen zehntausende sterben mussten, um die nationale Einheit zu sichern.

IX.

„Die Verurteilung Israels durch den internationalen Strafgerichtshof wegen der Sicherung seiner Staatsgrenze oder gar die Entsendung von UNO-Truppen wären für Deutschland die ersehnte - und im Gegensatz zu Hohmanns Ausfällen - „politisch korrekte" Schuldumkehr auf internationaler Ebene."

Zwar kritisieren die EU und im Übrigen auch die USA den Verlauf des israelischen Grenzzaunes, dennoch sprechen auch sie sich – und insbesondere auch Deutschland - gegen die Anrufung des Internationalen Strafgerichtshofes seitens der UNO-Vollversammlung aus. Die EU hält „die Anhörung für wenig hilfreich, um den Friedensprozess zwischen Israel und den Palästinensern voranzubringen". Eine Stellungnahme des Gerichtshofes sei „nicht angemessen". Wäre eine Verurteilung Israels die von Deutschland lang ersehnte „Schuldumkehr auf internationaler Ebene", erklärt dies nicht die reale Politik Deutschlands gegen eine Anrufung des Gerichtshofes. Hier wird wenig überzeugend gegen die Faktenlage argumentiert.

X.

„Israel ist die einzige Konsequenz aus Auschwitz in einer Welt, die keine anderen Konsequenzen zu ziehen bereit war. […] Aber Israel ist die einzige Gesellschaft, deren Staatsräson darin besteht, genau diesen Schutz [vor antisemitischen Massakern] zu bieten, und die schon deshalb dem antisemitischen Vernichtungswahn Grenzen setzt."

Unzweifelhaft ist Israel eine Konsequenz aus Auschwitz und besteht die Staatsräson dieser Nation auch im Schutz der Jüdinnen und Juden vor Antisemitismus. Nun ist Israel aber weder die einzige Konsequenz aus Auschwitz, noch bietet es als einziger Staat Schutz vor Antisemitismus. Ohne dass dies gegen Israel sprechen würde, können heute Jüdinnen und Juden beispielsweise in den Vereinigten Staaten wesentlich sicherer leben als in Israel selbst.

XI.

„Israelische Fahnen auf antifaschistischen Demonstrationen, die diesen Namen verdienen, sind aus all diesen Gründen eine Selbstverständlichkeit."

Natürlich sollten israelische Fahnen auf antifaschistischen Demonstrationen verteidigt werden, sollte dies nötig sein. Allerdings klingt dies im Hamburger Papier ein wenig so, dass antifaschistischen Demonstrationen diese Bezeichnung nur verdienten, wenn sie nur genügend Israelfahnen mitführten. Je mehr desto besser. Diese Art der Bekenntnispolitik halten wir für wenig hilfreich und würden politisch andere Schwerpunkte vorschlagen:

Jenseits der Bekenntnisse

Spricht auch nichts dagegen, antisemitischen Manifestationen – beispielsweise den IslamistInnen am so genannten Al-Quds Tag oder eben den linken AntisemitInnen in Hamburg - die israelische Fahne entgegen zu halten, so sind die Bekenntnisse gegen Antisemitismus und zur Solidarität mit Israel für sich genommen doch wenig bedeutungsvoll, wenn sie keine praktischen Konsequenzen nach sich ziehen.

Gerade für eine kosmopolitische Linke in Europa gäbe es viel zu tun, brechen sich heute hierzulande doch in beängstigendem Maße Antiamerikanismus und Antisemitismus wieder Bahn. Vor allem in Deutschland, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Großbritannien haben antisemitisch motivierte Taten drastisch zugenommen. In den neuen osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten ist Antisemitismus durchaus salonfähig. Die sich aktuell konstituierende europäische Identität ist durchwoben von Antisemitismus und Antiamerikanismus, wobei sich die dergestaltige ideologische Verfasstheit Europas auch abseits antiamerikanischer Friedensdemonstrationen bereits praktisch äußert. Die einhellig scharfe Verurteilung Israels für die Tötung von Hamas-Gründer Jassin und die Androhung von Konsequenzen, sollten weitere gezielte Tötungen erfolgen, legen ein deutliches Zeichen von der Gefährlichkeit Europas – dem Hauptfinanzier der palästinensischen Autonomiebehörde - ab. Eben auch, weil für viele Linke die Vorstellung von einer sozialen, zivilen und moralischeren europäischen Nation durchaus verlockend ist.

Für uns wird Europa damit zum Feind, denn nur im offenen Gegensatz zu Antisemitismus, Antiamerikanismus und nationaler Identität kann Emanzipation wieder denkbar werden.

Hände weg von meinem Dealer!

Nach einer Einbruchsserie wird mit einer Plakat-Kampagne zur Vertreibung der Heroin-Dealer aus Connewitz aufgerufen.

Martin (incipito)

Wer in diesen Tagen durch den Kiez spaziert, dem bleibt der Anblick von Plakaten mit der Aufschrift „H-Dealer verpisst euch" nicht erspart. Grund der Aufregung im Bermudadreieck zwischen Connewitzer Kreuz, Bornaische- und Wolfgang-Heinze-Str ist eine Einbruchsserie, die laut einem Flyer auf die Beschaffungskriminalität von Heroinkonsumenten zurückgeführt wird.

Natürlich sind Einbrüche für die Betroffenen eine unangenehme Angelegenheit, mit Kosten und dem Verlust liebgewonnener Dinge verbunden. Besonders dann, wenn der Betroffene eine Otto-Normal-Zecke aus dem Kiez ist, also schlecht versichert und öfter beim Sozialamt zu Besuch als bei den Eltern. Eine ärgerliche Sache zwar, aber keine Rechtfertigung für eine Kampagne gegen Dealer, die wahrscheinlich dem hiesigen Polizeichef die Tränen der Rührung in die Augen treibt. Vermittelt wird das ganze der betroffenen Kiezbevölkerung damit, dass H-Dealer für „vermehrt Bullen im Viertel" sorgen würden. Die Beschaffungskriminalität ihrer Kunden sei also die Ursache für ein angeblich höheres Polizeiaufgebot. Da könnte man gleich bunte Stadtteilfeste statt Demonstrationen veranstalten, da ja die vielen Linksradikalen im Viertel auch für vermehrt Bullen sorgen.



Dealer verpisst euch? #1

Das Gefährliche an dieser Kiezromantik ist, dass sie das Viertel möglichst von gesellschaftlichen Problemen gereinigt und sauber erscheinen lassen möchte. Nicht trotz, sondern wegen des Alternativ- und Autonomseins wird die Schuld bei jenen gesucht, die scheinbar durch ihre Tätigkeit das friedliche Zusammenleben im Kiez gefährden. Dieses Zusammenleben wird als das Antiprogramm im Vergleich zum Rest der Gesellschaft halluziniert. Es findet in einem alternativen Raum statt, der früher durch Hausbesetzungen angeeignet und gegen Bullen verteidigt wurde, um einen Bereich in der Gesellschaft zu schaffen, der weil autonom organisiert, angeblich frei von gesellschaftlichen Widersprüchen sei. Weil man sich in dieser Nische so vortrefflich eingerichtet und sich scheinbar „befreit" hat, fehlt auch die notwendige Einsicht, dass es im Kapitalismus kein Innen und Außen gibt. Es ist ein gesellschaftliches Verhältnis das sich nicht durch billige Bier- und Konzertpreise überwinden lässt.

Den Machern dieser Kampagne kommt dabei nicht in den Sinn, dass es selbst im autonomsten Kiez unweigerlich vorkommen kann, dass es Menschen gibt, die um ihren Drogenkonsum zu finanzieren auf Beschaffungskriminalität angewiesen sind. Statt die gesellschaftlichen Ursachen dafür zu reflektieren, wird eine Bürger-

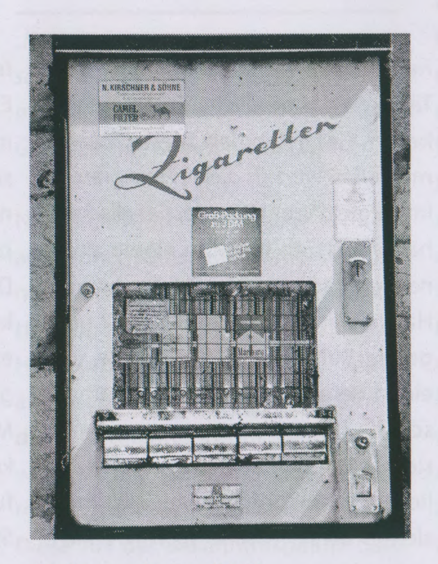


Dealer verpisst euch? #2

wehr initiiert, die den Kiez sauber hält und mit Plakaten die vermeintlichen Sündenböcke verleumdet. Kein Wort wird darüber verloren, dass Einbrüche zum Alltag einer kapitalistischen Gesellschaft gehören, weil das Eigentum privat und eben nicht in den Händen aller Gesellschaftsmitglieder liegt und Waren nicht verschenkt sondern verkauft werden. Mit keiner Silbe wird erwähnt, dass jene, die nicht in der Lage sind ihre Arbeitskraft zu verkaufen, keine andere Wahl haben, als ihren Konsum mit Diebstahl zu finanzieren. Schweigen würde die Kiezpolizei wahrscheinlich auch bei der Frage, warum die Einbrüche ausschließlich Junkies in die Schuhe geschoben werden? Es könnte sich genauso um einen LiWi-Besucher handeln, der seinen Alkoholkonsum zu finanzieren sucht. Sollte sich in so einem Fall nicht die LiWi-Barbesatzung aus Connewitz verpissen oder per Kiezverordnung dazu gezwungen werden nur noch Orangensaft zu verkaufen? Obwohl diesmal immerhin nicht die Ausländer, sondern die Junkies an der Kleinkriminalität schuld sein sollen, bedient sich die Plakatkampagne des klassischen Ressentiments von unbeliebten Randgruppen, die das Verbrechen mit der Muttermilch aufgesogen hätten. Jeder Heroinkonsument in Connewitz ist ein potentieller Einbrecher.

Doch die Kriminalisierung der Dealer scheint den Machern der Kampagne nicht auszureichen. „There are no heroes in heroine" heißt es weiter auf dem Plakat. Warum mit der trivialen Erkenntnis hausieren gehen, dass der englische Begriff „heroes" nichts mit dem Wortstamm von „heroine" zu tun hat? Schwer moralisch erschüttert darüber, dass im Kiez nicht nur brav Sternburg getrunken wird, greift man das an, was nicht ins saubere Kiezbild passt. Es interessiert nicht, ob Heroinkonsumenten zumeist deswegen unter schlechten Bedingungen leben, weil sie von Staats wegen kriminalisiert werden und ihr Stoff illegal ist. Nur weil Alkohol und Zigaretten aufgrund historischer Entwicklungen in Mitteleuropa gesellschaftlich akzeptiert sind, sind sie nicht weniger schädlich als sogenannte „harte" Drogen. Das beweisen allein schon jährlich 40 000 Tote durch alkoholbedingte Erkrankungen in Deutschland (Suchtbericht der Bundesregierung 2003). Die Illegalisierung von Heroin führt dazu, dass viele Konsumenten auf sauberen Stoff und hygienische Spritzen verzichten müssen. Es ist meistens nicht der berühmte goldene Schuss, der Menschen sterben lässt, sondern weitaus mehr die Infektion mit Hepatitis C und AIDS, infolge unhygienischer Konsumbedingungen.

Die gänzliche Unkenntnis gesellschaftlicher Zusammenhänge gipfelt in der Anweisung, „die Augen offen zu halten". Denn hinter jedem



Dealer verpisst euch? #3

Baum und Strauch könnte sich ein Junkie verstecken, der nach ein paar Marihuana-Spritzen zum gnadenlosen Einbrecher wird und Zecken-WG's um ihre Plattensammlung erleichtert, um sich dann mit geklauten Bob Marley-Scheiben einen schönen Abend zu bescheren. Diese Kampagne ist aber leider nicht nur peinlich, sondern stellt auch eine Gefahr für Drogenkonsumenten in Connewitz dar, die sich einer überschnappenden Kiezpolizei ausgesetzt sehen. Es geht hier nicht darum, Drogengeschäfte in Szenelokalitäten zu verhindern, was beispielsweise angesichts einer drohenden Ladenschließung durch die Polizei zu unterstützen wäre. So etwas ließe sich ohne Plakatkampagne bewerkstelligen, nämlich indem man die betreffenden Leute aus dem Laden wirft. Hier allerdings handelt es sich um einen Versuch, alle Heroinkonsumenten und ihre Dealern unter Verdacht zu stellen. So ein Vorgehen lässt sich kaum von dem der Stadt Leipzig unterscheiden, die mit einer gnadenlosen Überwachungs- und Repressionskampagne Konsumenten aus dem Stadtbild vertreiben möchte. Die Plakat-Aktion zeugt von einer erschreckenden Unkenntnis über Drogen und Sucht, welche den sozialen Hintergrund von Heroinkonsum gänzlich ausblendet und damit notwendigerweise in Ressentiment umschlagen muss. Die Einsicht, dass jede Droge in der falschen Gesellschaft ein Suchtpotential besitzt und eine gewisse Ich-Stärke beim Konsumenten die Vorraussetzung für einen verantwortungsvollen Konsum ist, fehlt den Machern der Plakate völlig. Ich würde jeden verantwortungsbewussten Heroinkonsumenten einem Alkoholiker vorziehen, da eben nicht die Substanz, wohl aber der Umgang mit ihr, den Unterschied macht.

Bei Risiken und Nebenwirkungen entfernen Sie die Plakate und konsumieren Sie die Drogen ihrer Wahl. But consume with caution!

Keine Panik

In Deutschland herrscht Terror, aber es muss sich eigentlich niemand fürchten.

Thomas Goertz (incipito)



Die Angst vor dem Terror wächst

Was heisst „Terror"? Das Wort beschreibt das Versetzen in Angst vor einem zukünftigen, gefürchteten, erwarteten Ereignis, einer Gewalttat. In Deutschland herrscht also Terror, aber es befindet sich nicht in einer Situation, in der vernünftigerweise Anschläge zu erwarten sind. Der herrschende Terror ist also unbegründet, fast schon grotesk.

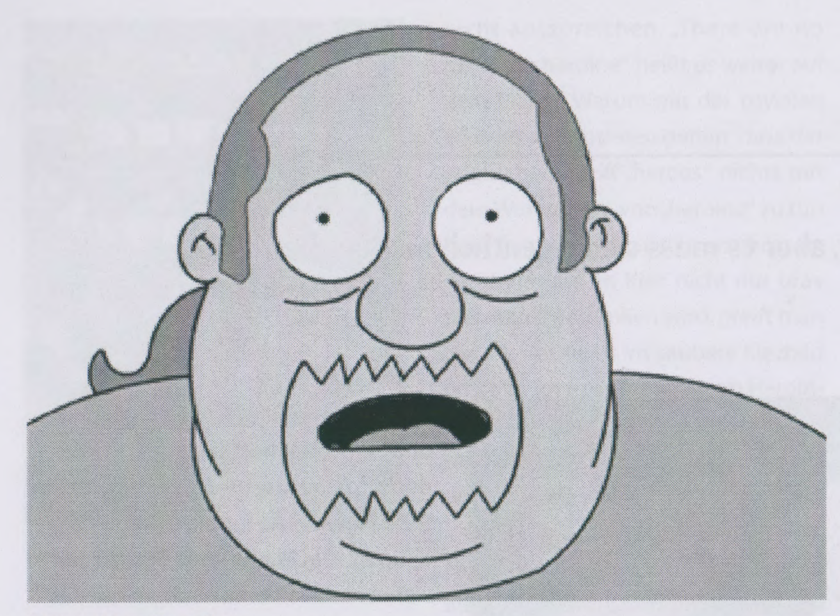
Doch der Reihe nach. In Madrid detonierten am Morgen des 11. März 2004 in mehreren Vorortzügen, die mit Pendlern besetzt waren, zehn Sprengsätze. Diese rissen 200 Menschen in den Tod. Die ersten Vermutungen (von der spanischen Regierung gestreut, wohl um einem Wahldebakel am folgenden Sonntag vorzubeugen), sahen ETA als Täter, deren Terroranschläge in den letzten Jahren in Spanien über 800 Menschen das Leben kostete. Inzwischen scheint klar, dass eine Gruppe aus dem Dunstkreis von Al Qaida dieses Massaker zu verantworten hat.

Diese Erkenntnis führte dazu, dass in Spanien, wo sich die Bevölkerung von der Regierung getäuscht und belogen fühlte, die Wahl zugunsten des vorher nicht als Sieger zu vermutenden Sozialisten Zapatero ausging. Dieser hatte nichts Eiligeres zu tun, als den Rückzug der spanischen Soldaten aus dem Irak anzukündigen, sollte es nicht bald ein UNO-Mandat für deren Einsatz dort geben. Sowenig nur zu den Reaktionen in Spanien selbst.

Was hier interessieren soll, sind die Reaktionen in Deutschland auf das scheußliche Attentat. Wie wird hier damit umgegangen, dass es Attentate islamistischer Kräfte nun nicht mehr nur in den USA, Israel, Afrika, Asien und Russland gibt? Ist eine ernstzunehmende Bedrohung festzustellen? Sind die Reaktionen also gerechtfertigt?

Die ersten Reaktionen waren verständliche Erschütterung und Beileidsbekundungen für die Hinterbliebenen. Im Bundestag äußerten sich Vertreter aller Parteien bestürzt und sprachen ihr Beileid aus. Es wurde dazu aufgerufen, sich an der Schweigeminute für die Opfer zu beteiligen. Die Trauer und Bestürzung waren natürlich echt. Ist aber nicht das eigene Kollektiv betroffen – es traf schließlich die Spanier und nicht uns Deutsche – weichen diese Emotionen schnell zugunsten von anderen. Eine große Furcht begann sich breit zu machen: Bisher waren es die Amerikaner und die Israelis, die zuvorderst vom Terror bedroht waren. Dann traf es Ziele in Afrika und Asien und im arabischen Raum (vor allem waren aber auch hier amerikanische oder britische Einrichtungen Ziel der Anschläge). Und nun sollte der Terror „zu uns" gekommen sein? Nach Europa? Wie ist das möglich?

Die Antwort war sehr schnell gefunden: Ohne dass Al Qaida bis dahin hatte verlautbaren lassen, welches Ziel sie mit dem Anschlag verfolgt hatten, war plötzlich allen eines klar: Spanien hatte die Quittung für sein Engagement an der Seite der Amerikaner im Krieg gegen das Regime Saddam Husseins erhalten. Es gab eine Art Tabu, indem nie direkt gesagt wurde: „Die Spanier sind selber schuld". Die Argumentation lief immer derart: „Wer jetzt behauptet, die Spanier seien selbst schuld, liegt falsch". Der alte Europäer ist also von selbst auf den Trichter gekommen, ohne dass es ihm jemand sagen müsste: Die Spanier mussten teuer dafür bezahlen, dass ihre Regierung in Zeiten des Irakkrieges an der Seite der US-Amerikanischen Regierung stand. Die LVZ wusste es schon am 12. März in ihrem Leitartikel zu vermelden: „Racheschwüre und Kriegs-



Keiner ist mehr sicher

rufe, die nach solchen Horrortaten stets aufkommen, sind freilich untauglich, um die Terrorbombe zu entschärfen. Die explosive Situation im Nahen Osten und auch im Irak spricht für sich." Die Denkrichtung ist also klar: Schuld am Tod der fast 200 Menschen sind letzendlich nicht diejenigen, die in ihrem mörderischen Wahn die Bomben gelegt haben. Schuld ist vielmehr „der Westen". Zuallererst ist hier wohl Israel gemeint. Wer wie die Israelis versucht, sein Leben zu verteidigen gegen antisemitische Mörder, ist selber Schuld, wenn ihn die Rache derjenigen trifft, die nichts als den Mord im Sinne haben. Wer an ihrer Seite steht, ist genauso Ziel der mörderischen Attacken. Die USA mussten dies am 11. September erfahren. Und Spanien nun am 11. März. Bezeichnend ist, dass die deutsche Öffentlichkeit dieses Denkmuster so sehr verinnerlicht hat, dass sie schon einen Tag nach den Terroranschlägen sich gewissermaßen hintenherum mit dieser Logik einverstanden erklärt und diese verteidigt, ohne dass bis zu diesem Zeitpunkt überhaupt klar war, ob wirklich Al Qaida hinter den Anschlägen steckte. Spanien erschien als logisches Ziel, denn es stellte sich mit seiner Teilnahme an der Koalition der Willigen an die Seite derjenigen Regierung, die als die vehementeste Verteidigerin Israels auftritt. Je weiter sich der Verdacht erhärtete, dass Al Qaida für die Anschläge verantwortlich zeichnet, desto mehr wurde die Verantwortung für das Massaker auf die spanische Regierung geschoben: „Die Quittung dafür [gemeint ist das Beharren auf ETA als Täter, der Verfasser] und für ihre harte Irak-Politik bekamen die regierenden Konservativen gestern vom Wähler: Die Sozialisten wurden stärkste Kraft, Spanien steht jetzt vor einem Regierungswechsel.", meint die LVZ am 15. März in ihrem Leitartikel. Die Opfer der Islamisten werden zu Opfern der spanischen Regierung umgedeutet, als ob diese die Bomben in letzter Konsequenz selbst gelegt hätte. Die Spanier selbst, die diese Regierung gewählt haben, werden in dieser Logik auch gestraft für diese Wahl. Gleichzeitig erkennt man die Aufforderung, sich eine andere Regierung zu geben, die den Islamisten nicht mehr in die Quere kommt. Wie sehr dieses Denken mit dem der mutmaßlichen Attentäter korrespondiert, lässt sich an einem Vergleich des Tenors in der deutschen Öffentlichkeit und der E-Mail ablesen, die bei der Zeitung „El Kuds El Arabi" eingegangen ist, in welcher sich eine Brigade der Al Qaida zu den Anschlägen bekennt. Spanien wird als eines der wichtigsten Mitglieder der „Allianz im Krieg gegen den Islam" bezeichnet. Weiter wird behauptet: „Wir haben erfolgreich das Herz des Kreuzfahrer-Europas infiltriert und eine der Basen der Kreuzfahrerallianz getroffen." Mit dem „Angriff auf das Herz des Kreuzfahrer-Europas" bekam das neue Europa also die Rache für „die harte Irak-Politik" zu spüren. „Aznar, Deine Hilfe für George Bush hast Du teuer bezahlt: 200 Tote" wird ein Transparent aus Spanien zitiert. Menschen, die ihre Wahlunterlagen in die Urne steckten, wurden gefragt, wen sie gewählt hatten: „Den Frieden". Das trifft den Nerv: Die Deutschen mit ihrer Liebe zum Frieden haben es ja schließlich vorher gewusst. Mit George Bush kann man sich nicht gemein machen. Sie haben es mit Montagsdemonstrationen, Blockadeaktionen, Flugblättern und Sitzblockaden gezeigt: Wir werden nichts gegen Euch unternehmen. Dieses war ein unübersehbares Friedensangebot. In Spanien gab es dieses zwar auch, die Regierung Aznar jedoch wählte die Option, mit den US-Amerikanern gemeinsam gegen das Regime in Bagdad vorzugehen. Mit Erleichterung wurde die Ankündigung Zapateros in Deutschland aufgenommen, sich künftig wieder eher nach Europa als nach Amerika zu orientieren, denn „nur ein geeintes Europa kann mit Kraft, mit Selbstbewußtsein handeln und ein ernstzunehmender Partner der USA werden." (LVZ, 16.3.2004) Und weiter: „Deswegen sind das neue Spanien und Europa gut beraten, bei der Reparatur jener Trümmer mitzuhelfen, die ein höchst umstrittener Militäreinsatz im Irak hinterlassen hat. Denn spätestens seit dem 11. März wird die Sorge größer, dass sich die Gefahr islamistischen Terrors mit dem Einsatz im Irak um keinen Deut vermindert hat, sondern eher gestiegen ist." (ebenda) Die Logik dabei ist bestechend und gleichzeitig wahr: „Wenn wir uns nur stark genug gegen Amerika und seine Verbündeten abgrenzen, laufen wir auch nicht Gefahr, ins Fadenkreuz der Terroristen zu geraten."

An eben diesem Punkt trennte sich vor dem Krieg gegen Saddam Husseins Regime das „alte" vom „neuen" Europa. Folgerichtig fanden die Terror-

anschläge nicht im „alten" sondern im „neuen" Europa statt.
Es erscheint also richtig anzunehmen, dass Deutschland nicht als vorrangiges Ziel des islamistischen Terrors auserkoren ist. Es steht nicht auf der Seite derjenigen, die Israel vehement verteidigen, es hat nicht am Sturz des Regimes in Bagdad mitgewirkt und seine Bevölkerung weiss sich eins mit der Regierung in Bezug auf die Haltung zum Islamismus und seiner Bekämpfung. Das „Selbstbestimmungsrecht" des irakischen Volkes wurde vor dem Krieg propagiert, es wurde auf das Völkerrecht verwiesen, was beinahe jedes noch so gefährliche Regime vor Einflußnahme oder Sturz von aussen schützt und die Positionierung gegen die USA war für jeden sichtbar. Bush war der eigentliche Mörder, Sharon ein Kriegsverbrecher und die Toten in Israel oder den USA sowie die Opfer des Regimes im Irak waren entweder verständlich oder bedauerlich, aber auf jeden Fall keiner Intervention wert. Islamistischer Terror war vor allem aus der sozialen Situation der Täter begründet, internationale Solidarität und die Zärtlichkeit der Völker ein höheres Gut als das Leben von Menschen, vor allem das von Juden. Das „alte Europa" war dem Islamismus also keine Gefahr.
Ironischerweise wird dieser nun trotzdem als Bedrohung angesehen, obwohl es keine Rechtfertigung gibt, anzunehmen, dass sich Deutschland im Fadenkreuz der Terroristen befinde.
Es entspannen sich Diskussionen um Panzer vor Bahnhöfen, die Zusammenarbeit der Geheimdienste in Deutschland und Europa sollte verbessert werden. Zwar wurde die Gefährdungslage in Deutschland von Innenminister Schily kurz nach den Anschlägen als „nicht verändert" eingestuft (FAZ, 13.3.2004). Und trotzdem: „Nach dem Attentat von Madrid will die Mehrheit der Deutschen mehr Überwachung. 79 Prozent sind dafür, auf Bahnhöfen die gleichen Kontrollen wie auf Flughäfen einzuführen. 74 Prozent sprechen sich dafür aus, Plätze und Straßen mit Videokameras zu filmen. [...] 61 Prozent haben keine Vorbehalte gegen Kontrollen von BGS und Polizei, auch wenn gegen die kontrollierte Person kein Verdacht besteht. 74 Prozent sind für eine elektronische Kontrolle der Iris, 66 Prozent würden sich auf Flughäfen und Bahnhöfen das Gesicht scannen lassen." (TAZ, 19.03.2004) Gleichzeitig wird über eine verbesserte Möglichkeit nachgedacht, Menschen, die unter dem Verdacht stehen, mit terroristischen Gruppen in Verbindung zu stehen, abzuschieben. Wenn gegen islamistische Gruppen vorgegangen wird, ist das zwar begrüßenswert, aber nun wirklich ein wenig grotesk, denn aus deutscher Sicht stellen diese eigentlich keine Gefährdung dar: Warum sollten sie in einem Land Anschläge begehen, das ihnen bisher als recht sicherer Rückzugsort gedient hat, und sich damit einer ihrer Vorbereitungsbasen berauben, zumal einer, in der der Multikulturalismus recht fest verankert ist? In der Religionsausübung unter dem Schutze des Staates steht und fundamentalistische Gruppen die Möglichkeit haben, ihre Parolen im Religionsunterricht an Schulen an die Kinder weiter zu vermitteln? Und Attentate in anderen Ländern sind ja nach herrschender Ansicht nun meistens darauf zurückzuführen, dass diese nicht in einer Art vorauseilendem Gehorsam oder ideologischem Gleichklang sich dem Töten von Juden oder dem Regime gegenüber feindliche eingestellten Menschen einfach fügen, mithin die Schuld an den Attentaten mindestens mittragen.
Aus dieser Sicht heraus ist es unwahrscheinlich, dass sich Deutschland in einer Bedrohungslage sehen müsste. Zwar ist die Bundeswehr in Afghanistan präsent und es hat Drohungen Bin Ladins gegeben, Länder, die sich im Nachkriegsafghanistan am Aufbau einer neuen Ordnung beteiligen, anzugreifen, aber die Gefahr scheint trotz allem eher marginal. Zu sicher können sich die Islamisten sein, in Deutschland eher einen ideologischen Partner als einen Gegner zu haben. In diesem Lichte wird auch klar, was es mit Bin Ladins „Versöhnungsangebot" an den Westen auf sich hat, das in Form eines Tonbandes an die europäischen Staaten gerichtet wurde: „Das Band scheint sich an eine imaginäre europäische Bevölkerung zu richten, die gegen die Entsendung 'ihrer Söhne' durch 'ihre Politiker' in Kampfeinsätze ist." (FAZ, 16.04.2004) Die Europäer sollen ihre Frontstellung gegen Amerika ausbauen. Als Lohn könnten sie Sicherheit vor Anschlägen erhalten. Nur: In Deutschland sind sich Politik und Masse einig, beide sind dagegen, gegen den Islamismus allzu offensiv vorzugehen. „Die von allen Regierungen prompt und empört geäußerte Ablehnung sollte nicht darüber hinwegtäuschen, daß gerade in der Schlichtheit des Angebots eine nicht zu unterschätzende Versuchung liegt für jene große Mehrheit der europäischen Öffentlichkeit, die den Irak-Krieg von Beginn an abgelehnt hat." (FAZ, 16.04.2004) Die Deutschen müssen nicht mehr überzeugt werden. Sie haben den Terrors gewissermaßen antizipiert und sind der Versuchung bereits vorher erlegen.

Vom Opfer zum Oberopfer

laatsch (incipito)

„Scharons Raketen zerfetzen die letzte Hoffnung" titelt Spiegel online nachdem Hamas-Leader Ahmed Yassin auf dem Weg vom Morgengebet von drei israelischen Raketen aus dem Leben gerissen wurde und drückt damit den Grundzustand europäischer Empörung über die israelische Politik aus, sich dem antisemitischen Terror auch militärisch entgegenzustellen. „Israel hat kein Recht zu außergesetzlichen Tötungen", heißt es auch bei den europäischen Außenministern, die sich immer dann schnell einig werden, wenn es darum geht, israelische Militärpolitik als unangemessen zu beschreiben. Israel dürfe sich zwar verteidigen, aber nur auf der Basis des Gesetzes und außergesetzliche Tötungen, wie im Falle des Führers der antisemitischen Massenmörder der Hamas, sind in jedem Falle abzulehnen. Genau in diesem Argumentationsmuster wird der Umgang mit dem Antisemitismus in Europa deutlich. Jeder weiß und erzählt, dass Antisemitismus etwas ganz böses ist, dem Europa etwas entgegensetzen muss, solange es bei Verbalradikalität bzw. Diskurspop bleibt. Sprich, wenn ein Hohmann die Juden als Tätervolk bezeichnet, dann ist das fürchterlich böse, aber wenn ein Hamas-Führer wie Yassin den jüdischen Staat Israel zerstören will, dann muss man die speziellen gesellschaftlichen Realitäten und die israelische Besatzung Palästinas bzw. die „Unterdrückung des palästinensischen Volkes" beachten.

> »The day in which I will die as a shahid [martyr] will be the happiest day of my life.«
>
> Scheich Yassin, Juli 1998

Dieser Irrwitz, der letztlich nur politisch korrekter Sprachantiantisemitismus ist, beruht auf dem europäischen und insbesondere auch deutschen Denken nach Auschwitz, Juden und Jüdinnen zwar als Opfer akzeptieren zu können, derer man einbis zweimal im Jahr gedenken darf oder in Berliner Szenekneipen zu Klezmermusik abzugehen, sprich jüdische Kultur auch ohne Juden und Jüdinnen auf den multikulturellen Speisezettel zu bringen, es aber „inakzeptabel" zu finden, wenn die israelische Armee entgegen des propagierten Opferstatus versucht, die Bürger Israels mittels Angriffen auf Ausbildungscamps antisemitischer Mörder bzw. auf ihre Anführer vor der Todesdrohung zu schützen. Die europäische Konstruktion „des Jüdischen" als etwas, das sich über unendliches Leiden definieren muss, ist nichts weiter als schlecht kaschierter Antisemitismus im „aufgeklärten" Gewand und verdeutlicht einmal mehr den Irrsinn einer sich multikulturell verstehenden europäischen Gemeinschaft. Position zu beziehen gegen antisemitische Mörder gilt in Europa entweder als rassistisch, (so bspw. der Vorwurf gegen eine Studie in Frankreich, die feststellte, dass mit der Migrationsbewegung auch der Antisemitismus anwächst) oder eben als friedensverhindernd, (wenn laut einer Umfrage die europäischen Bürger Israel als jenen Staat auserwählen, der die größte Gefahr für den Weltfrieden darstellt). Die Definition „des Jüdischen" über den Opferstatus verdeutlicht sich auch, wenn in Deutschland Vertreter jüdischer Verbände zwar gerne auf Gedenkfeiern über tote Juden und Jüdinnen und den Antisemitismus reden dürfen, ansonsten aber eigentlich die Klappe halten oder von Zeit zu Zeit ihre (möglichst kritische) Meinung zur israelischen Politik abgeben sollen, aber auf gar keinen Fall als selbstbewusste Kritiker realer, antisemitischer Zustände in Erscheinung treten dürfen (so z.B. bei der Kritik von Ignatz Bubis an Martin Walser[1]) oder als Menschen, die einfach im öffentlichen Raum auftreten ohne jüdische Belange im Speziellen zu behandeln (wie ein Michael Friedmann). Dieses Muster findet sich auch bei den Reaktionen auf die offensive Verteidigungsrolle Israels wieder, wenn der antisemitische Terror der militärischen Flügel von Hamas und Arafats Fatah-Bewegung in seiner realen Form verbal abgelehnt wird, aber ein israelisches Vorgehen, welches die Mörder ausschaltet bevor sie agieren können, kategorisch ausschließt. Terrorbekämpfung muss auf der Basis geltenden internationalen Rechts geschehen, tönen jene, die für ihre Mittel zur Bekämpfung von vergleichsweise harmlosen Terroristen[2] (RAF, ETA, IRA...) das Recht immer den eigenen Bedürfnissen anpassten. Dieses internationale Recht, welches sich humanitäres Völkerrecht nennt, wird letztlich dazu benutzt, einem Staat, der als Konsequenz aus Geschichte und Gegenwart versucht, bestmöglich seine BürgerInnen vor dem antisemitischen Wahn zu schützen, das Recht auf eigene Entscheidungen abzusprechen. So bedeutet der Völkerrechtssatz „Jeder hat ein angeborenes Recht auf Leben" eben

[1] Ohne an dieser Stelle noch mal auf die Einzelheiten dieser „Debatte" eingehen zu wollen, wurde auch hier versucht Bubis' Kritik „als eine verständliche Empfindsamkeit der Opfer" (http://www.nachkriegsdeutschland.de/walser_bubis_kontroverse.html) darzustellen. Als sich das „Opfer" jedoch hartnäckig weigerte seine Kritik einzustellen wurde die Kritik an Walser, nicht der Antisemitismus Walsers zum Skandal.

[2] Mal ganz abgesehen von den differierenden Inhalten.

nicht, dass der jüdische Staat den Kopf der Hamas, die den jüdischen Staat beseitigen will und dabei die widerwärtigsten Attentate durchführt, beseitigen darf, um die physische Unversehrtheit des Individuums zu verteidigen; nein, der Satz bedeutet, dass Juden und Jüdinnen schön darauf warten sollen, in die Luft gebombt zu werden, weil ja auch der/die AntisemitIn um die Ecke ein angeborenes Recht auf Leben hat, auch wenn er/sie es dazu nutzt so viele Juden und Jüdinnen wie möglich umzubringen. „Jeder Jude hat das angeborene Recht, sein Leben von AntisemitInnen beenden zu lassen" könnte also die zynische Neuformulierung heißen, zu deren dazugehörigem Blut dann reflektierte EuropäerInnen ihre Tränen der Trauer vergießen und vor einer weiteren Eskalation warnen dürfen.

Die Hamas und Scheich Yassin

Ein Blick in die Entstehungsgeschichte und in die Gegenwart der Hamas verdeutlicht noch einmal, um welch inakzeptablen Haufen es sich bei dieser Gruppe und ihren SympathisantInnen handelt. Entstanden ist die Hamas aus der palästinensischen Fraktion der Muslimbrüderschaft, einer 1928 in Ägypten gegründete Vereinigung, die ab 1936 durch ihren gelebten Antisemitismus zur Massenbewegung wurde und deren palästinensischer Teil ab 1947 von Amin el-Husseini dem Mufti von Jerusalem geführt wurde. Dieser Mufti, der sich als Sprecher der Palästinenser und unerbitterlicher Antisemit zu verstehen gab und der unter anderem Ende der 30er Jahre rigoros gegen Befürworter einer moderaten Haltung gegenüber Jüdinnen und Juden in Palästina vorging, von 1941-1945 in Berlin lebte, um auch mit Adolf Hitler am gemeinsamen ideologischen Tisch zu sitzen und der nicht zuletzt die Shoa auch in der Praxis unterstützte, durfte als gesuchter Nazi-Kriegsverbrecher 1947gegen den UNO-Vorschlag einer Zweistaatenlösung (Israel und Palästina) arbeiten und diesen mitzuverhindern helfen.

Diese kurz angerissenen, geschichtlichen Wurzeln der Hamas mitbedacht, erscheinen die Stellungnahmen und Attentate der Hamas als logische Folge des auch vom Mufti von Jerusalem getragenen eliminatorischen Antisemitismus . Eine Gruppe, die Flugblätter mit Sätzen wie „Jeder Jude ist ein Siedler, und es ist unsere Pflicht, ihn zu töten." verfasst und diesen Satz mit einer unendlich erscheinenden Reihe von Bombenattentaten auf Diskos, Busse, Restaurants etc. garniert, um dann in Interviews zynisch auf humanitär zu machen und davon zu faseln, dass sie keine Krankenhäuser und Schulen angreifen würden, muss man nicht nur ablehnen, sondern aufgrund ihrer realen, gesellschaftlichen Verfasstheit und Gefährlichkeit bekämpfen. Hierbei nützt es auch nichts, dass auch in Deutschland häufig auf die wichtige Rolle der Hamas bei der Organisierung der sozialen Seite der palästinensischen Gesellschaft verwiesen wird. Ganz im Gegenteil macht es die Sache noch viel schlimmer, wenn eine Gesellschaft, wie die palästinensische es ermöglicht, dass eine Organisation, die sich auf die Grundlage der Nazizeit - den eliminatorischen Antisemitismus bezieht - 30-40% der PalästinenserInnen zu ihrer Anhängerschaft zählen und eine wichtige Rolle bei sozialen Diensten und dem Betrieb von Schulen spielen darf.

Ein kurzer Blick in die Hamas-Charta: „Der Prophet - Andacht und Frieden Allahs sei mit ihm, - erklärte: Die Zeit wird nicht anbrechen, bevor nicht die Muslime die Juden bekämpfen und sie töten; bevor sich nicht die Juden hinter Felsen und Bäumen verstecken, welche ausrufen: Oh Muslim! Da ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt; komm und töte ihn!" (aus Artikel 7)

„Sie standen ebenfalls hinter dem II. Weltkrieg, in dem sie (...) die Etablierung des Staates Israel vorbereiteten. Es gab keinen Krieg, an welchem Ort auch immer, der nicht ihre Fingerabdrücke trägt." (aus Artikel 22)

„Heute ist es Palästina, und morgen könnten es andere Länder sein. Zionistische Machenschaften setzen sich nämlich endlos fort und werden sich nach Palästina gierig vom Nil bis zum Euphrat ausdehnen. (...) Ihr Komplott wurde in den „Protokollen der Weisen von Zion" niedergelegt." (aus Artikel 32)

„'Israel will rise and will remain erect until Islam eliminates it as it had eliminated its predecessors.' The Imam and Martyr Hassan al-Banna. May Allah Pity his Soul" (der Charta vorangestelltes Zitat vom Mitbegründer der ägyptischen Muslimbrüderschaft)

Ein kurzer Blick in die Hamas-Charta reicht also, um festzustellen, dass mit den antisemitischen Mördern kein Frieden zu machen ist, denn wie soll ein Frieden aussehen, der mit einer Gruppe geschlossen wird, die sich die Vernichtung Israels auf die Fahnen geschrieben hat, eine Friedenslösung mit der Gründung eines Staates Palästina im Westjordanland und im Gazastreifen als „vorübergehenden Frieden" (Scheich Ahmed Yassin) bezeichnet und den Jüdinnen und Juden in ihrer Charta die Schuld an so ziemlich allen miesen Sachen der Weltgeschichte und –gegenwart gibt? Dieser Frieden sieht exakt so aus, wie ein von einem suicide bomber zerfetzter Linienbus in Jerusalem, Haifa, Tel Aviv oder irgendwo in Israel, dieser Frieden ist die unverhüllte Vernichtungsdrohung.

> »I am not a Hamas spokesman, but any clear-headed person can foresee what the future holds. Every bereaved Israeli mother must blame Sharon for killing her child.«
> Sheikh Kamal Hatib zur Ha'aretz Hebrew daily.

Die Folgen

Wenn sich die Frage nach den Folgen der gezielten Tötung des Scheichs stellt, fällt natürlich sofort das bereits oben erwähnte europäische Gezeter über die Unrechtmäßigkeit der Tat ins

Auge. Israel darf sich nicht militärisch offensiv verteidigen und wenn sie es doch tun, dann führt dies, wie bei der Tötung Yassins nur zu einem weiteren Anziehen der Gewaltspirale. Ähnlich sagt es die Hamas auch, die ja in ihren Reaktionen immer und immer wieder eine neue Welle des Terrors gegen Israels ankündigten. Nun mag mensch von den Folgen denken, was immer er oder sie will, jedoch erscheint eine „Debatte" über zunehmende Gewalt angesichts einer gesellschaftlichen, israelischen Realität, die den antisemitischen Terror in Form „klassischer" Kriege und derzeit in Form des Terrorkrieges schon seit der Gründung des Staates Israels immer mitdenken muss äußerst widersinnig. Der israelische Botschafter Schimon Stein sagte bspw. im März 2002, dass „es zwar gut und schön ist, auf Gewalt zu verzichten, nur dass es für uns Israelis mittlerweile seit 53 Jahren direkt zur Existenzfrage führt." und trifft fern aller hiesigen Debatten den Kern des Problems. Antisemitismus und dessen mörderische Begleitung lässt sich nicht wegverhandeln. Aus diesem Grund ist es auch müßig sich mit den Folgedebatten der deutschen Gesellschaft ernsthaft zu beschäftigen. Der Kopf einer antisemitischen Mördergruppe ist tot, nicht mehr und nicht weniger. Da der Antisemitismus in der palästinensische Gesellschaft aber nicht das Problem einiger „politischer" Köpfe ist, sondern die Köpfe den gesellschaftlichen Willen manifestieren, was sich bereits aus der Tatsache ablesen lässt, dass der übergroße Teil der Gesellschaft mit Gruppen (Arafats Fatah-Bewegung und Hamas zusammengenommen) sympathisiert, die Jüdinnen und Juden am liebsten tot sehen, wird mit dem Tod Scheich Yassins auch nicht der Antisemitismus aussterben. Das ist zu bedauern, ist aber auch nicht die Intention solch einer gezielten Tötung. Ziel kann es ja nur sein einer Organisation wie der Hamas einen möglichst großen organisatorischen Schaden zuzufügen, sprich sie zumindest für einen kurzen Zeitraum zu schwächen, indem eine zentrale Persönlichkeit ausgeschaltet wird und so möglicherweise die Terrorgefahr ein wenig zu reduzieren. Zudem läge es bei der palästinensischen Gesellschaft im Zuge solcher Ereignisse deutlich zu machen, dass sie antisemitischen Terror nicht weiter dulden wird und dass sie mit der Hamas nichts mehr zu tun haben will, weil mit dieser ein friedliches Leben auf absehbare Zeit unmöglich sein wird. Es ist ja das Schlimme an der Situation, dass die Liquidierung Yassins nicht dazu genutzt wurde, Position gegen die Hamas zu beziehen, sondern von militant bis friedliebend alle einhellig den „Märtyrertod des Führers Ahmad Yassin" (siehe Eingangszitate) bejammerten, also klar machten, dass sie – auch hier wieder in einer Position mit der europäischen Union – jene für kriminell halten, die sich vor AntisemitInnen



Nicht einmal der Rollstuhl konnte Yassins Terror stoppen

schützen wollen, bevor es zu spät ist und nicht jene, die sich wie die Hamas der modernen antisemitischen Vernichtungsdrohung verschrieben haben. Und genau dieses müsste der Ausgangspunkt für alle Diskussionen – egal wo - über die Folgen des Angriffs auf Yassin sein, eine Basisbanalität quasi, ohne die weiteres Reden sinnlos bis extrem übel wird: es sind Leute wie Yassin, die das Problem sind, nicht Raketen, die sie in größeren Abständen aus dem Leben nehmen. Und mit diesem Bewusstsein vor Augen und um die Schwierigkeit wissend, sich in einer Situation zu befinden, in der die Liquidierung eines Menschen zu einer in Betracht zu ziehenden Option wird, entsteht eine ganz andere Debatte, als im Rahmen des europäischen Menschenrechtsgeraunes. Wenn beispielsweise der ehemalige israelische Botschafter in Deutschland Avi Primor zum herumgereichten Kritiker der Tötung Yassins aufgebauscht wird, dann ist dies einerseits richtig, andererseits grundfalsch. Primors Kritik geht vom ANERKENNEN des Mittels der gezielten Tötung aus und folgt von dort zwei Fragen: „Einmal: War Yassin ein Terroristenführer? Und das war er wahrscheinlich." (...) „Als zweites muss man fragen: Was bedeutet diese Tötung für uns?" (heute.online) Und erst hier setzt seine Kritik an, nämlich bei einer Kritik der konkreten Tat, die er deswegen kritisiert, weil sie den von Sharon angekündigten Rückzug Israels aus dem Gaza-Streifen

»Wir, die Unterzeichner dieser Erklärung, Kinder des palästinensischen Volkes aus verschiedenen politischen, ideologischen und sozialen Gruppen, vereint in ihrem gemeinsamen Kampf und ihrer Standhaftigkeit, verurteilen Israels offenkundige Aggression gegen unser Volk. Diese Aggressionen offenbarten sich vor einigen Tagen durch den kriminellen und niederträchtigen Akt von Scharon und seiner rechtsextremen Bande, die zum Märtyrertod des Führers Ahmad Yassin und der ihn begleitenden Kämpfer führte.«

Aufruf von über hundert palästinensischen Intellektuellen und PLO-Politikern (www.memri.de)

möglicherweise erschweren würde, da nun die Gefahr bestünde, dass nach einem Abzug die Hamas in Gaza die Macht übernimmt, was wiederum nicht im israelischen Sicherheitsinteresse sein kann. Das entscheidende daran ist, dass Primor mit einem lapidaren „Die internationale Kritik ist für Israel unbedeutend." das angewandte Mittel verteidigt, wenn das Ziel denn ein Terroristenführer ist, dieses Mittel aber in seiner konkreten Anwendung wegen den seiner Meinung nach politisch negativen Implikationen kritisiert. Das ist etwas, was für hiesige DebattenführerInnen wohl auf unbestimmte Zeit nicht zu begreifen ist, geht es in diesen Debatten doch letztlich darum Israel zum Hort und Verursacher des antisemitischen Terrors zu machen, so z.B. wenn Primor im Deutschlandfunk-Interview auf penetrante Weise gedrängt wird, endlich einzusehen, dass es keinen Unterschied zwischen antisemitischen Mördergruppen Marke Hamas mit ihren Selbstmordanschlägen und der israelischen Armee und deren Konzept der gezielten Tötungen gibt. So funktionieren sie, die gutinformierten Kleingeister der Berliner Republik; immer frei nach dem debilen Motto: „Bei den einen sind schon mal Zivilisten gestorben und bei den anderen auch und deshalb sind sich beide gleich und der Stärkere muss sowieso irgendwie Schuld sein." Und weil Israel Hubschrauber und Raketen hat, die Hamas aber nur Menschen mit Sprengstoffgürteln ist der Schuldige schon ausgemacht. Das ganze ist das offizielle Credo der GlobalisierungskritikerInnen, die mit dem entstehenden Europa einen würdigen offiziellen Vertreter gefunden hat: Schuld sind irgendwie die, die die Macht haben, sprich wahlweise das Geld oder die Waffen oder das Öl oder Mächtigen aufgenommen, aber doch nur – und das sollten wir uns alle mal durch den Kopf gehen lassen - weil sich die Mächtigen auf seiner heimatlichen Scholle so rüpelhaft benahmen. Auf diesem projektiven, gleichzeitig inhaltsleeren und alles erklärendem Level funktioniert der globalisierungskritische Teil der Welt aus dem auch die lautstärkste Kritik am israelischen Vorgehen zu vernehmen ist. Und angesichts der ewig

»Those who issued this call don't represent the Palestinian people at all. The consensus among the Palestinian people is that the resistance and jihad should continue until we achieve freedom and the occupation leaves all our land.«

Muhammad Ghazal (Hamas) in Reaktion auf die Forderung der palästinensischen Intellektuellen, die Intifada müsse trotz Yassins Tod gewaltfrei sein.

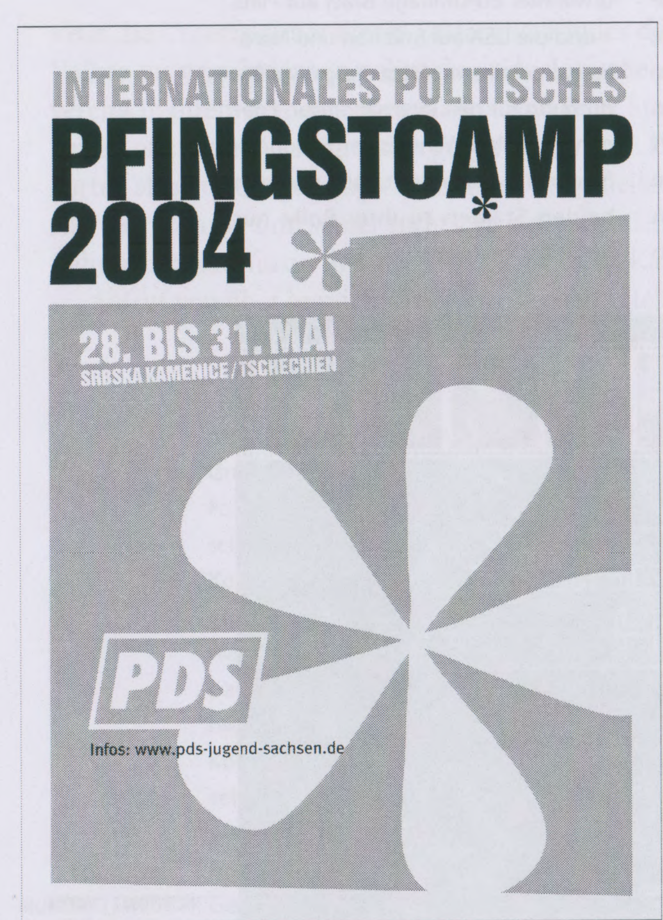
alles zusammen und dies dazu benutzen, Krieg zu führen gegen die Unschuldigen. Unschuldig sind z.B. jene, deren Zugang zu Wasserressourcen schlechter ist, als der der Mächtigen, denn sie sind schließlich die Opfer. Und ein Mann wie Yassin der seit seinem 12.Lebensjahr im Rollstuhl sitzt und dazu noch praktisch blind ist, kann nur Oberopfer aller Opfer, sprich Märtyrer sein, denn, geneigteR LeserIn, dieser Mensch gefesselt an sein Schicksal; TROTZDEM, wie es in verschiedenen Medien kolportiert wurde, hat er nicht aufgegeben und an der Universität studiert und später dann hat er den ungleichen Kampf mit den gleichen Reaktionsmuster antiamerikanischer und antisemitischer Projektionen, die sowohl bei der gezielten Tötung Scheich Yassins, als auch bei den Attentaten von Madrid zu beobachten waren, wundert es dann auch überhaupt nicht mehr, dass für die EuropäerInnen laut bereits eingangs erwähnter EU-Umfrage Israel auf Platz 1 und die USA auf (mit Iran und Nordkorea) geteiltem 2.Platz die größte Bedrohung für den internationalen Frieden darstellen. Wenn es den Friedhofsfrieden a la Hamas trifft, kann man den beiden Staaten zu ihrer Rolle nur herzlichst gratulieren.

Kriminalisierung 2(00)3

Ulicia Zitter

2004. Kaum entspannte sich das seit Weihnachten verwundert zusammengekniffene Auge im Silvesterknallerbeat, startet das nächste, unerwartete Feuerwerk: in bunten Lichterwirbeln, die am Staatsschutzhimmel den Unterschied zwischen echten und scheinbaren Sternen verschwimmen lassen, fiel der Leuchtmüll von 2003 in die Briefkästen vermuteter Straftäterinnen aus dem linken Spektrum. Weit gefasst logischerweise, der Staatsschutz kehrt mit kräftigem Arm. Die Betroffenen sollen zB. an einer Freibadeaktion der Gruppe Dresden.Umsonst mit Luftballonbewaffnung zerstörerisch den Hausfrieden schwer gebrochen haben (Incipito 11/2004). Oder im Zusammenhang mit Auftritten der lokalen Neonaziszene (bzw. den Büsos) wählbar Landfriedensbruch, Sachbeschädigungen oder Körperverletzungen begangen haben. Oder die Annahme, „Urbizids"-Patenteur und (nicht nur von Hannes Heers) Lieblingsschinkenpökler Jörg Friedrichs eine Veranstaltung stimmungsvoll zu garniert zu haben, genügt ebenfalls um von einem polizeilichen Rundumschlag in die Arme geschlossen zu werden.

Durch den Großeinsatz von Polizei und Staatsschutz Ende Januar (ebenfalls Incipito 11/2004), sowie bei Veranstaltungen zum 13.Februar wurden weitere Personen in den Verdächtigenkreis aufgenommen und mit Vorladungen beglückt, allerdings ohne ED-Zwangsvorführungsandrohung. In einer, später vom Landgericht teilweise als unrechtmäßig beurteilten, jedoch erst einmal vom Amtsgericht genehmigten Zwangsvorführung zur ED wurden damals 8 Personen ab um 7 von zu Hause abgeholt und ED-behandelt, ohne jedoch Kontakt zu ihren Anwälten zu bekommen.. Dabei wurde im Hausprojekt „rm 16" eine Tür (im Wert von 1000 Euro) aufgebrochen, da sich die Beamtinnen scheuten, die Klingel zu benutzen. Einer weiteren Betroffenen wurden nach der ED neue Schlüssel zu ihrer Wohnungstür übergeben, da die Beamtinnen der Ruhe nach dem Klingeln nicht getraut hatten. Den Mieterinnen, die als Zeuginnen der Wohnungsdurchsuchung beiwohnten, wurde erklärt, die Badaktionen hätte mit einer glasscherbenübersäten Badwiese geendet.



Böller back

Inzwischen liegen dem Sächsischen Datenschutzbeauftragten mehrere Beschwerden vor, die das repressive Vorgehen der Polizei beim Grosseinsatz (beispielsweise bei den Eltern, die mit falschen Bußgelddrohungen eingeschüchtert wurden, falls sie den derzeitigen Wohnsitz ihres „Kindes" nicht herausgäben) und den Umgang mit personenbezogenen Daten betreffen. Diese sollen, in Hinblick auf ein Anti-Antifa-Konzept, nicht an die anzeigestellenden Nazis herausgegeben werden.

Denn die Dankbarkeit des Staatsschutzes für eine Zuarbeit scheint grenzenlos. Vor Freude blind gelingt es ihnen nicht (?) einen Blick in rechtsextreme Publikationen zu werfen. Darin veröffentlichten die Neonazis schon mehrmals ihr Konzept, vermittels Anzeigen an Adressen von ihnen im Antifa-Spektrum verorteten Personen zu kommen. So beispielsweise auf www.ostsachsen.tk als Kommentar zu einer Kundgebung, bei der - nach einer von den bekannten Dresdner Neonazis Ronny Thomas und Sven Hagendorf provozierten Auseinandersetzung - diese eine Anzeige wegen Körperverletzung stellten: „Durch ihre Aktionen bekommen wir erst recht ihre Namen und Adressen. Denn es wurden ja Personalien aufgenommen und mittlerweile wurde ja auch Strafanzeige gestellt und dafür gibt es dann Akteneinsicht. Danke schön für Eurer unüberlegtes Handeln."

Oder im „Der Stormer", dem deutschen Magazin der rechtsterroristischen Gruppe Combat 18.: „Die Leute, die von Euch „geoutet" und bekannt sind, sollen bei sich bietender Gelegenheit Strafanzeige gegen die Linken stellen! Danach über einen Anwalt Akteneinsicht beantragen (ca. 100 DM pro Fall) und auswerten!!! Das

Anzeigeerstatten ist darüber hinaus von enormer Wichtigkeit, da es den Verfolgungsdruck auf die Linken erhöht, deren Straftatenstatistik in die Höhe treibt und denen viele Frechheiten uns gegenüber vermiest, da sie Angst vor der Bullen-Verfolgung haben/bekommen!"

Selbst der Verfassungsschutz hat es in seinem Jahresbericht 2001 schon gecheckt: „Auf einer Homepage der Heimatfront-Selbstschutzgruppen Süd-& Ostsachsen wurde als Ziel angegeben, „antifaschistische Strukturen im Raum Dresden-Freital-Pirna-Löbau-Görlitz aufzudecken und zu veröffentlichen."

Schon spätestens seit Anfang der 90er Jahre ist dieses Konzept bekannt, persönliche Daten von politischen Gegnern, aber auch mißliebigen Parteimitgliedern und Mitgliedern von jüdischen Gemeinden - kurzum von all jenen, die ein nationalsozialistisches Weltbild zu Gegnern erklärt - zu erfassen und mit dem so erworbenen Wissen auf diese Übergriffe und Anschläge zu verüben. Als das bekannteste Beispiel dürfte hierfür DER EINBLICK dienen, eine Sammlung von Adressen und Daten, welche Anfang der 90er veröffentlicht wurde. Als führender Stratege im Bereich Anti-Antifa gilt der Hamburger Christian Worch. Auch in Sachsen sind seit Jahren solche Bestrebungen bekannt. Beispielsweise veröffentliche eine ANTI-ANTIFA LÖBAU im August 2000 in dem Anti-Antifa-Pamphlet NAHKAMPF, und eine Anti-Antifa Potsdam plant mit Gruppen aus Sachsen zusammenzuarbeiten.

Diese procedere der Neonazis gibt's dann auch gleich im Großpack: Augenzeugen zufolge provozierten Sven Hagendorf und Ronny Thomas mehrfach Personen, griffen sie an und erstatteten später Anzeige gegen sie. In anderen Fällen sind den Anzeigenden vom Staatsschutz offenbar Fotos vorgelegt worden, auf denen sie vielerlei Personen »erkannten«, welche sie dann beschuldigten. So zum 14.Juni 2003: S. Hagendorf meldete bei der Polizei eine Körperverletzung durch 8 Personen, lief allerdings erstaunlich gutgelaunt den ganzen Tag lang im Nazitross durch Dresden.

Inzwischen begeben sich einzelne Beamtinnen des Staatsschutzes übereifrig, und möglicherweise privat, auch bei anderen Veranstaltungen, die ein linkes Szene-Publikum erwarten lassen, in die Spur. Wie letztens bei einer Buchvorstellung von Hannes Heer. Oder einer Veranstaltung zum 13.Februar: erst setzte ein Beamter des Staatsschutzes die Veranstalterinnen unter Druck, indem er sich als Fürsprecher einer Gruppe Neonazis plus Hools dafür einsetzte, diese müssten der Veranstaltung beiwohnen dürfen, ansonsten gäbe es eine Anzeige. Wenige Tage später erhielt der Veranstaltungsanmelder, dessen Personalien bei dieser Gelegenheit aufgenommen wurden, ebenfalls Staatschutz-Vorladungen.

Somit sind zur Zeit 23 Personen von teilweise mehreren Anzeigen betroffen, einen Grund zum Feiern gibt's hier und da und wenn's die Anwaltskosten sind. So watch out demnächst for tolle Soliparties (später im Mai - anläßlich des Grand Prix d'Eurovision - im alten Postgebäude in der Neustadt), vielleicht sogar in eurer Lieblingslocation.

Spendenkonto für die von den Ermittlungen Betroffenen: Rote Hilfe e.V. – Ortsgruppe Dresden, Kontonummer: 609 760 434, Postbank Essen, BLZ: 360 100 43, Zweck: Ermittlungen

Kontakt über soligruppe-dresden@systemli.org
more infos unter www.dresden-postplatz.de/dresdenumsonst, www.venceremos.antifa.net

Gegen die Wand

Fatih Akin erkundet mit seinem Film „Gegen die Wand" das Selbstzerstörungspotential der Sehnsucht nach einem anderen Leben

Mimi Strubat (incipito)

Ein Mensch, der sich in dieser Gesellschaft selbst zerstören will, gilt als wahnsinnig und geistig verwirrt. Diese Schlussfolgerung ergibt sich spätestens bei der Betrachtung dessen, was mit Suizidgefährdeten bzw. bei gescheiterten Suizidversuchen passiert. Die Einweisung in eine psychiatrische Einrichtung ist unumgänglich. Danach folgen langfristig angelegte Therapien, die zunächst das Problem aufzeigen und dann das gemeinsame Finden von Lösungen ermöglichen sollen, damit der Sinn des Lebens wieder bewusst bzw. ein neuer Sinn entdeckt wird.

Der Mensch wird eben nicht geboren, um sich das Leben wieder zu nehmen. Er soll stattdessen das Leben annehmen, das ihm „geschenkt" wurde. Und dazu gehört auch die Überwindung von scheinbar aussichtslosen Situationen. Um diese zu bewältigen, muss der Einzelne sich integrieren und sich unter die Regeln und Gesetze der Gemeinschaft unterordnen. Dabei ist es egal, ob er seine individuellen Interessen und Ziele dabei verrät, wenn sie mit der Gemeinschaft nicht konform gehen, bleibt die Enttäuschung nicht aus. Das bedeutet für das Individuum, dass es sich mit der Gesellschaft arrangieren muss oder versucht, sie so zu verändern, dass es in ihr glücklich werden kann. Wenn jedoch beides nicht in der Macht des Verzweifelten steht und das Leben in keiner Weise den individuellen Vorstellungen und Wünschen entspricht, sondern der Gedanke an die Zukunft nur noch aus einer Ansammlung von Scheiße besteht, ist das der Grund für eine dauerhafte Depressionen, die schließlich das Individuum vor dem Leben kapitulieren lassen kann. Die Gesellschaft will einem solchen Menschen durch die Einweisung in medizinisch-psychiatrische Einrichtungen helfen und mit ihnen dort eine neue Perspektive für ihr Leben schaffen. Die Hilfe kann und will dabei aber nicht darin bestehen, die Welt im „Großen" zu verändern. Statt um die Welt kümmert sie sich nur um den Gescheiterten und dessen persönlicher Interpretation seiner Lebenssituation. Dazu werden „Selbstmörder" zunächst gesellschaftlich isoliert, um sie weit genug von ihren alltäglichen Problemen zu entfernen und ihnen dadurch die Möglichkeit zu geben, ihr Problem mit etwas Abstand „realistisch" einzuschätzen.

Es ist diese verordnete Isolation und die anschließende langwierige Therapie, die für die 23jährige Sibel aus Fatih Akins „Gegen die Wand" das Ziel ihres Selbstmordversuches ist. Bietet ihr doch die Isolation die Möglichkeit den Ansprüchen und Kontrollen ihrer in der türkischen Kultur verhafteten Familie zu entfliehen. Sibel will heiraten um Spaß und Sex zu haben. Sie will nicht einem Mann gehören, dem sie zu ewiger Treue verpflichtet ist, dem sie Kinder zu gebären hat und dessen Befriedigung ihre Bestimmung ist. Für ihren Traum eines selbstbestimmten Lebens, das aus Party, Sex und Drogen besteht, hat das Normengefüge der traditionellen türkischen Familienehre keinen Platz. Immerhin fühlte sich ihr Bruder schon verpflichtet, ihr die Nase zu brechen, als er sie beim bloßen Händchenhalten mit einem Mann erwischte.

In dieser Situation sind Selbstmordversuche nicht nur Schreie der Verzweiflung, sie verändern auch – zumindest zeitweilig – die Lage Sibels. Und auch wenn sie nicht den Tod zum Ziel haben, sind sie kein Spiel, sondern blutiger Ernst. Tatsächlich würde Sibel den Tod dem traditionellen Eheleben vorziehen, doch nur weil auch dieses sie vom Leben, das sie will, abhält. Und dieses Leben ist alles andere als eine unmögliche Utopie. Es findet im Hamburg, das sie umgibt, Tag und Nacht statt. Einer, der es führt, ist Cahit. Doch auch für Cahit ist das Leben im übertragenen wie im buchstäblichen Sinn gegen eine Wand gegangen. Alkohol, Partys und beziehungsloser Sex sind bei ihm alles andere als der Ausdruck eines Lebens in der Utopie. Er betäubt mit ihnen nur den Schmerz, den der Tod seiner Frau in ihm verursacht hat. Ein Schmerz, der so groß ist, dass auch seinem Versuch, zu sterben, kein Entschluss zum Tod entspricht. Cahit hat keinen Plan und auch kein Ziel. Er ist ruiniert und kann weder für sich, seine Wohnung noch für seine Mitmenschen Interesse aufbringen.

Cahits Therapeut kapituliert vor diesem mangelnden Interesse an sich selbst. Indem er als einzigen Ausweg ein neues Leben in Afrika, im Dienste anderer parat hat, bestätigt er letztlich die Unmöglichkeit von Cahits tatsächlichem Lebens. Doch warum sollte jemand, dem das Interesse am eigenen Leben fehlt, das Interesse für ein anderes, neues Leben aufbringen können? Sibel geht es anders als dem Arzt. Sie sieht in der Leere Cahits Lebens den Ausweg, der ihr selbst endlich ein sorgloses Dasein ermöglichen kann. Cahit erfüllt die formalen Bedingungen eines akzeptablen Ehemanns,

weil er Türke ist. Seine Verwahrlosung verspricht ihr eine Ehe, die in der reinen Formalität bleibt ohne jegliche Verpflichtungen. Und außerdem, was sollte ein Ehemann wie Cahit gegen ihre Träume von Sex, Drogen und Partys sagen, wenn er doch selbst bis Extrem dieses auslebt, ausleben muss? Das Aufgehen des Plans, die Einwilligung Cahits zu dieser Hochzeit sind wie zuvor auch schon der Selbstmordversuch Cahits kein Ende der Geschichte, die „Gegen die Wand" erzählen will, obwohl der Film immer wieder den Eindruck erweckt, als könne er an jeder dieser Szene enden. Der Film setzt vielmehr die beiden Leben in Beziehung. Und während Cahit an seiner Beziehung zu Sibel langsam aus seiner Ausweglosigkeit herausfindet, weil ihr Lebenswille ihn ansteckt und mitreißt, erweist sich Sibels Traum als vergiftet. Sibels Schicksal verliert im Leben ihrer Utopie den typisch türkischen Background. Hier geht es nicht mehr nur um den speziellen Konflikt zwischen den Kulturen. Viele Frauen kennen das Gefühl ausbrechen zu wollen, das Gefühl der Sehnsucht nach Emanzipation, das seinen Ausdruck in Drogen, Männer ficken und Party machen findet. Dann tobt das Leben in den vollsten Zügen und sein Krachen wird so laut, dass es alles zu übertönen vermag. Was ist das für eine Vorstellung von Emanzipation? In dem Film von Akin wird deutlich dargestellt, das dieses neue Leben von Sibel sehr nah bei der körperlichen und psychischen Selbstzerstörung liegt, der sich auch Cahit hingab. Der Unterschied zwischen Selbstzerstörung und intensiver Selbstwahrnehmung scheint von außen kaum wahrnehmbar.

Gerade als „Gegen die Wand" die Scheinlösung einer Liebe zwischen Cahit und Sibel andeutet, bricht die Welt über beiden zusammen. Aus der harmlosen Party, dem Spaß ohne Konsequenzen entwickeln sich dann doch eine Konsequenz. Nicht jeder, mit dem Sibel nur Spaß haben wollte, blieb unbeteiligt und der Konflikt zwischen einem ihrer Affären und ihrem Mann eskaliert in einen Totschlag. Akin macht in seinem Film deutlich, dass auch ohne diese dramatische Zuspitzung, Sibels Leben an einem Punkt angekommen war, an dem die Probleme angefangen hätten. Die Beziehung zu Cahit hätte eine Veränderung ihrer Haltungen erfordert, die Ansprüche der Männer, mit denen sie gefickt hatte, begannen gerade ihr Probleme zu bereiten. Cahits Verschwinden im Gefängnis und das Zusammenbrechen der Fassade, die ihr Leben vor ihrer Familie hatte, spitzen aber das Problem ihrer Lebensvorstellung noch einmal zu. Sich die Pulsadern aufzuschneiden hat nicht mehr die Wirkung, durch die sie noch ihrer Familie entfliehen konnte. Sibel flieht stattdessen nach Istanbul – zunächst in das Leben das sie nie wollte. Ein Leben in starren Regeln, ohne Party, ohne Drogen, ohne Sex. Zwar ist es nicht ein Ehemann, dem sie ausgeliefert ist, aber das Korsett einer Karriere zwängt sie als Alternative genauso ein.

Ihr zweiter großer Ausbruch aus der Welt der Konventionen endet tragisch. Drogen sind nicht mehr Spaß, sondern nur noch die Betäubung des Schmerzes. Sie bestimmt nicht mehr über ihre Sexualität, sondern wird in ihrer betäubten Hilflosigkeit vergewaltigt und als sie schließlich beinah totgeprügelt wird, ist sie nicht das hilflose Opfer eines sexualisierten Übergriffs, sondern verrennt sich in diese Situation, als wolle sie mit dem Kopf immer wieder gegen die Wand, bis sie tot liegen bliebe. In dieser verzweifelten Phase waren die Exzesse, die einst Freiheit bedeuteten, die einzige Möglichkeit gegen ihren großen Schmerz überhaupt noch die Intensität des Lebens zu spüren. Doch in diesem Abschnitt ihres Lebens offenbart sich nicht nur die Gleichheit von Sibels Handlungsmustern zu jenen in der Zeit mit Cahit, es zeigt sich auch die Parallele zu Cahits Leben vor seiner Ehe mit Sibel.



„Der Unterschied zwischen Selbstzerstörung und intensiver Selbstwahrnehmung scheint von außen kaum wahrnehmbar."

Der Film endet nicht mit der toten Sibel, er wird das Problem, das er stellt, aber auch nicht mehr lösen. Das Verhältnis von Ausbruch und Selbstzerstörung bereinigt er nicht. Sicher gibt es das Einfügen in die Konvention, das Akin genauso anbietet, wie es die psychiatrischen Einrichtungen machen, doch was wir tun sollen, wenn wir dieses Verlangen nach Leben und Ungebundenheit auch um den Preis der Selbstzerstörung in uns spüren, das kann uns „Gegen die Wand" nicht verraten.

Dokumentaion eines Aufrufs zur Demonstration von Kritik & Praxis [KP] Berlin und PostpessimistInnen (Berlin) am 30-04-04, 18h S-Bhf Friedrichstr., Berlin Mitte

Kommunismus statt Europa!

Gegen europäische Identität, Rassismus und Standortnationalismus!

Am 30.04.04 finden in Berlin Feierlichkeiten anlässlich der am nächsten Tag in Kraft tretenden Osterweiterung der Europäischen Union statt. Die vornehmlich osteuropäischen Beitrittstaaten scheinen dabei als die armen Verwandten, die für die Zuwendungen, die Hand, die man ihnen ausstreckt, dankbar sein sollen. Doch die Aufnahme in die Union der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bedeutet für die dort lebenden Menschen mitnichten den Zugang zum Wohlstand des Westens. Als Teil der kapitalistischen Umgestaltung ist sie Ausdruck des großen Falschen und damit Ziel unserer Kritik.

Kritik & Praxis [KP] und PostpessimistInnen (Berlin)

Die EU

Die EU ist nicht Gegner neoliberaler Globalisierungspolitik, sondern vor allem Akteur. Sie ist einerseits Ergebnis der Fragmentierungsprozesse des globalisierten Kapitalismus, in dem übernationale Freihandelszonen zur Absicherung der Verwertungsbedingungen des Kapitals gebildet werden. Sie steht für Liberalisierungsprojekte im Binnenmarkt. Ihre Beschäftigungs- und Sozialpolitik entspricht der Politik des autoritären, aktivierender Sozialstaats: Ziel ist, jeweilige Standorte fürs Kapital attraktiv zu machen, indem die Arbeitskraft möglichste billig und unmittelbar zur Verfügung steht: etwa über Anhebung der Qualifikation und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten oder schnellere Vermittlung von Arbeitslosen. Den Einzelnen tritt die Gesellschaft als autoritäre „Gemeinschaft" Nation entgegen, die Pflichten und Leistungen im Interesse des Ganzen – Flexibilität, Mobilität, Genügsamkeit im Lebensstandard - einfordert. Gerade jetzt, wo der Sozialstaat seine repressiven Elemente verstärkt und Umverteilung von oben nach unten kaum noch eine Rolle spielt, berufen sich die Verteidiger Europas auf ihre wohlfahrtsstaatliche Tradition gegen den ´Wildwest-Kapitalismus´ in den USA. Die Liste der Kürzungen ist lang: Arbeitslosengeld, Rente und Studiengebühren sind nur die Spitze des Eisbergs. Im Namen des wettbewerbsfähigen nationalen Standorts ist es allen voran den sozialdemokratischen Parteien ureigenstes Anliegen, die Aushöhlung der Tarifautonomie und die Etablierung eines Niedriglohnsektors durchzusetzen, während die Gewerkschaften politisch diskreditiert werden und Abweichlern in den eigenen Reihen der Ausschluss droht.

Die EU ist nicht nur eine supranationale Instanz, die nach innen durch Währungsunion und Konvergenzkriterien Wettbewerb institutionalisiert:

Gleichzeitig ist die EU Sachwalterin von Kapitalinteressen im globalen Maßstab, sie will neben der USA und dem neu entstehenden ostasiatischen Block einen dritten internationalen Machtblock schaffen. Voraussetzung für eine eigenständige Geopolitik der EU ist ihre ökonomische Macht, mittels derer versucht werden soll, in Konkurrenz zu den USA und dem Dollar als „Weltgeld" zu agieren. Die unterschiedlichen Varianten dieser weltweiten Konkurrenz haben mehr mit politischer und militärischer Macht als mit unterschiedlichen Philosophien zu tun: die EU hat nicht die Möglichkeit, in gleicher Weise wie die USA ihre Interessen auch militärisch durchzusetzen.

In Abgrenzung zum US-amerikanischen Unilateralismus von George W. Bush haben vor allem die Regierungen von Frankreich und Deutschland in ihrem Protest gegen den Irakkrieg eine konkurrierende Imperialstrategie formuliert. Mit dem Anschlag in Madrid vom 11.3.04 ist der Erfolg einer solchen Strategie wahrscheinlicher geworden: Nach dem Regierungswechsel in Spanien ist als erstes osteuropäisches Land auch die polnische Regierung auf Distanz zu ihrem militärischen Engagement im Irak gegangen.

Für eine antikapitalistische Linke birgt diese Konstellation nicht wenige Fallstricke und Widersprüche: Der Protest von Schröder gegen den Irakkrieg hat der Friedensbewegung zwar ungewohnte Legitimation verschafft, gleichzeitig entstand in dieser Situation eine nationalistische Identifikation, die den Protest gegen den imperialistischen Krieg der USA und GB herrschaftlich einbindet und zum Instrument des alternativen, nämlich europäischen Imperialismus macht.

Für Teile der Friedensbewegung schien das „alte Europa" plötzlich eine positive Identität zu ermöglichen, die gleichzeitig mit der eigenen Regie-

rung versöhnt hat. So wird Europa nicht als imperialistisches Gebilde gesehen, das seine Interessen (zumindest außerhalb von Jugoslawien) anders als militärisch vertreten muss - sondern als Träger von Friedenspolitik, die interessefrei erscheint und sich nur an den USA und ihrem interessegeleiteten imperialistischen Krieg bricht. Dabei haben Teile der Friedensbewegung kräftig mitgestrickt am neuen Gemeinschaftsgefühl, das Deutschland unter die Länder mit schlechten Erfahrungen mit Krieg und Bombardierung einreiht und damit eine neue, von Kriegsschuld befreite Außenpolitik ermöglicht.

Mangels eigener politischer Perspektiven und einer Beschränkung auf den aktuellen Konflikt ist die Friedensbewegung in Deutschland kaum darüber hinaus gekommen, zivilgesellschaftliche Unterstützung für den Regierungskurs zu leisten, ähnliches gilt für die Situation in Frankreich. Der Konsens der Friedensbewegung mit der Schröder-Regierung verdeckte zudem die zeitgleich begonnen Hartz-„Reformen". In Ländern mit einer proamerikanischen Regierung wie Großbritannien, Italien und Spanien hatte die Friedensbewegung eine andere Bedeutung, da sie zugleich Protest gegen die eigene Regierung und deren neoliberale Sozialpolitik war.

Euro-Realismus 1 — Im Osten geht die Sonne auf

Die Herstellung von regionalen Unterschieden ist Teil des sich ständig wandelnden Kapitalismus. Auch innerhalb der EU werden diese Unterschiede erzeugt: mit der Währungsunion und mit den Maßnahmen zur Erweiterung der Union.

Der Klassenkampf von oben ist nach dem Zusammenbruch des Staatssozialismus auch in den osteuropäischen Beitrittsländer durchgesetzt worden: Neoliberale Anpassungsmaßnahmen wie Rentenkürzungen, die Abschaffung von Lebensmittelsubventionen und die massenhafte Schließung staatlicher Betriebe waren die Voraussetzung, um überhaupt in die EU aufgenommen zu werden. In den 90er Jahren haben sich die Beitrittsländer bei westeuropäischen Staaten verschuldet und deren Handelsstrukturen sind stark auf die Länder der alten EU ausgerichtet. Aus dieser Kombination von ökonomischer Abhängigkeit und struktureller Benachteiligung resultiert für Osteuropa der Status einer ´inneren Peripherie´ der EU. Dennoch hat die EU-Integration für diese Länder materielle Vorzüge gegenüber den restlichen, noch ärmeren osteuropäischen Ländern. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und die Abhängigkeit von internationalem Kapital sind so stark, dass jede Investition als Segen gilt - dies schlägt sich auch in einem ruinösen Wettlauf um die niedrigsten Unternehmenssteuern nieder. Dass die EU-Integration langfristig zu breiterem Wohlstand führen wird, behaupten die Reformeliten der Beitrittsländer, die diesen Prozess als neoliberale Musterschüler wesentlich mit voran getrieben haben.

Auch nach der Aufnahme in die EU werden die osteuropäischen Länder aufgrund von Übergangsfristen benachteiligt sein: Während sie heute schon die Hälfte ihrer gesamten Ernährungsgüter aus der EU exportieren, erhalten die Beitrittsländer zunächst nur 25 % der in der Kern-EU üblichen Agrarbeihilfen. Ebenso werden der freie Personenverkehr und damit auch die Mobilität von Arbeitskräften erst allmählich erlaubt. Das bedeutet, dass die EU den Beitrittsländern ihre neoliberal Wirtschaftspolitik auferlegt, aber deren soziale Abfederung vorenthält.

Westeuropäische Konzerne dominieren zwar aktuell schon den Finanz-, Telekommunikations- und Industriesektor der Beitrittsländer, mit der rechtlichen und institutionellen Vereinheitlichung im Zuge der Integration in die EU versprechen sie sich aber noch bessere Investitionsmöglichkeiten in den weitgehend gewerkschaftsfreien Unternehmen Osteuropas. Diese haben vor allem unqualifizierte Routinearbeit sowie nachgeordnete qualifizierten Tätigkeiten in diese Länder ausgelagert.

Folge dieser ökonomischen und politischen Benachteiligung der Beitrittsländer wird eine stärkere soziale Polarisierung innerhalb dieser Länder sowie zwischen ihnen und der alten EU sein. Gerade in den geografisch an-

Hoch die...

Berlin: 30.04., 16:45 Uhr, Senefelder Platz (U2)
„eu-bonzen durch die stadt jagen!!!!!!!
kein alk, keine hunde-
see you on the barricades!!!"
(de.indymedia.org//2004/04/80267.shtml)

Augsburg: 30.04., 17:00 Uhr, Königsplatz
„Wir brauchen keine ParteifunktionärInnen und andere Gurus, die uns sagen, wo's langgeht. Das entscheiden wir selbst - gemeinsam mit allen anderen, die sich nicht länger fremdbestimmen lassen wollen. Dass unsere Vorstellungen erstmal „unrealistisch" klingen, ist uns dabei herzlich egal. Natürlich sind wir nicht so vermessen zu glauben, dass wir hier eine Revolution machen werden und dann ist alles anders. Erstens sind wir dafür zu wenig Leute und zweitens haben wir auch gar keinen Bock, über die Köpfe anderer Menschen hinweg zu entscheiden. Unsere alltägliche politische Praxis sehen wir lediglich als Schritt in Richtung einer hoffentlich eines Tages breiteren und permanenten Revolutionierung der Verhältnisse an. So wie es ist, bleibt es nicht.
Zusammen kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung weltweit! Alles für alle!"
(www.linkeseite.de)

Düsseldorf: 30.04., 18:00 Uhr, OBERBLIKER-Markt
„JEDE REVOLUTION HAT IHREN VORABEND!
Wir haben keinen Bock mehr, uns erzählen zu lassen, dass wir den Gürtel enger schnallen sollen. Wir wollen uns nicht für einen Dumpingpreis an irgendein Jobcenter verkaufen. Wir wollen abends nach der Uni nicht noch für blöde Studiengebühren kellnern gehen. Und wir wollen keine unbezahlten Überstunden oder Praktika. Wir wollen weder Samstag noch Sonntag arbeiten. Wir haben überhaupt keinen Bock auf den ganzen Arbeitstress! Wir haben schlichtweg und überhaupt die Schnauze voll!" (www.antifakok.de/)

grenzenden Ländern Deutschland und Österreich, die am meisten von der Osterweiterung profitieren, werden nationalistische Stimmungen gegen die Erweiterung stärker, die als nationale Form des Wohlstandschauvinismus verstanden werden können. Dieser ist oft weniger durch materielle Benachteiligung oder der Angst vorm sozialen Abstieg motiviert, sondern als Legitimation des eigenen Wohlstands einfach nur Abgrenzung von Ärmeren. Rassismus und Nationalismus werden nicht nur gezielt von den Herrschenden eingesetzt, sie sind als Ideologien auch spontane Denkformen der Beherrschten, die sich mit diesen Identifizierungen in hierarchischen Verhältnissen einordnen. Wo der Neoliberalismus nur eine meist illusorische „Selbstverantwortung" anzubieten hat, stellen Rassismus und Nationalismus gemeinschaftliche Handlungs- und Vorstellungsmuster



zur Verfügung.

Dem Nationalismus der Bessergestellten entspricht ein subalterner Nationalismus der Benachteiligten: So äußert sich der soziale Protest der polnischen Bauern gegen ihre Verelendung zum großen Teil reaktionär-nationalistisch. Hinzu kommt, dass die Linke in diesen Ländern keine politischen Alternativen zur EU-Integration entwickelt hat.

Gemeinschaft verpflichtet und wer sich in dieser nicht unmittelbar einfindet -ob europäisch oder national-, sich aber unter den Bedingungen des globalen Kapitalismus zugleich ebensowenig ohne sie behaupten kann, dem wird eigens von großen Intellektuellen der westlichen Länder der Charakter der europäischen Realismusgesellschaft als einer wahrhaft menschlichen Ordnung durch Kultur und Mentalität eingeprägt.

Euro-Realismus 2 –- wie ein Systemzusammenbruch nicht nur die Ökonomie belebt

Was eine europäische Nation abseits ihres tristen und wenig verbindlichen ökonomischen Charakters inmitten der alten ist oder zu sein hat, darüber debattieren erhitzt die arbeitsteiligen Gemüter in den deutschen Feuilletons. Der linksliberale Jürgen Habermas, unterstützt von der Signatur des Jacques Derrida, propagierte unter dem Titel „Unsere Erneuerung" die „Wiedergeburt Europas", in der die Europäer ihre längst anwesende politische und kulturelle Identität erleben sollen. Weil auch ein Philosoph in Verlegenheit gerät, das kollektive und spezifische Eigene der konkurrierenden Nationen unter den erschwerten Bedingungen der gleichförmigen kapitalistischen Produktion zu finden, hilft ihm das probate Mittel, einen starken Gegner zu nennen, dem man militärisch wie wirtschaftlich ohnehin unterlegen ist und der deshalb besonders gut schmiert: Amerika. Das Schlaglicht der gewaltfreien Politik wird gegen den Schatten Amerikas geworfen: Obgleich die Alternative machtpolitisch nicht ansteht und zugleich der zivile Spielplatz militärisch geschaffen und abgesichert werden muss, heißt es generös, Europa bevorzuge im Gegensatz zur militaristischen Außenpolitik der USA zivile Konfliktregelungen. In Jugoslawien sah das freilich anders aus, die Legitimation war dieselbe. Europa ist das Land der Idealisten, da führt man nicht einfach materialistisch Krieg um Öl, sondern für Menschenrechte - gut stalinistisch heiligt der Zweck die Mittel und von den lukrativen Nebengeschäften im Irak will man öffentlich nichts mehr wissen. Guten Gewissens und ohne den alten ideologischen move, das gesellschaftlich Gewordene stillschweigend zu naturalisieren, proklamiert Habermas öffentlich die Notwendigkeit einer Identitätskonstruktion, die in der Annahme einer gemeinsamen „Gemütsart" divergierende Interessen als Ausdruck des Gemeinschaftlichen negiert. Weil Öffentlichkeit an sich gut ist, verleiht das Procedere den Zauber transparenter Rationalität: wo es fortan in der Sprache der kommunikativen Dienstleistungsindustrie no more problems, only challenges gibt, soll demokratisch jeder in Zivil eifrig an der Einheit mitkonstruieren. Der Staatsphilosoph führt uns den prekären Stand der Individualität im Kapitalismus vor: als Einzelner dynamisiert er, was kollektiv seit Rot-Grün in Deutschland Modernisierungsprogramm ist: die nationale Zivilgesellschaft. Als Ausweis des geläuterten Deutschlands in der bestmöglichen aller Welten, der Demokratie expandiert sie zum Modellcharakter für das Verhältnis zwischen den Staaten in Europa. Weil der totalen Zivilgesellschaft alles Öffentlichkeit und darin Gemeinnutz ist, löst sie tendenziell den für die bürgerliche Gesellschaft charakteristischen Gegensatz von Bourgeois, dem Träger egoistischer Bürgerinteressen und Citoyen, dem Vertreter des staatlichen Gemeinwohls, im Citoyen auf. Darin wird nicht

nur die private Existenz des Bürgers, dessen unmittelbar ökonomische Reproduktion wie seine dürftige Freizeit, der politischen Kritik entzogen und nurmehr stillschweigend vorausgesetzt und desto apodiktischer eingefordert, sondern sie reduziert sich auf das bloße Sein für-Andere, verklärt zur sozialen Aktivität. Der vom Systemzusammenbruch erfrischte Bürger pfeift damit auf dem letzten Loch: Im Namen des wettbewerbsfähigen nationalen Standorts im battleship Europa war und ist die Liberalisierung allen voran den sozialdemokratischen Parteien ureigenstes Anliegen, während die Gewerkschaften politisch diskreditiert werden und den verbleibenden harten Nüssen in den eigenen Reihen der Ausschluss droht. Wie man mit der Opposition umgeht, scheinen die jungen Alten und noch älteren Jüngeren vom guten alten Systemkonkurrenten aus den Zeiten des Kalten Krieges gelernt zu haben: wer sich als mündiges Subjekt nicht der objektiven Notwendigkeit beugt, hat die Zeichen der frohen Zukunft nicht empfangen und fällt in absolute Ungnade. Die Politik erschöpft sich in der Optimierung der Mittel eines vorbestimmten Zwecks, der als Sieger der Geschichte das Glück verbürge. 1998 hielt ein französischer Parlamentsbericht lakonisch über die Beitrittsverhandlungen zur EU fest: „Es handelt sich nicht um traditionelle Verhandlungen, in denen ein Kompromiss zwischen unterschiedlichen Interessen herbeigeführt wird, sondern um Beitrittsverhandlungen, in denen eine der Parteien (die Aufnahmeländer) mit Hilfe und Überwachung der anderen Partei (der EU) ein vorgegebenes Ziel erreicht." Der passive Voyeur Citoyen vollzieht je nur noch, was aus der vermeintlichen ökonomischen, kulturellen und politischen Notwendigkeit erwacht, dessen Exekution konsequenterweise der Verwaltung obliegt. Als stolzes Standbein der ganzen Schose wirbt Habermas für den Diskurs als originär europäisches Politisches, wo die Bedingungen von Politik überhaupt - Gewalt, Interesse, Freiheit und Praxis- verleugnet werden. Wer aber auf die Bedingungen des eigenen Handelns nicht länger reflektiert, produziert Ideologie a la lettre. Das gilt auch für die nationale Vergangenheit: Im Zusammenschluss Europa manifestiert sich politisch die Idee, gemeinsam aus den Erfahrungen -sei es Kolonialismus, sei es Shoa-gelernt zu haben und durch die eingeschränkte Überwindung nationaler Partikularismen befähigt und verpflichtet zu sein, sich als internationales Weltgewissen gegen die alte Weltpolizei Amerika, den ultrakorrupten Haudegen Russland und den undemokratischen Roten Riesen zu setzen. Geschichte als europäische ist ein Potpourrie ruhmreicher oder lehrreicher Taten von der Französischen Revolution bis Auschwitz, die gleichermaßen schnurstracks im frohen Fortschrittsglauben, aber mit Bedacht, verdünnt werden. Was sich dieser Chemie nicht fügt, ist zum Bösen des Totalitarismus destilliert, dem Kommunismus und Nationalsozialismus eines Stoffes sind. Die Osterweiterung Europas dient zur vorzüglichen Bebilderung, schließlich lässt sich hier noch der Staub des alten ideologischen Gegners aufwirbeln, den sich der Westler vom demokratischen Mantel schlägt: Hierarchisch starre Machteliten seien drüben Volkes Zorn gewichen, wo die hiesige nicht mal mehr das Wort Generalstreik in den Mund nimmt. Im Mythos der rein politisch erwirkten Revolutionen proklamiert er zugleich das Scheitern seines Gegners als hausgemachtes und triumphiert im eigenen.

Immerhin erinnert der Euro-Realismus im Untertitel und rückwartsgelesen an die alte, aber niemals veraltende, außerordentlich wichtige Aufgabe der Abschaffung der Nationen! Angesichts der Realpolitik in Osteuropa, auch in den Ländern, die vorerst nicht aufgenommen werden, wird gerade diese Hoffnung am ehesten enttäuscht: seit dem Wegfall des Systemgegensatzes deklarierte sich auf dem Gebiet des Warschauer Paktes eine Nation nach der nächsten, vor allem ethnisch, blutig und/ oder diploma-

...Kampf den!...

Gera: 30.04.2004, 18 Uhr, Platz der Demokratie (Nähe Hbf)
„Am 30. April jährt sich der Aktionstag der „Autonomen Thüringer Antifa Gruppen" [ATAG] bereits zum vierten Mal. Die Demonstrationen in Erfurt, Nordhausen, Eisenach und dieses Jahr in Gera waren und sind Ausdruck einer linksradikalen Bewegung im „kalten Herzen Deutschlands". Der 30. April knüpft an den Versuch an, den Vorabend des revolutionären ersten Mai als linksradikalen Aktionstag in Thüringen wahrnehmbar zu machen. Die diesjährige ATAG-Demonstration steht unter dem Motto „progress. movement. revolution" und zielt ab auf eine soziale Perspektive, ohne das Ende des Kapitalismus aus den Augen zu verlieren.
Es geht darum, eine progressive Politisierung des ersten Mai zu forcieren und ein Bewusstsein zur Emanzipation zu schaffen. Da der Vortag des revolutionären ersten Mai noch weitgehend vor Vereinnahmungsversuchen des Kapitals gefeit ist, können unbefangen die Unterschiede zwischen reformistischen und revolutionären Utopien herausgestellt werden. Der 30. April soll daher auch in diesem Jahr eine fundamentale Kritik an den herrschenden Verhältnissen zum Ausdruck bringen und dem „Tag der Arbeit" die Forderung nach Abschaffung von Arbeit, Deutschland und des Kapitalismus entgegenstellen."
(www.atag-aprildemo.tk)

Bielefeld: 30.04., 18:00 Uhr, Bahnhofstraße (vor C&A)
„Trotz alledem ist die kapitalistische Gesellschaft und ihre Gesetze scheinbar ein vom himmelgefallenes Prinzip das absolut ist. Alle akzeptieren es. Selbst die, die gegen die aktuellen Zumutungen protestieren, fordern einen „gezähmten" und menschlichen Kapitalismus zu dem auch immer ein gerechter Vater Staat gehört. Ein Kapitalismus ohne Krise ist aber nicht möglich.
Das kapitalistische System ist weder „natürlich" noch notwendig. Wir hingegen wollen keinen Staat, egal wie sozial er daherkommt, keine Nation und schon gar nicht wollen wir Arbeit. Das Elend, welches dieses System weltweit verursacht, macht die Abschaffung notwendig. Die reale Möglichkeit eines schöneren Lebens für alle, macht die Abschaffung überfällig. Arbeit schändet - Florida für alle - Kapitalismus abschaffen!"
(ag.antifa.net)

tisch. 6 der 10 beitretenden Staaten sind aus dem Geiste Europas geboren. Das Nationen-bauen-Machen ist erklärtes Ziel der deutschen Außenpolitik, um Stabilität zu sichern, in der dann allüberall im Schnellkurs des diskreditierten Stufenmodells Ethnie-Nation-Kapitalismus-Demokratie das Blümlein Demokratie gedeihe. Sobald die osteuropäischen Nachkömmlinge es als selbständige Nationen ernst meinen, werfen ihnen die weisen Apologeten aus dem Westen im Namen Europas antimodernen Nationalismus vor, als hätte sich das Projekt Europa nicht stets über das zweifelhafte Wohl einzelner Nationen legitimiert. Die Grossen haben immer gut lachen: in günstiger Stunde, wenn ihr nationales Interesse bereits repräsentiert ist und zwar noch durchgesetzt, nicht aber verhandelt werden muss, verzichten sie gern auf die Darstellung des Nationalklimbims und leisten sich die Geste der fortschrittlichen Euro-Kosmopoliten, während im Innern zur gemeinschaftlichen Bindung der freigesetzten Eigenverantwortlichen ordentlich gescheppert wird. Während das who's in and who's out vorübergehend einigen europäischen Schriftstellern, Professoren, Journalisten und anderen geistigen Arbeitern die Bürde ihrer gesellschaftlichen Überflüssigkeit abnimmt und ihnen eine Rolle in der großen Politik verspricht, wird die Ausschließung der Nicht-EU-Bürger längst praktiziert. Von Abschiebung und derlei schlechten Dingen möchte der kultiviert Gewaltfreie nicht so gern was hören. In der Union der Gleichheit, Freiheit und Sicherheit da machen Gewalt die anderen oder nur im Notfall. Fortwährend sind in den letzten Jahren von allen europäischen Staaten auf nationaler Ebene die Zuwanderungsgesetze verschärft und die Aufenthaltbedingungen für Flüchtlinge verschlechtert worden, während Europa sich darauf konzentriert » die Rückkehr illegal aufhältiger Personen, Zusammenarbeit mit den Herkunfts- und Transitländern im Bereich Rückkehr und Rückübernahme, bewährte Praktiken, Regeln für die Rückübernahme, gemeinsame Rückführungsmaßnahmen, Abschiebung« oder auch »Beendigung des legalen Aufenthaltes« zu gewährleisten. De facto kommen von den innerhalb der EU lebenden Menschen nur 3,4 Prozent aus Nicht-EU-Staaten.

Euro-Realismus 3 - Des Staatsdenkers lange Arme

Da der Politik notorisch das Eigenprofil durch die Bedingungen der Ökonomie abgetragen wird, stellt sie sich entweder am ökonomischen Erfolg dar oder reklamiert gegen die Ökonomie die rein menschlichen Sphäre. In der allerdings nimmt man es nicht so genau mit dem menschlichen Vermögen zur Freiheit, sondern pinselt repräsentative Identifikationsangebote: so kennt die Staat und Opposition zusammenschmelzende Friedensbewegung im Terror nur noch den passiven unschuldigen Reflex unterdrückter Völker. Durch die Viktimisierung und Vereinnahmung, die den Begriff des Volkes nicht als Zwangskollektiv, sondern zur Wahlverwandtschaft verkitscht, wird ein politisches Urteil nicht zuletzt über die eigenen Staatsgrenzen aufgegeben. Manche Pazifisten, Antiimperialisten und andere „alte" Europäer wähnen sich durch die Verortung des Bösen in den USA (und in Israel), durch die Personifizierung imperialistischer Machtverhältnisse im Kapitalismus und der romantisierenden Bezugnahme auf religiös-fundamentalistische und antisemitische Gruppen, im unschuldigen Außen. Teile der Globalisierungskritiker glorifizieren den Terror gar als antikapitalistischen Befreiungskampf, der mittlerweile auch von Neonazis adaptiert wird. Diese Kritik kapitalistischer Globalisierung sollte man als das benennen, was sie ist: kulturkonservativ, fortschrittsfeindlich, antiemanzipatorisch. Derweil exerziert Kerneuropa seine Version der zivilen besonders europäischen Konfliktregelung im Innern: Schaffung eines europäischen CIA, Ausweisung von zugewanderten AusländerInnen auf bloßen Verdacht eines terroristischen Hintergrundes, milliardenschwere Programme für die innere Sicherheit. Auch nach Außen wird kräftig aufgerüstet: neben dem Aufbau eines Satellitennavigationssystems und einer eigenen Weltraumforschung sind weitere militär-strategische Neuerungen in Planung. Eine europäische Militärindustrie und die Schaffung eines gemeinsamen Außenministeriums sowie die Formierung von der NATO unabhängiger Interventionstruppen, die spätestens 2009 (wahrscheinlich früher) in der Lage sein sollen, europäische Interessen auch mit Waffengewalt durchzusetzen, sind Ausdruck für das Vorhaben Europas, künftig eben nicht mehr immer nur die zweite Geige zu spielen.

So angenehm es erscheint, dass die Gefahr innereuropäischer Kriege gebannt ist, so unangenehm bleibt die Tatsache, dass die Illusion der Überwindung des Nationalismus und der damit einhergehende Versuch der Konstruierung einer europäischen Identität neue Ausschlüsse mit sich bringt. Die nationalen Identitäten lösen sich nicht auf, es tritt ihnen nur eine weitere hinzu: die des Europäers. Gegenüber den anderen Europäern bleibt man Deutscher, gegenüber den Nichteuropäern Europäer. Im europäischen Deutschland versuchen derweil deutsche Sozialdemokraten die globalen Bewegungen des Kapitals mit der Nation an die Kette zu legen, wo der Staat nunmehr der EU verpflichtet ist: Im erweiterten europäischem Wirtschaftsraum ziehen nur „vaterlandlose Gesellen" und unpatriotische Kapitalflüchtlinge ostwärts. Solchen will der Scharfmacher und selbsternannte Sprecher der sozial Schwachen, Lafontaine, gleich die deutsche Staatsbürgerschaft aberkennen. Im antikapitalistischen Märchen gibt es das gute und das böse Kapital, dem derweil diese Unterscheidung zu seiner Reproduktion schnuppe ist und sein muss. Strukturell argumentiert einer wie Lafontaine wie seine politischen – sei´s liberal oder konservativ - Konterparts, nach dem nicht

essen soll, wer nicht flexibel und anspruchslos für die Nation arbeitet. Deshalb: Eine kommunistische Antwort hierauf liegt in der Denunziation von Zwangskollektiven wie Volk und Nation, die mit staatlicher Gewalt einhergehen.

Reality calls for radically realistic actions!

Die kommunistische Antwort auf den Klassenkampf von oben lautet: emanzipatorischer Antikapitalismus - Solidarität statt Konkurrenz

Mit der angestrebten Schaffung eines einheitlichen Arbeitsmarktes wird die Konkurrenz zwischen Arbeitskräften zunehmen: Schon heute arbeiten viele Osteuropäer in Westeuropa für miese Löhne, gerade in Niedriglohnbereichen wird die schlechtere Situation vieler ost- und südeuropäischer Arbeiter zum Lohndumping benutzt. Rassistische Hetze gegen die „Billigarbeiter" nimmt zu.

In den EU-weiten neoliberalen Konsens sind auch die Gewerkschaften eingebunden, sie spielen aber eine untergeordnete Rolle im EU-Projekt. Im Rahmen eines „Wettbewerbskorporatismus" haben sie neoliberale Konzepte, Lohnzurückhaltung und Flexibilisierung grundsätzlich akzeptiert und orientieren auf nationale Kompromisse mit Regierungen und Arbeitgebern.

Gegenbewegungen gegen die einheitlich neoliberale Wirtschaftspolitik der EU-Regierungen und Bezugspunkte für einen emanzipatorischen Antikapitalismus sind zum einen der reformistisch dominierte Prozess der Sozialforen, der sich bisher allerdings größtenteils in Appellen an die Regierungen erschöpft. Problematisch sind vor allem Positionen, die ihre Kritik am Neoliberalismus an der neuen Rolle des Finanzkapitals festmachen und die Verschlechterung von Arbeits- und Lebensbedingungen ausblenden. Eine praktische Wendung radikaler Kritik ist in diesem Spektrum durch die zunehmende Verbindung von antirassistischen Kämpfen mit Lohnkämpfen vollzogen worden.

Zum anderen gab es im letzten Jahr in vielen europäischen Staaten radikale Arbeiterkämpfe und wilde Streiks außerhalb der etablierten Gewerkschaftsstrukturen, vor allem in Spanien, Polen, Großbritannien, und Italien. In Polen hat es wie in anderen osteuropäischen Ländern eine Welle von Betriebsschließungen (also der Verlagerung von Kapital) gegeben - dort gab es vermehrt militante Kämpfen und Betriebsbesetzungen.

Wie die Großdemo am 1.11. gezeigt hat, entsteht in Deutschland um attac und ver.di eine linksreformistische Strömung, die Protest gegen den Sozialabbau mobilisiert. Ob in deren Windschatten auch eine tragfähige antikapitalistische Opposition entstehen kann, hängt auch davon ab, ob sich der Hauptteil der Bewegung wieder in eine institutionelle Strategie einbinden lässt oder ob es zu Prozessen der Selbstorganisation kommt, die Regierungs- und Kapitalstrategien konsequent entgegen treten.

Voraussetzung für den erfolgreichen Kampf gegen den europäischen Neoliberalismus und die vielfältigen Formen des Rassismus ist eine Internationalisierung der Kämpfe - Aufgabe der Linken hier ist es daher auch, Bündnisse mit der oft schwachen Linken in Osteuropa zu knüpfen. Einen Anfang dieser Zusammenarbeit gab es anlässlich der Proteste gegen IWF und Weltbank in Prag im September 2000 und den Fabrikbesetzungen in Polen - Ende April gibt es eine internationale Mobilisierung gegen ein Treffen des WEF in Warschau (www.alter.most.org.pl/wef).

So bleibt zu hoffen, dass der Versuch, die Proteste gegen den Neoliberalismus durch eine Anrufung europäischer Identität an ein imperialistisches Projekt zu binden, durch ein internationales Bündnis antikapitalistischer und antirassistischer Linker durchbrochen werden kann.

Gegen ein Europa der Nationen -
Gegen eine Nation Europa !!!
Let´s push things forward !!!
Für den Kommunismus!!!

...Bunt gemischter...

Hamburg: 01.05., 11 Uhr, ZOB-Hauptbahnhof
„Der Alltag im Kapitalismus ist geprägt von Perspektivlosigkeit, Geldsorgen und sozialer Unsicherheit. Unser Leben ist verplant: wir schuften einzig und allein für die Geschäftserfolge irgend-welcher Unternehmen! Und wer in dieser Tretmühle nicht mehr gebraucht wird, soll bloß keine Kosten verursachen! So ein Leben wollen wir nicht mehr führen!
Soziale Revolution heißt, daß wir unsere Angelegenheiten selber in die Hand nehmen. Organisieren wir die Gesellschaft so, wie wir sie wollen: ohne Lohnarbeit und ohne Chefs, ohne Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg — frei und selbstbestimmt! Verhaltensmaßnahme: Kein Alkohol und keine Nationalfahnen auf unserer Demonstration!" (www.nadir.org/nadir/initiativ/agr)

Berlin: 01.05.2004, 10.30 Uhr, U-Bhf. Strausberger Platz (Berlin-Friedrichshain)
„Am 1. Mai 2004 rufen NPD und „freie Kameradschaften" gemeinsam zu einem Aufmarsch unter dem Motto „Volksgemeinschaft statt Globalisierungswahn"in Berlin auf. Damit greifen sie in diesem Jahr die in der Linken breit diskutierte Kritik an der kapitalistischen Globalisierung auf und nutzen dieses Thema, um ihre rassistischen, antisemitischen und völkischen Inhalte auf die Strasse zu tragen.
Im Gegensatz zu den letzten Jahren schafften es NPD und große Teile der „freien Kameradschaften", sich auf eine zentrale Demonstration zu einigen.
Unsere Antwort heißt, Globalisierung des Widerstandes gegen den Kapitalismus.
Alles für alle!
Keine Freiräume für Nazis! Den Widerstand raus auf die Straßen, kreativ und offensiv!" (www.maiberlin.de.vu)

München: 01.05., 10:45 Uhr, Arbeitsamt (Kapuzinerplatz)
„Die ArbeiterInnenklasse ist Antinational und wird vom Kapital global ausgespielt, ob in Kriegsschlachten oder auf dem Schlachtfeld des Arbeitsmarktes." (http://www.fau.org/ortsgruppen/muenchen/art_040415-181728)

Dokumentaion eines Aufrufentwurfs des BgR Leipzig zu einer bundesweiten Demonstration am 05-06-04 in Berlin.

Die neue Heimat Europa verraten

Keine Kollaboration mit der europäischen Nation

Bündnis gegen Realität Leipzig, Stand:19.04.2004

Geschichte wird gemacht. Deutsche Geschichte auf dem Weg nach Europa

Der Tag der Landung der Alliierten in der Normandie, der sogenannte D-Day, jährt sich 2004 zum sechzigsten Mal. Bei den Feierlichkeiten gibt es in diesem Jahr ein Novum: erstmals ist ein deutsches Regierungsoberhaupt zu den zentralen Feierlichkeiten in die Normandie geladen. Es ist abzusehen, dass der Festakt unter Anwesenheit von Bush, Chirac, Blair und Schröder als „Rekonstruktion des Westens" (J. Fischer) interpretiert werden wird.

Die hierzulande mit großer Genugtuung aufgenomme Einladung des Bundeskanzlers durch den französischen Präsidenten demonstriert in erster Linie die übereinstimmende Interessenskonstellation zwischen Berlin und Paris. Sie ist Ausdruck des Bemühens beider Staaten, unter ihrem besonderen Einfluss eine europäische Großmacht durchzusetzen. Der Festakt in der Normandie ist mit dieser neuen Zusammensetzung der TeilnehmerInnen in erster Linie Bestandteil einer politischen und symbolischen Strategie, eine europäische Großmacht nicht nur mit ökonomischen und machtpolitischen Argumenten zu begründen. Vielmehr soll eine historisch-moralische Legitimation für ein starkes Europa konstituiert werden. Aus dem Zweiten Weltkrieg, der nicht als „deutsches Verbrechen mit universellem Ausmaß" (Salomon Korn) gesehen, sondern zur europäischen Katastrophe umgedeutet wird, wird die Notwendigkeit für ein geeintes Europa abgeleitet. Somit wird der Zweite Weltkrieg – und damit auch der Holocaust – zu einem Gründungsmythos der Europäischen Union. Symbolisch kann eine Brücke zwischen der Allianz gegen den Nationalsozialismus vor 60 Jahren und heute geschlagen werden. Die Feierlichkeiten zum D-Day betonen aber nicht nur das sicherheitspolitische Allgemeininteresse der kapitalistischen Führungsmächte, welches nach den Anschlägen von Madrid verstärkt in den Vordergrund gerückt ist. Darüber hinaus wird das deutsch-französische Interesse an einem starken Europa, einer zunehmenden Europäisierung und an einer gemeinsamen Geschichte bzw. Geschichtsschreibung verdeutlicht.

Deutschland nutzt diese Gelegenheit, um die Geschichte der deutschen Verbrechen während des Nationalsozialismus, ja die deutsche Nationalgeschichte im Allgemeinen, in einem europäischen Zusammenhang zu entwirklichen. Eine verallgemeinerte Leidenserfahrung ist der Kitt für diese Art der Geschichtsinterpretation, und bewusst wird hierzulande auf Differenzierungen zwischen nationalsozialistischer Wehrmacht und alliierten Truppen verzichtet. Deutsche TäterInnen können so unter die Opfer subsumiert werden, und der gesamte historische Kontext, die Fragen nach den Ursachen, bleiben außen vor.

Befördert wird dies auch durch das Interesse an einer gemeinsamen europäischen Geschichtsschreibung, die eine Schuldabwehr für Deutschland erleichtert. Gerade offizielle Verlautbarungen der EU unterstreichen die gemeinsame Vergangenheit immer wieder, um eine nationale Identität als EuropäerIn konstruieren zu können. Diese Vergangenheitspolitik, an der gerade Deutschland ein großes Interesse hat, ist Teil eines europäischen Prozesses, der als Nationalisierung bezeichnet werden kann. Konstruktionen und Ideologien, die bereits zu Zeiten der Nationalstaatenbildung benötigt wurden, werden nun in Bezug auf einen „Staat Europa" erneut herangezogen. Der wirtschaftlichen und politischen Integration Europas wird unter anderen über die Konstruktion einer gemeinsamen europäischen Geschichte ein modernisiertes Identifikationsmodell zur Seite gestellt. Sowohl dem Tod deutscher als auch alliierter Soldaten wird ein historischer Sinn zugeschrieben und er dient im Nachhinein etwas Höherem. Die „Debatten-Beiträge" im Vorfeld des 6. Juni werden sicherlich an europäische Geschichtskonstruktionen anknüpfen, wie sie bereits während des Irakkrieges deutlich geworden sind.

Wenn Schröder in der Normandie Hände schüttelt, wird an dem Ort, wo einst entscheidend zur Niederlage des deutschen Faschismus mit seinem Vernichtungswahn beigetragen wurde, eine Befreiung von der Geschichte zelebriert und das heutige Deutschland wird zu einem normalen, rechtmäßigen Teilnehmer an den Feierlichkeiten. Für Deutschland stellt der Festakt eine Befreiung ganz eigener Art dar. Die Einladung ist ein Erfolg für die rot-grüne Geschichtspolitik – das moderne Deutschland kann sich gerade wegen seiner Geschichte als Antrieb für ein starkes Europa präsentieren. Die Auschwitz-Rhetorik im Vorfeld des Jugoslawienkrieges hatte die Richtung bereits vorgegeben: Geschichte wird nicht vergessen, wie es u.a. Walser verlangte, sondern nutzbar gemacht. Ein Ende dieser perfiden Argumentation, der Legitimierung von außenpolitischen Entscheidungen mit dem Nationalsozialismus und einer aus ihm

entstandenen vermeintlichen besonderen Verantwortung Deutschlands, ist nicht abzusehen. Der Aufenthalt in der Normandie ist somit lediglich ein Beispiel für diese Normalisierung. Deutschland wird seine Interessen überall verteidigen oder durchsetzen – in Europa, gegen oder mit den USA und sogar in Israel. Der Einsatz deutscher SoldatInnen in Israel ist eine Optionen, die bekanntlich bereits diskutiert wird. Und immer wird die in einen europäischen Kontext gesetzte deutsche Geschichte herangezogen. Neben einer moralischen Absicherung weltweiter Interventionsbefugnisse dient diese Geschichtspolitik der besonderen Selbstvergewisserung der Deutschen. Als späte SiegerInnen und europäisch geläuterte Opfer der Geschichte ist ein positiver, identitärer Bezug, sei es auf die Heimat, die eigene Region, Nation oder Europa leichter als jemals nach 1945.

Europa einig Vaterland

Die Entwicklung zu einem Nationalstaatsmodell Europa wird auf mehreren Ebenen vorangetrieben. Sowohl in der Wirtschafts-, Sicherheits- und der Außenpolitik läuft eine Europäisierung auf Hochtouren, ideologisch unterfüttert durch Nationalismus und Heimatkonstruktionen. Trotz unterschiedlicher Positionen, Widerstände und Widersprüche zwischen den einzelnen Staaten ist der Integrationsprozess gemeinsamer Konsens.

Nach den Anschlägen von Madrid richteten sich die Aufrufe mancher Regierungschefs und EU-FunktionärInnen an das „europäische Volk". Dies scheint mehr als pures Lippenbekenntnis zu sein: die Folgen der terroristischen Anschläge treiben die europäische Integration weiter voran. Insbesondere Überlegungen aus Spanien und Polen, die EU-Verfassung – das zentrale Dokument für eine „Nation Europa" – unter neuen Gesichtspunkten zu verhandeln, aber auch die Erwägung, die Truppen ohne UN-Mandat aus dem Irak abzuziehen, zeigen, dass die Europäisierung auch auf eben noch stockenden Teilbereichen weiter voranschreitet.

Spätestens seit dem Schengener Abkommen und dem Vertrag von Maastricht Anfang der 90er Jahre wird die sicherheits- und außenpolitische Integration intensiviert, z.B. über europäische Polizei, Geheimdienstkoordination, Grenzregime und EU-Militär. Die EU-Osterweiterung wird zum Anlass genommen, Ängste zu schüren, welche als Begründung für einen stärkeren Ausbau der Grenzkontrollen dienen.

Auf keinem Gebiet wurde in den letzten Jahren so viel, so schnell und so unbürokratisch vergemeinschaftet wie in der europäischen Asyl- und Einwanderungspolitik. Sie führt die rassistische AusländerInnenpolitik der Einzelstaaten auf EU-Ebene fort und reproduziert damit auf einer höheren Ebene nationalstaatliche Ein- und Ausschlüsse. EU-Abschottungspolitik wird jedoch zunehmend durch Migrationsmanagement und -kontrolle ergänzt. Ökonomisch verwertbaren MigrantInnen wird – meist nur temporär – eine Tür zum europäischen Arbeitsmarkt geöffnet, wenn es auf diesem wahlweise an Fachkräften oder an BilliglohnarbeiterInnen mangelt. Für die Unerwünschten, die den Nützlichkeitskriterien nicht entsprechen, bleibt Europa jedoch eine Festung. Aktuell werden verstärkt Sicherheitserwägungen als Begründungen für die Verschärfungen des Asylrechts herangezogen – mit der Angst vor Terroranschlägen lässt sich rassistische Politik unkompliziert durchsetzen.

Die reale Politik Europas hat nichts mit emanzipatorischer oder auch nur sozialer Politik zu tun. Das mag wie ein Allgemeinplatz klingen, erscheint uns aber wichtig zu erwähnen, weil es auch in Teilen der Linken Stimmen gibt, die sich positiv auf Europa beziehen. Während Teilbereiche an Europa durchaus kritisiert werden, z.B. Asylpolitik und Sozialabbau, wird Europa trotzdem als Projektionsfläche benutzt, um eine neue Heimat – außerhalb von Deutschland – zu finden. Dabei wird genau das Identifikationsangebot der bürgerlichen Politik an-

...1.MAI-Aktionismus...

Mannheim: 01.05., 10.30. Paradeplatz
„Selbstorganisierte Strukturen bieten ein Gegengewicht zum staatlichen Versuch, die Bevölkerung ruhig zu halten. Sie können auf kommunaler Ebene, sowohl in kulturellen Zentren als auch in selbstverwalteten Betrieben realisiert werden. Schon seit Jahrzehnten gibt es funktionierende kollektive Betriebe (auch hier in Mannheim), die bewußt auf hierarchische Strukturen verzichten und für die nicht die Maximierung des Gewinns im Mittelpunkt steht." (http://www.juz-mannheim.de/akantifa.htm)

Schwerin: 01.05., ab 11.00 Uhr, Stadtgebiet
„Wie schafft man Aufmerksamkeit für die Probleme der jungen Menschen in Mecklenburg-Vorpommern?
1997 wurde von der DGB-Jugend auf diese Frage eine passende Antwort gefunden, die nicht nur in unserem Land Aufmerksamkeit weckt sondern in der ganzen Bundesrepublik. Die JOB PARADE war geboren.
Sie ist die lauteste und schrillste Demo gegen Ausbildungsplatzmangel, Jugendarbeitslosigkeit und Abwanderung. Die DGB-Jugend rüttelt die Regierung und die Wirtschaft wach und setzt so ihre Forderungen durch." (http://www.jobparade.de/2004/)

Berlin: 01.05., 11:30 Uhr, Platz vor dem Roten Rathaus
„Gemeinsam mit den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten wollen die Gewerkschaften ein soziales Europa der Freiheit, Gleichheit und Toleranz gestalten. Es soll allen Menschen gleiche Chancen bieten, ein selbstbestimmtes Leben zu führen – ohne die Lebensperspektiven der Menschen in anderen Teilen der Welt zu beschneiden. Das setzt eine Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit voraus. Nur sie kann dafür sorgen, das Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit in Europa wachsen." (www.dgb.de)

genommen. Eine besondere Bedeutung hat dabei die Präsentation Europas als Alternative zu den USA.

Der Alptraum einer europäischen Weltordnung

Die politischen Differenzen innerhalb Europas, wie sie angesichts des Irakkrieges deutlich geworden sind, bezeugen, dass Europa in vielen Bereichen noch nicht mit einer Stimme sprechen kann. Aber auch wenn der Entwicklungsstand sowie der realpolitische Einfluss einer „Nation Europa" dem Wunschbild einer den USA auf allen Ebenen ebenbürtigen Weltmacht noch weit hinterherhinkt, sind die darauf ausgerichteten Bestrebungen doch bereits realitätsbildend. Die Politik ist darauf ausgerichtet, im ökonomischen Bereich mit den USA gleichzuziehen bzw. diese zu überholen und auf militärischem Gebiet zumindest unabhängig und eigenständig agieren zu können. Auch wenn gegenwärtig eine direkte Konfrontationen nicht denkbar ist, zeigt die gewollte Konkurrenzsituation bereits Auswirkungen. Im Nahen und Mittleren Osten können Regime und Terrorgruppen auf europäische Duldung und teilweise Unterstützung zählen, die einer Neuordnung der Region nach amerikanischer Vorstellung entgegenstehen. Das zerstörerische Potential dieser alternativen Weltordnungspolitik wird dabei nicht zuletzt durch die Duldung und Unterstützung von AkteurInnen deutlich, die Selbstmordanschläge in Israel unterstützen.

Innerhalb und außerhalb Europas basiert die Vorstellung einer alternativen Weltordnung auf der hasserfüllten Abgrenzung vom amerikanischen „Weltpolizisten" und vom „Raubtierkapitalismus". Diese Abgrenzung fungiert als kollektives Bindemittel, welches über die einzelnen europäischen Nationen hinaus Zusammenhalt stiftet. Dabei werden in Europa Traditionen mobilisiert, die den Unterschied zu den USA hervorheben und sich als geeignetes Instrument gegen das zur Zeit herrschende Machtungleichgewicht zwischen der EU und den USA erweisen. Die Verteidigung des Völkerrechts und die deutsche Betonung der Rechte von Volksgruppen, die Mobilisierung sozialer Unterschiede und das Schüren religiöser Konflikte haben sich schon im 20. Jahrhundert als ebenso wirkungsvoll wie verheerend erwiesen. Angesichts der militärischen Unterlegenheit gegenüber den USA zeigt sich heute, dass diese strategischen Traditionen nie abgebrochen sind. Wobei sich die EuropäerInnen trotz der mörderischen Geschichte einer solchen Weltordnungsalternative mit ihren Strategien auch noch kulturell und moralisch erhaben fühlen.

Gerade was die einzelnen Instrumente der Außenpolitik betrifft, kann zwar noch nicht von einer einheitlichen europäischen Außenpolitik gesprochen werden, deutlich ist jedoch, dass die Außenpolitik der EU von Deutschland und Frankreich bestimmt wird. Dabei werden auch traditionelle ideologische Gegensätze überbrückt. Denn Konzepte wie die Volksgruppenpolitik werden gegenwärtig auch von Deutschland nicht als bloßer Selbstzweck verfolgt. Zwar sind solche Vorstellungen innerhalb von Konfliktbewertungen und strategischen Überlegungen immer präsent, ihre aktive Verfolgung bettet sich jedoch in eine kalkulierte Interessenpolitik ein, in der auch der europäische Ausgleich stattfindet. Elemente wie die Volksgruppenpolitik bleiben so auch dann aktuell, wenn ihnen moderne sicherheitsstrategische oder ökonomische Überlegungen den Rang streitig zu machen scheinen.

Zwar steuern weder die Entwicklung einer europäischen Ökonomie noch die Aufrüstungsziele der EU gerade auf einen innerimperialistischen Showdown zu, ideologisch aber wird die Kampfansage bereits formuliert. Das sichert den Rückhalt in der Bevölkerung, denn die positive Identifikation mit Europa basiert auf dieser Feindbildkonstruktion, und die USA sowie Israel gehören zu den zentralen Feindbildern in der europäischen Bevölkerung. Anti-Amerikanismus bildet die emotionale Grundlage für die Zustimmung breiter Bevölkerungskreise und ebenso von Teilen der Linken in Deutschland und anderswo zum Projekt Europa. Ganz offensichtlich wurde dies während des Irakkriegs in der „neuen Friedensbewegung": Antiamerikanismus war augenblicklich abrufbar und machte das Gefühl, auf einer besseren Seite zu stehen, erst möglich. Der positive Bezug auf ein „soziales Europa" und die Solidaritätsadressen an die palästinensische Intifada sind als deutliche Kampfansage der europäischen Bevölkerung an die USA und Israel zu verstehen. Das heißt allerdings nicht, dass sich die europäische Identität in der Abgrenzung zu den USA erschöpft. So knüpft sie, beispielsweise den Rassismus betreffend, vielfach an die in den nationalen Identitäten enthaltenen Ausgrenzungen an.

Die Linke als Teil des Problems

In Europa schreiten die Großmachtbestrebungen weiter voran. Und in der Zwischenzeit werden Allianzen mit autoritären Regimes geschlossen, separatistische Volksbewegungen unterstützt oder es wird auch schon mal offensiv die Hilfe beim Kampf gegen den islamistischen Terror im Irak verweigert. Während also die europäische Außenpolitik jeden Anlass bietet, ihr entgegenzutreten, entdeckt die europäische Linke die Interpretationsmuster des Kalten Krieges wieder: die USA als Hauptfeind, der Protest gegen die Amerikanisierung als kulturelles Amalgam und Israel als Speerspitze des Imperialismus und mithin größte Bedrohung für den Frieden auf der Welt. Unter solchen Bedingungen erscheint Al Qaida, wenn nicht als grundsätzlich durch die amerikanisch diktierte Weltordnung legitimiert, so doch als gerechte Geißel, die den Krieg gegen die Unterdrückten ins Herzen der Bestie zurückträgt. Und der inzwischen jeglicher fortschrittlichen Fassade entkleidete palästinensische Kampf für die Vernichtung Israels und die Errichtung eines islamistischen Staates Palästina wird weiter zum sozialen Widerstand gegen eine

völkerrechtswidrige Besetzung verklärt. Auf linker Seite werden so die negativen Seiten der alternativen europäischen Weltordnungsphantasien noch gesteigert. Europa erscheint dieser Linken folgerichtig als kleineres Übel und als Chance, dem amerikanischen Hauptfeind entgegentreten zu können.

Wenn Antiamerikanismus und Antisemitismus als wichtige Elemente einer europäischen Identität angesprochen werden, dann weil es sich bei ihnen nicht zuletzt um linke Welterklärungsansätze handelt, die ihren Weg zurück in jenes Massenbewusstsein gefunden haben, aus dem sie ursprünglich stammten. Doch auch weitere Wesensmerkmale in der Legitimation Europas stimmen mit in der Linken gepflegten Vorstellungen überein. So wandelt sich europafreundlicher Antimilitarismus unter den Bedingungen der militärischen Unterlegenheit in das Lob ziviler Konfliktlösungsmodelle. Abgesehen davon, dass sich die Militarisierung der EU-Außenpolitik nichts desto trotz weiter vollzieht, weil die Mehrheit der BefürworterInnen einer europäischen Gegenmacht die Notwendigkeit unabhängiger militärischer Ressourcen einleuchtend finden muss, werden vom antimilitaristischen Lager die Instrumente der europäischen Interessenverfolgung als fortschrittlich verklärt. Dabei sind es nicht zuletzt die Interventionen unterhalb des militärischen Eingreifens, die zur Ausweitung des eigenen Machtbereichs, der Destabilisierung anderer Staaten und für die Durchsetzung der Volksgruppenpolitik genutzt werden. Warum solche Mittel im Gegensatz zu militärischen Interventionen stehen oder auch nur ein kleineres Übel darstellen sollen, bleibt nach der Erfahrung der Zerschlagung Jugoslawiens und den bis heute andauernden Übergriffen der albanischen Volksgruppe auf alle anderen unbegreiflich.

Ähnlich absurd sind die Bezüge auf die Tradition der sozialen Befriedung in Europa, die es gegen die Globalisierung und die für sie angeblich hauptsächlich verantwortliche USA zu verteidigen gälte. Diese Sicht auf Globalisierung verwandelt ihre Kritik zwangsläufig in einen Beitrag zur Restauration des Nationalen, ist der Nationalstaat doch für sie die einzige Instanz, die soziale Standards sichern kann. Europa als modernisiertes nationales Projekt ist deshalb das wirkliche Ziel der Altermondialisation, der „alternativen Globalisierung". In ihm scheinen die nationalen Grenzen überwunden und zugleich die Rolle des starken Staates erhalten. Dass Europa prinzipiell eine Tradition habe, die sozialer sei als das kapitalistische Modell in den USA, bleibt dabei – egal ob in antiamerikanischer oder proamerikanischer Pose geäußert – ein Mythos. Ihm widerspricht die Politik des New Deal, die in den USA den Sozialstaat einführte, genauso wie der gegenwärtige Abbau sozialstaatlicher Sicherungen, der sich dort und in den europäischen Staaten vollzieht. Die staatliche Sicherung der kapitalistischen Ökonomie, der gerade auch der Sozialstaat dient, ist nicht geeignet, Differenzen zwischen den USA und Europa zu erklären.

Sowohl der Mythos vom „sozialen" wie auch der vom „zivilen Europa" gehören zur Verklärung der Politik in der eigenen Heimat, mit der sich das europäische Kollektiv als Konkurrenzmacht konstituiert. Ihm entspricht der Wahn, Europa würde der Welt aufgrund einer höheren kulturellen Qualität des eigenen Strebens zu Zivilität und ewigem Frieden verhelfen. Die Linke vertieft diesen Wahn, denn während auf der Ebene der realen politischen Entscheidungen Faktoren vom gemeinsamen transatlantischen Antiterrorkampf bis zur einflussreich politisch verteidigten Wirtschaftsinterdependenz nicht aufhören, eine Rolle zu spielen, ist sie in ihren Entwürfen einer anderen Welt nicht an solche Überlegungen gebunden.

Ganz folgerichtig bringt eine Linke, die sich auf die alten Welterklärungsmuster stützt, dem modernisierten Nationalstaatsprojekt und der Praxis kapitalistischer Interessenspolitik keinen vernehmbaren Widerstand entgegen, sondern beteiligt sich stattdessen an den Europa gewidmeten Legitimationsdiskursen des gesellschaftlichen Mainstreams. Doch gab es in der Folge der Wiedervereinigung in Deutschland auch schon den Beginn einer anderen Tradition. In den neunziger Jahren ließ sich zumindest für die Radikale Linke die Hoffnung

...mit...

Stuttgart: 01.05., 12 Uhr, Mahnmal (zwischen Schlossplatz und Karlsplatz)
„Heraus zum revolutionären 1.Mai in Stuttgart!
Solidarität und Klassenkampf gegen die Angriffe des Kapitals!"
(www.revolutionaere-aktion.de.am)

Oldenburg: 01.05., 12 Uhr, Kaiserstr./ Hbf
„Es erscheint also ziemlich aussichtslos, von einen schönen Leben für alle zu träumen, nach Wegen zu suchen, die nicht nur die eigene Lebensrealität ein wenig verbessern. Wir müssen mit ihrer Logik der Konkurrenz, Kontrolle und Leistung brechen. Sagen wir es gemeinsam: „DIESES SYSTEM IST NICHTS FÜR MENSCHEN". Anstatt zu verzweifeln, an der Glotze oder der eigenen Ohnmacht zu ersticken, müssen wir uns mit anderen zusammentun, uns auf die Suche nach Freiheit begeben. Ob in selbstbestimmten Vernetzungen von SchülerInnen, Arbeitslosen, Frauen, MigrantInnen, ArbeiterInnen, RentnerInnen, „Behinderten", Sozi-EmpfängerInnen, in Viertelversammlungen, sozialen und autonomen Zentren, oder, oder, oder, ..." (http://www.alhambra.de/)

Münster: 01.05., 12.00 Uhr, Bremer Platz
„Kapitalismus ist nicht reformierbar. Wir müssen beginnen andere Formen des Zusammenlebens zu schaffen, fernab von Unterdrückung und Ausbeutung. Eine andere Welt und eine bessere Zukunft ist möglich - wir müssen es nur wollen. Solidarität untereinander und der Wille eine menschenwürdige Zukunft für alle Menschen weltweit zu schaffen ist das, was wir brauchen um überhaupt eine Zukunft zu haben."
(www.jam.antifa.net)

...wechselnden...

Nürnberg: 01.05., 12 Uhr, Bauerngasse/ Gostenhofer Hauptstr.
„-alle, die sich mit der Perspektive einer ständigen Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen nicht abfinden wollen...
-alle, die nicht bereit sind das eigene Wohl weiter den Profitinteressen des Kapitals unterzuordnen...
-alle, die nicht länger Willens sind patriarchale Zurichtung, rassistische Sondergesetze und imperialistische Angriffskriege länger als den gegebenen Normalzustand zu akzeptieren...
-alle, die sich kurzum mit der kapitalistischen Ordnung und ihren Auswüchsen nicht länger zufriedengeben...
-alle, die also endgültig die Schnauze voll haben fordern wir auf, sagt Nein, verweigert der herrschenden Klasse die Zustimmung, kämpft mit uns!" (http://www.nadir.org/nadir/initiativ/redside/)

Berlin: 01.05., 13:00 Uhr, Oranienplatz
„Krieg dem Krieg nach Außen und Innen!
Keine Befreiung ohne Revolution!
Besetzung ist keine Befreiung! Alle fremden Truppen raus aus dem Irak!
Kein Überwachungs- und Polizeistaat!
Abschaffung von Isolationshaft und Folter!
Freiheit für alle politischen Gefangenen!
Kämpft gegen Vergewaltigung und alle Formen der Frauenunterdrückung!
Kampf dem Rassismus und der Faschogewalt!
Stoppt die anti-islamische Hetzkampagne!
Keine Abschiebungen!
Bekämpft alle Angriffe auf das Recht auf Asyl!
Nein zu Lohn- und Sozialkürzungen!"
(www.revolutionaerer-erster-mai.de)

hegen, dass sich Heimat- und Nationenkritik zu einem Standardrepertoire entwickeln würden. Allerdings verlieren diese Erkenntnisse in der konkreten praktischen Orientierung von heute immer mehr an Bedeutung. Selbst dort, wo nationalstaatliche Orientierungen, Antisemitismus und Antiamerikanismus als kennzeichnende Bestandteile der real existierenden Bewegungen analysiert werden, werden von den Antifas der Neunziger heute Bündnisse gegen Globalisierung, Krieg oder Sozialabbau gesucht. Statt über eine deutliche Polarisierung die Position einer radikalen Gesellschaftskritik überhaupt erkennbar zu machen, wirken jene Gruppen in diesen Bündnissen an der Durchsetzung moderner systemaffirmativer Kollektividentitäten mit und werden so, statt zur Vorreiterinnen eines emanzipatorischen Aufbruchs, zu Trägerinnen deutsch-europäischer Ideologien.
Gerade in Deutschland zeigt sich dabei, dass der Bezug auf eine europäische Identität heute die zentrale Klammer zwischen der fortgesetzten Simulation außerparlamentarischer Opposition und dem Hauptstrom nationalstaatlicher Politik ist. So wird ein Großteil der Linken hierzulande zu einem Trittbrettfahrer bei einem Prozess, der Deutschland doppelten Mehrgewinn verspricht. Zum einen scheint über die Schaffung einer europäischen Identität die Modernisierung der Nationalstaatsideologie zu gelingen, welche die Menschen dem flexibilisierenden Verwertungsprozess angepasst an die kapitalistischen Verhältnisse bindet. Darüber hinaus oder besser in diesem Zusammenhang gelingt es Deutschland, die Bedeutung der NS-Verbrechen in bisher nicht gekanntem Ausmaß zu relativieren. Im gesamteuropäischen Erinnern geht die deutsche Schuld verloren und jegliche Ursachenbestimmung verkommt zur Farce.

Jenseits der Bekenntnispolitik

Es ist mit Blick auf die derzeitige Funktion der Friedens- und globalisierungskritischen Bewegungen als Legitimitätsbeschafferinnen für ein deutsch-europäisches Großmachtprojekt und ihre ideologische Verfasstheit heute notwendig, die Kritik an der Linken praktisch werden zu lassen. Doch diese Auseinandersetzung kann nur ein erster Schritt sein. Die Analyse der deutsch-europäischen Großmachtambitionen und der antiamerikanisch/ antisemitischen Ideologie, auch außerhalb der Grenzen Europas, ruft nach offensiver Auseinandersetzung durch eine antideutsche und damit notwendigerweise antieuropäisch-kosmopolitische Linke. Der tatsächliche Widerstand gegen Antisemitismus und Antiamerikanismus beschränkt sich bisher weitgehend auf Bekenntnisse. Die Beschäftigung mit der europäischen Realität ist nicht nur ein Vehikel, diesen Bekenntnissen eine Richtung zu geben. Weil sich im transformierenden Europa Antiamerikanismus und Antisemitismus dauerhaft organisieren und beide in der europäischen Identität eine modernisierte Grundlage finden, wird Europa geschichts- und realpolitisch zu einer ebenso dauerhaft zu bekämpfenden Größe.
Die Entwicklung einer Praxis gegen das Projekt einer europäischen Gegenmacht weist dabei über die Beschreibung einer Welt hinaus, in der antiemanzipatorische Bewegungen die Vorstellung vom ganz Anderen des Kapitalismus genauso dominieren, wie der Kampf der USA und ihrer Verbündeten gegen diese reale Bedrohung das Bild von Freiheit und Emanzipation prägt. Nur in der Auseinandersetzung mit den in und über Europa verfolgten Strategien einer alternativen Weltordnung, nur im offenen Gegensatz zu Antiamerikanismus und Antisemitismus entsteht die Möglichkeit, Emanzipation wieder zu denken.
Das gilt nicht nur für eine antideutsche Linke. Auch für eine antikapitalistische Linke muss es von Interesse sein, die Ablehnung Europas damit zu begründen, dass es sich hierbei um ein modernisiertes Nationalstaatsprojekt handelt. Die herrschende Organisa-

tionsform des Kapitalismus wird mit Europa nicht aufgelöst, sondern höchstens Bezugs- und Legitimationsebenen verändert. Auch weiterhin dient die Nation den Interessen des Kapitals, auch weiterhin bleibt sie Rahmen und Begründung für staatliche Unterdrückung, für rassistische Ausschlüsse sowie für die ideologische Nivellierung sozialer Unterschiede. Die vorgestellte und praktizierte Gemeinschaft widerspricht auch im europäischen Rahmen der freien Entfaltung der Menschen. Wie immer diese auch letztendlich aussehen mag, eine europäische Nation wird schon für den Gedanken daran zu einer Grenze, gegen die sich linker Kosmopolitismus wenden sollte.

Die Wirkung des Bezugs auf eine Heimatkonzeption, egal mit welchen Argumentationsmustern er jeweils erfolgt, belegen inzwischen eine ganze Reihe bekannter historischer Vorläufer: von der deutschen Sozialdemokratie bis zur Heimatliebe der Umweltbewegung – am Ende der Orientierung stand nicht mehr die linke Kritik, sondern die Identifikation mit den herrschenden Verhältnissen. Die neue Heimat Europa bildet da keine Ausnahme. So heftig auch die Auseinandersetzungen um ein „soziales Europa" geführt werden mögen – die emanzipatorische Überwindung des Kapitalismus ist mit dieser Parole bereits ausgeschlossen. Statt einer Radikalisierung des uneinheitlichen Unbehagens an der Entwicklung des Kapitalismus führt der Bezug auf Europa geradewegs in institutionalisierte Interessenvertretung und den Versuch der Neuaushandlung der alten Sozialstaatsübereinkünfte.

Insofern wenden wir uns nicht nur als KritikerInnen nationaler Identität gegen Europa und seine ProtagonistInnen. Als AntikapitalistInnen vertreten wir eine radikale Position, die neben dem Widerspruch zwischen europäischer Sozialstaatsideologie und der neoliberalen Realität auch noch den Zweck der einstigen Klassenkompromisse zu kritisieren weiß. Dieser bestand nicht ausschließlich darin, das schönere Leben möglich zu machen, auch wenn Forderungen individuell natürlich tatsächlich die Verbesserung der Lebenssituation zum Ziel hatten. Vielmehr diente er immer dazu, auch nach Krankheit und Arbeitslosigkeit die Ware Arbeitskraft wieder der Verwertung zuführen zu können und für Ruhe und Ordnung an der Heimatfront, also für die Absicherung des kapitalistischen Betriebsfriedens, zu sorgen.

Für eine Linke, die sich weder vom antinationalen und sozialem noch vom zivilen Schein der Europakonzeption, für die es bereits jetzt eine gesellschaftliche Mehrheit gibt, dumm machen lässt, muss es heute darum gehen, gegen den europäisch-antiamerikanischen Konsens Position zu beziehen. Denn es ist sicher, dass Europa kein Projekt emanzipatorischer Veränderungen ist oder sein wird: an keiner Stelle weist es über die Zumutungen kapitalistischer Verhältnisse hinaus. An keiner Stelle verspricht es eine bessere Welt. In der sozialstaatlichen Befriedung von sozialen Widersprüchen, die vermehrt eine ideologische Setzung ohne materielle Entsprechung ist, und der Forderung nach einem „sozialen Europa" schwingt die Bejahung der Grundlagen der kapitalistischen Organisation und von Staat und Kapital mit. Im Ruf nach einer europäischen Weltordnungspolitik verbergen sich die zivilisatorisch bemäntelten, fatalen Strategien einer Mindermacht, die auf antiemanzipatorische, insbesondere antiamerikanische und antisemitische Kräfte zu setzen bereit ist, um ihre Unterlegenheit auszugleichen. Sich dagegen deutlich zu positionieren, ist unsere Aufgabe.

Links ist da, wo keine Heimat ist. Keine Nation Europa, kein Deutschland!

...Ansprüchen.

Merseburg: 01.05., 14:00 Uhr, Poststrasse/ unterhalb d. Bahnhof „1.Mai 2004 - die Stadt gehört uns. Das Jugendbündnis Merseburg (JBM) veranstaltet auch dieses Jahr einen bunten, revolutionären 1.Mai Umzug. Die gewohnte Mischung aus Party und Politik wird natürlich wieder bestimmend sein. Dieses Jahr demonstrieren wir unter dem Motto: „Kein Bock auf Deutschland und seine Nazis". (www.maidemomerseburg.de.vu)

Wuppertal: 01.05., 14.00 Uhr, Platz der Republik „Wir versprechen kein Schlaraffenland, aber wir sind sicher, dass eine Gesellschaft möglich ist, in der die konkrete Bedürfnisbefriedigung von Menschen im Mittelpunkt steht und nicht das Geld, denn Kapitalismus ist kein Naturgesetz. Jenseits des Elends und der Langweiligkeit und Machtbesessenheit der politischen Organisationen hat uns die Welle der Aufsässigkeit in Argentinien inspiriert. Der Aufstand in Argentinien, aber auch die Kämpfe der streikenden Hafenarbeiter von Livorno und der die Militärtransporte blockierenden Disobbidienti formulierten ein Nein zur Unterdrückung, ein Nein zur stumpfsinnigen, gefährlichen Zerstörung durch das Kapital." (http://www.nadir.org/nadir/aktuell/2003/04/17/15460.html)

Berlin: 01.05., 16 Uhr, Potsdamer Platz „Sag Ja zum Nein! Heraus zum revolutionären 1. Mai 2004. Unter diesem Motto ruft ACT! zur Demo auf. Vom Potsdamer Platz (16 Uhr) gehts über die Friedrichstraße nach Kreuzberg. Bündnismotto 2004: Unsere Agenda heisst Widerstand! Zusammen kämpfen gegen Sozialterror und imperialistisches Morden." (http://www1.antifa.de/)

Dresden und Leipzig: 01.05., Nazis verhindern, Zeit und Ort unklar http://venceremos.antifa.net www.free.de/infotelefon antifa infotelefon leipzig [tel] 0341-3068235."

Das Letzte von Chemie Leipzig ...

Die Chemie-Fans können den Abschied vom Kunze-Sportpark noch einmal üben. Und: Tschense, der Visionär. Warum 2006 Bundesliga-Fußball in Leipzig rollt.

do.di (incipito)

„Muss man in der „Incipito" einen Text über den sportlichen Niedergang des FC Sachsen lesen können?", fragte sich die Redaktionscrew in den Vorbereitungsplena für das aktuelle Heft. „Ja, das lockert das Heft auf", war eine Meinung. „Nein, das ist auf dem Niveau von MDR INFO", der Gegenpart. Auf das Argument „Da kaufen uns vielleicht auch die Sport-Spacken" folgte: „Was hat das denn mit Kommunismus zu tun?"

Nichts von allem ist richtig. Es gilt, ein wahrlich großes Projekt einer Stadt mit großen Ambitionen zu enthüllen. Und dabei die Leipziger Vorherrschaft der Roter-Stern-Postille „Prasses Erben" in Sachen Fußball-Fachverstand energisch in Frage zu stellen. Denn bald wird es in Leipzig wieder Bundesliga-Fußball geben.

Aber der Reihe nach: Im Dezember letzten Jahres vergoss das einfache Fußballvolk in Leipzig-Leutzsch manche Träne, denn ebenjenes sollte zum letzten Mal ein Punktspiel im Alfred-Kunze-Sportpark sehen. Kein besonders schönes Spiel übrigens, ohne Tore, ohne Höhepunkte, der FC Sachsen spielte nur 0:0, was für manche ein weiterer Grund zum Heulen war, denn fortan stand „Chemie" auf einem Abstiegsplatz. Und mancher Connewitzer Grün-Weiß-Schalträger, der Olympia wegen der rücksichtslosen Vermarktung des Sportes ablehnt, der gegen das Anfrömmeln von Götzenbildern in Fußball-Trikots aber nur wenig einzuwenden hat, tränte mit. Denn nach der Winterpause sollte der Regionalliga-Fußball im supermodernen Zentralstadion mit über 70 Überwachungskameras, vielen tollen Sitzplätzen und durch Mauern unterstützter Spieler-Fan-Entfernung rollen.

Für Prasses Erben war klar: „Chemie ist tot, es lebe der FC Sachsen". Die mit Chemie verbundene schöne Heimeligkeit wird aufgegeben, „rücksichtsloser Umgang mit Traditionen" (PE #19, S.8) als wichtiger Grund ausgemacht. Mit dem Umzug ins Zentralstadion seien „Ideen und Grundwerte" von Chemie zerstört, der FC Sachsen sei in der Realität angekommen. Und die heißt nun mal: „sterile, komplett verkommerzialisierte, videoüberwachte Schüssel." (PE, S.6). Vom Kuscheln zum Kapitalismus. So weit, so naiv.

Denn die Kicker in Grün-Weiß wissen, was sie ihren Fans schuldig sind. Super-neues Stadion heißt noch lange nicht super-neuer Fußball, und so haben sie gegen die Regionalliga-Pläne ihrer Arbeitgeber und für einen baldigen Rückumzug in den Alfred-Kunze-Sportpark (oder, wie man unter Fußball-Kennens so sagt: AKS) gekickt. Ein Tor haben die „Schäääämie"-Fußballer in drei-Zentralstadion-Partien geschossen, seit Ewigkeiten nicht mehr gewonnen und bis zum Saisonende ist als kommendes Ziel der letzte Tabellenplatz ausgemacht. Da können sich die Studenten mal ansehen, wie ein richtiger Streik aufgezogen wird.

Ebenfalls als Widerständler haben sich einmal mehr die Vereinschefs des FC Sachsen entpuppt. Dem Plan von Holger –the Locke- Tschense, bis im Jahr 2006 Bundesliga-Fußball im Zentralstadion zu haben, entgegneten sie mit einem lustigen Bäumchen-wechsle-dich-Spiel. Nach der Entlassung Trainer Jürgen Raab im September 03 („Er kann die Mannschaft nicht motivieren" – FCS-Präsident Rocca) folgte im März 04 die Neueinstellung des Selben („Sein Herz schlägt Grün-Weiß" - Rocca). Raabs Vorgänger Pleß wurde mit der Begründung entlassen: „Er kann die Mannschaft nicht motivieren."

Mit dem Abstieg aus der Regionalliga ist für den FC Sachsen auch das Ende der Spiele im Zentralstadion in Sicht. Die grün-weiße Volksseele kann zurück in die Gegend, wo sie hingehört: in den Leipziger Randbezirk Leutzsch. Die Oberliga-Spiele gegen Halberstadt und Pößneck werden wieder für eine kuschlige Atmosphäre sorgen. Und die selbsternannte Sportstadt Leipzig hat das, was sie auf dem Weg zur olympischen Pleite 2012 verdient: eine hochmoderne Sportruine mitten im Zentrum.

So der vorgegebene Fahrplan. Doch die Chemie-Fans sollten sich schon mal auf einen erneuten Abschied vom AKS vorbereiten. Einen endgültigen. Die Gefahr kommt aus dem Erzgebirge, wo man noch vor wenigen Jahren „Aue und Schämie – Symmpaathiiiie" gerufen hat. Zweitligist Erzgebirge Aue fußballt sich in diesem Jahr neuen Zeiten entgegen. Und das begann ganz harmlos: Noch vor Weihnachten gab man sich unter Fußball-Fans keine Büchse Hansa-Pils auf Aue aus, der Zweitliga-Aufsteiger sah wie der sichere Absteiger aus. Nach der Winterpause jedoch – in Leipzig hatte man sich

zwischenzeitlich beim FC Sachsen für den Abstieg entschieden und beim VfB Leipzig machte nach der zweiten Pleite in drei Jahren der Insolvenzverwalter als Letzter das Licht aus – starteten die Provinzkicker mit Oberlippenbart Schädlich als Trainer einen sportlichen Erfolglauf, der sie fast in Aufstiegsnähe brachte.

Prima Konstellation: Die selbsternannte Sportstadt Leipzig ist im Fußball maximal viertklassig vertreten und im Erzgebirge leuchten die Grubenlampen heller denn je. Damit die „Veilchen" (wie man unter Fußballkennern so sagt) weiter Profi-Fußball veranstalten dürfen, müssen sie ein Nachwuchs-Zentrum haben. Das sieht der Toitsche Fußball-Bund im Hinblick auf die Erhaltung der toitschen Fußball-Leit- und Leibeskultur so vor. Und weil es in Aue so was nicht gibt, schlug Aue-Chef Leonhardt vor, die Nachwuchsabteilung des VfB teilweise zu übernehmen und mit 150.000 Euro zum eigenen Nachwuchs-Zentrum umzubauen. Ein Deal, mit dem man in Aue sowie in den einwohneräquivalenten Fußballdörfern Probstheida und Leutzsch zufrieden ist. Beim VfB deshalb, weil man sich einbilden kann, dass die eigene Tradition (ein gebräuchlicher Terminus unter Fußball-Kennern, wenn es um was Wichtiges geht) nicht völlig den Bach runter geht. Beim FC Sachsen, weil die eigene Tradition als wenigstens zeitweise stärkste Mannschaft Leipzigs auf längere Zeit manifestiert ist. Und natürlich in Aue, weil die jüngste Tradition als beste Fußball-Mannschaft im Umkreis recht kostengünstig fortgesetzt werden kann.

Doch die „Incipito" kann exklusiv enthüllen: Hier geht es um mehr. Aue-Chef Leonhardt hat sich in den letzten Wochen mehrfach mit „Call-me-Mr.-Stadion"-Tschense getroffen und da ging es nicht um den lächerlichen Nachwuchs. Der Höhenflug der Wismut ist nämlich in der Zuschauer-Kapazität begrenzt – schon bei 16.000 ist Schicht im Schacht. In Aue also eine rappelvolle Bude und in Leipzig ein leeres Stadion, das geht nun wirklich nicht. Den Geheimverhandlungen zufolge soll der Auer Fußball bald in Leipzig rollen. Erst als Gastspiele bei besonderen Spielen und dann langsam aber sicher in der großen Fusion von Aue, FC Sachsen und VfB mündend. Spätestens 2006 wird aller zwei Wochen Bundesliga-Fußball im Zentralstadion gespielt. Und Tschense wird als großer Visionär gefeiert. Das wichtigste: Alle drei haben Tradition. Sogar der neue Name steht schon fest, FC Erzgebirge Aue geht ja nicht: FC Tieflandsbucht Leipzig. Hat sich durchgesetzt, weil er so lautmalerisch über die Lippen geht: Tie-la-bu soll es durch die Stadien hallen. Übt schon mal, Chemie-Fans.

Und im nächsten Heft gibt's dann: Kasperle-Theater hinterm Südfriedhof: Das Allerletzte vom VfB Leipzig.



LeserInnenbrief zu: „Unterhaltungstipp des monats" aus Incipito # 11

enorme arbeit FÜR die szene

meine freundin zeigte mir den artikel über 'maiks seite' in eurem mag, und ich fasste im nachhinein den entschluss, auf diesen artikel noch kurz auf elektronischem wege zu reagieren. ich kenne die näheren notwendigkeiten, wichtige linke aktivisten vor öffentlichem auftreten zu schützen, zumindest in nicht selbstgewählter form, nicht aus eigener erfahrung und möchte mir drüber auch kein urteil erlauben. aber den artikel mit 'schreib dochmal ne hatemail' zu eröffnen, ist doch schon eine eindeutig offensive anti haltung, die dann auch weiterführend in einem mehr oder weniger laxen ton mehr oder weniger gegen die site gerichtet ist.
und in meinen augen wird exakt da eine enorme arbeit FÜR die szene geleistet, die dates sind immer aktuell und akut, immer verlinkt für weiterführendes interesse, da findet doch vernetzung statt, dass ist intensiv gelebter untergrund. es ist keine hochpolitische angelegenheit, sondern linke spasskultur mit köpfchen, die der siteautor da mühevoll und mit herz und hohem körperlichen einsatz ins internet schleust, klar ist das dann überwachbar auch für unangenehme personen, aber andererseits hat auch so himmlisch JEDER zugriff aufs internet..
schade, dass der autor des artikels diesen aufwand maik nicht zugute halten konnte, sondern richtig auf ihm rumhacken musste.
mich jedenfalls würde solch ein artikel betroffen machen und entmutigen.
deshalb schreib ich ja auch auch dieses statement, in der hoffnung, der verfasser könnte es noch kurz bedenken...liebe grüsse, jane



Verkaufsstellen

AJZ Döbeln ● B12 ● Conne Island ● Connstanze ● Culton ● el libro ● Giesserstr. 16 ● Infoladen ● Libelle ● LiWi ● Mellory ● Mrs. Hippie ● Plaque ● Reilstr. 77 (Halle) ● Shahia ● Similde ● Uni-Imbiss ● Weltladen Stockartstrasse ● Zeitungsladen am Augustusplatz

Post

incipito
Bornaische Str. 3d
04277 Leipzig

Internet

www.left-action.de/incipito
incipito-kontakt@left-action.de